

Die „Volkswocht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expeditor, Hans Graupner, 8/8, und durch Kolporteur zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.10, drei Monate 3.00, sechs Monate 5.00, ein Jahr 9.00. Preis des Einzelheftes 25 Pf. Durch die Post bezogen 27 Pf. 50. Preis des Einzelheftes 25 Pf. 50. Preis des Einzelheftes 25 Pf. 50. Preis des Einzelheftes 25 Pf. 50.

Volkswocht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verlagsanstalt: Druckerei für die einseitige Kolportage oder deren Waisen 80 Pf. Kundliche Unterzahl 40 Pf. Vorverkauf unter Tag 15 Pf. Unterzahl für Arbeitslohn 15 Pf. Kundliche Unterzahl 25 Pf. Vertriebs-Veranstaltungskosten 15 Pf. Unterzahl für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 9 Uhr in den Vertriebsabteilung abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 91.

Breslau, Sonnabend, den 19. April 1913.

24. Jahrgang.

Dallwitz in Moll.

Eine Reichstagsrede hat eigentlich in Deutschland schon längst aufgehört, ein politisches Ereignis zu sein. Zugleich ist der getreue Chronist verpflichtet, seinen Lesern mitzuteilen, daß des deutschen Reiches bedauerlicherweise fünfter Kanzler am Mittwoch im Reichstag eine Rede gehalten hat. Nämlich, der Titel des Reichshaushalts, Gehalt des Reichskanzlers 100 000 Mark, steht zur Debatte, und da gehört es sich schon, daß man da ist und einige Worte von sich gibt.

Anspruchsvolle Leute würden aus diesem Anlaß eine politische Programmsache erwarten, allgemeine Gesichtspunkte, auf die wichtige gemeinsamen Aufgaben des Reichstags und der Regierung. Nichts von alledem, nicht einmal ein paar nette Bemerkungen. Gradnauer hatte in einer trefflichen Rede eine ganze Reihe versänglicher Fragen an den Reichskanzler gestellt: Wie ist mit dem preussischen Wahlrecht, mit dem Ausbau der Sozialpolitik, Herabsetzung der Altersgrenze, Wächnerinnenschutz, Wohnungsreform, Arbeitslosenfürsorge? Der Reichskanzler hat zu alledem nichts zu sagen, das sagt genug. Und vorher hatte er noch ganz naiv behauptet, wie Gradnauer die alte Wahrheit ausgesprochen, daß die eigentliche Partei der positiven Arbeit im Reichstag die Sozialdemokratie sei. Der Herr Reichskanzler hat für diese positive Arbeit nichts als ein reizendes Lächeln der Verständnislosigkeit und Schweigen.

Vier Fragen greift der Reichskanzler aber heraus, deren Beantwortung ihm unerlässlich erscheint.

Erstens die Jesuitenfrage des Staatssekretärs des Innern. Sie dreht sich nur darum, die Grenzen der Reichs- und der Landesrechte festzustellen. Also ein rein theoretisch-rechtliches Interesse, das eigentlich schon längst hätte erledigt sein können. Von einem Kuhhandel mit dem Zentrum ist ihm „nichts bekannt“.

Dann der Fall Compère Morel. Einzelheiten sind ihm bekannt, der braunschweigische Bevollmächtigte weiß nichts. Seit drei Tagen beschäftigt diese Affäre die deutsche und französische Presse, an beiden vorhergehenden Tagen in im Reichstag besprochen worden, im Landtag schon ein fertiges Urteil über sie gehabt — für eins! — der Reichskanzler hat sich aber über „den Fall“ noch nicht unterrichten können, im Zeitalter der Graphen und des Telephons! Das Uebrige ist ungenannt, mit Wenn und Aber verlausuliert. Wie es kommen kann, das alles heraus! Die Geschichte ist ihm sehr unangenehm. Aber Dallwitz hat gehandelt und Bethmann hat zu schweigen. Dallwitz hat gesprochen und die Sache ist erledigt. Wieder einmal hat der preussische Polizeiminister große Reichspolitik gemacht.

Sohn-Cabinen dritter Punkt. Von einem Brief Wilhelm II. war die Rede. Bethmann kennt ihn nicht. Er ist nicht bei den Alten, also auch nicht auf der Welt. Aber die Affäre Sohst ist in einer Weise erledigt, mit der „das deutsche Volk“ einverstanden ist. Erst den Tritt und dann den Orden. Das deutsche Volk hat über die Wilhelmianische Privatangelegenheit, die mit Erteilung einer Auszeichnung für öffentliche Verdienste abschloß, ebenso herzlich gelacht wie in diesem Augenblick die äußerste Linke lacht über das Pladooyer des Herrn Reichskanzlers.

Vierter und letzter Punkt: Landwehrkassinnrede Wilhelm II. „Kampf gegen die Mächte der Finsternis und des Unglaubens“. Nun aber jense, was du fannst! Schmetterle Bruntöne, entwirrt Kolossalgemälde vom Kampfe der erhaltene Monarchie gegen die Mächte des Umsturzes, schließe mit einem schönen Bild vom Staat, Thron, Altar, den Fellen, an denen sich die rote Flut übergeben wird — und der jubelnde Volk von rechts ist die gewiß! Aber was nun folgt, ist eine unglückliche, auf keinerlei Material gestützte Polemik, ein Angriff auf den stärksten Punkt der sozialdemokratischen Presse, der Herr v. Bethmann vorwirft, Kirche und Glauben anzugreifen, während doch jedem Leser dieser Presse bekannt ist, mit wie weitgehender Rücksichtnahme hier jede Verletzung religiöser Empfindungen vermieden wird. Natürlich steht es Proteste, Material ist im Augenblick nicht bei der Hand, aber der Reichskanzler erinnert sich, einen schrecklichen Artikel in der „Leipziger Volkszeitung“ gelesen zu haben, der ihn beinahe veranlaßt hätte, etwas zu unternehmen. Was in dem Artikel stand, wird nicht erwähnt, ebensowenig, was der Reichskanzler beinahe gegen ihn unternehmen haben würde. Es ist eine dunkle Geschichte, die Erregung hat sich rasch gelegt.

Armer Reichskanzler, trotz seiner 100.000 M., um deren Bewilligung er nicht in Sorge zu sein braucht, ist er nicht zu beneiden! Da ist einer, der nicht vorwärts und nicht zurück kann. Von vier Dingen, über die er spricht, ist er über drei nicht unterrichtet. Ueber die vierte ist er unterrichtet, aber falsch. Kanzler des stärksten Staates Europas, ein Geschobener, der weiß, daß er geschoben wird, aber unfähig, sich dagegen zu wehren...!

Die großen Schweiger.

Am Donnerstag wurde der Etat des Reichskanzlers in nicht einmal einer Sitzung erledigt, heute wollten die Rechte und das Zentrum dem Kriegsminister die gleiche Wohlthat erwirken. An beiden Tagen bemühten sie sich, die Debatte nach Möglichkeit einzuschränken. Man begreift eigentlich gerade jetzt diese übermäßige Eile nicht. Wenigstens liegt keine erdrückende Fülle von Beratungsmaterial vor, und es wird doch wohl auch nicht bestritten werden, daß die Öffentlichkeit ein sehr erhebliches Interesse an der gründlichen Erörterung der ungemein wichtigen Angelegenheiten hat, die in das Ressort des Herrn von Deeringen fallen oder gar zur allgemeinen Politik des Reichskanzlers gehören. Nicht einmal der Einwand kann geltend gemacht werden, daß die allgemeine Debatte über die Heeres- und die Deckungsvorlagen die ganzen Gebiete erschöpft habe. Daß noch außerdem viel und äußerst Wertvolles zu sagen ist, dafür haben die beiden letzten Tage an sich schon den vollen Beweis erbracht. Es bleibt also wirklich nur die Vermutung übrig, daß die reaktionären Parteien mit der größten Bereitwilligkeit die parlamentarische Behandlung erschwären, wenn nicht gar verhindern wollten, um so rascher zu einer endgültigen Erledigung der Rüstungsvorlagen zu gelangen.

Der Beginn der heutigen Sitzung gab zu erregten Auseinandersetzungen über die Prüfung von zwei bedeutenden konservativen Mandaten Anlaß. Die Kommission hatte über die Wahl des konservativen Herrn Kleinmeyer Beweiserhebungen beantragt, und die Ungültigkeits-Erklärung der Wahl des Herrn v. Kröcher vorgeschlagen. Groß Westphal vereinbarte mit seinen Reden über die Unparteilichkeit der Wahlprüfung einen Antrag auf Abschaffung gerade dieser, seine Partei verhöhrenden Wahlen von der Tagesordnung. Dieser Antrag wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt, und nach eingehender Debatte wurde dem entgegen dem Vorschlage der Kommission die Wahl des Herrn v. Kröcher für ungültig erklärt, wie die Freisinnigen es verlangt hatten. Während bei dieser Wahl die Mehrheit nur verhältnismäßig schwach war, blieben die Konservativen, als es sich um Herrn v. Kröcher handelte, fast allein. Nur ihre nächsten Nachbarn und ein kleiner Teil des Zentrums suchte ihnen zu helfen. So fiel auch Herr v. Kröcher, als das zweite konservative Opfer einer Wahlprüfungsmethode, die den objektiven Wahlgewohnheiten erfreulicherweise zu Leibe rückt.

Dann begann die Beratung des Etats des Kriegsministers. Genosse Schöpplin führte in einer ausgezeichnet dokumentierten Rede den Nachweis, daß fast in jeder Frage und fast auf allen Gebieten die Militärverwaltung gegenüber den Wünschen der Volksvertretung nach selbstständigen Reformen in der Heeresorganisation die eigenstimmigste Obstruktion treibt. Die Stellung zur Duellfrage, die Ablehnung von jüdischen Kandidaten und von den Söhnen kleiner Handwerker, die sich um die Wahl zu Reserveoffizieren bemühen, ist allerdings ein Zeichen dafür, wie sehr sich das Offizierskorps im Gegensatz zu Recht und Verfassung nur aus einer bestimmten sozialen Schicht zu rekrutieren vermag. Nur so ist es auch möglich, daß manche Offiziere der deutschen Armee bei Konzentrationen die einkerkerten Mannschaften in unerhörter Weise behandeln; nur so ist es auch begreiflich, daß die Militärverwaltung selbst in der Frage des Militärkonflikts keine andere Haltung annehmen will, und schließlich mag hierin auch eine der wichtigsten Gründe für die Soldatenmishandlungen liegen. Der fortschrittliche Redner, Herr Alfab, beklagte die Mishandlungen und verworf den Militärkonflikt. Der Kriegsminister dagegen machte keine andere als die schon früher geäußerten Redensarten, wenn er auch gerade gegen die Soldatenmishandlungen vielleicht eine etwas schärfere Tonart anschlug. Charakteristisch für seine Auffassung parlamentarischer Kritik ist die Behauptung, daß diese Auseinandersetzungen im Reichstage überhaupt stattfinden! Die Rechte wollte heute unbedingt Schluss machen, aber ein sozialdemokratischer Vertagungsantrag wurde angenommen.

Zu Beginn der Sitzung war der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Einführung des Proporz bei den Reichstagswahlen mit 140 gegen 139 Stimmen abgelehnt worden. Die reaktionären Parteien verdanken ihren großen Erfolg nur der Tatsache, daß die Abstimmung gleich zu Anfang der Sitzung stattfand.

Der Generalstreik in Belgien.

Die Spannung löst sich. Der erste große Eindruck hat über die erregten Gemüter gleichsam Verwöhnung gebracht: als wenn jeder zu sich sagte: Endlich... Aber dieses Endlich heißt auch zugleich wieder Anfang und Eröffnung neuer, bewegter Spannungen noch mit einem unbekanntem Spiel dramatischer Kräfte. Die Sprache des belgischen Ereignisses sind Ziffern. Ob sie in Zukunft mit Liebe oder Haß werden ausgesprochen werden, sie werden nichtsdestoweniger reden und wirken. Noch treten diese Ziffern nicht überall in ihrer

vollen Klarheit hervor und das Kampffeld dieser „stillen Schlacht“ läßt sich in dem blickten Industrieland noch nicht völlig überblicken, noch kann jemand seine Grenzen feststellen. Selbst bei dem kurzen, unvorherbereiteten, unorganisierten Generalstreik von 1902 gab es ein Anschwellen der Zahl der Streikenden bis zum vierten Tage. Am ersten Tage gab es — nach den Feststellungen eines statistischen Beamten — 140.000, am vierten Tage 231.927 Streikende. Wir haben jetzt einen monatlang vorbereiteten Streik vor uns. Der erste Tag schon setzte mit einer Zahl von mehr als 300.000 Streikenden ein. Und die beiden folgenden Tage zeigten ein Anschwellen der Ziffern in allen Teilen des Landes.

In Groß-Brüssel gibt es überhaupt nur zwei oder drei größere Fabriken, und zwar solche, die ausschließlich ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen, was noch gearbeitet wird. In allen übrigen — meist Maschinenfabriken, Druckerien und Automobilfabriken — wird gestreikt. Nur hier und da wurde am Dienstag noch mit einem ganz geringen Teil des Personals weitergearbeitet; die meisten bestellten Betriebe sind überhaupt geschlossen worden. Und wenn man im Zentrum der Stadt so wenig streikende Arbeiter bemerkt, so einfach deswegen, weil sie der Parole des Streikkomitees gefolgt sind, die innere Stadt möglichst zu meiden, damit den Gendarmen und Polizisten, die dort die Hauptgebäude „verteidigen“, keine Gelegenheit zu „Aktionen“ gegeben wird. Die Leute sind entweder zu Hause — wer ein Gärtchen hat, ist dort mit dem Spaten oder der Schel beschäftigt; manch anderer benutzt die Gelegenheit, hier eine Tür frisch anzustreichen, dort sich in der für Laien schwerfälligen Kunst des Tapetenlebens zu üben — oder sie kenne das schöne Frühlingswetter, das auf die schneefreie Schneehülle vom Sonntag gefolgt ist, zu einem Spaziergang in die Umgebung. Die einzige Unterbrechung war bis jetzt der Besuch des Streikfunktionslokals und in einigen Peripheren auch ein paar Stunden Streikposten.

Jeder Streikende bekommt seine Kontrollkarte und soll diese in dazu besonders bestimmten Lokalen täglich abstempeln lassen. Solcher Lokale gibt es in Groß-Brüssel 141, die meist in Wirtschaften der Vororte eingerichtet sind. Bei dieser Gelegenheit ist darauf geachtet worden, daß in keinerlei Form Trinkzwang ausgeübt wird. Die Streikenden können sich von 9 Uhr bis mittags zur Kontrolle anmelden, und zwar in dem Lokal, in dem sie ihre Karte ausgefüllt erhalten haben. Die Verteilung der Lokale ist nicht nach Berufen, sondern nach Stadtteilen vorgenommen worden. Die von den Kontrollposten ausgefüllten Formulare werden nachmittags den verschiedenen Gewerkschaftssekretariaten übermittelt.

In den fünf Städten, die das Brüsseler Volkshaus in den Vororten hat, ist die strengen Streikordnung durchgeführt wie in dem Hauptlokal: am Eingang waren die zweisprachige Aufschrift: „Local prive“ — „Privatlokal“ — diejenigen, die dort nichts zu suchen haben, daß sie nur dann hereingelassen werden, wenn sie den vor der Tür postierten Ordnern ihre Streikkarte oder ihre Mitgliedskarte von der Partei vorzeigen können. Punkt sechs Uhr abends geht eine Klingel, drei Minuten später sind alle Besucher draußen auf dem Gehweg. In dem Volkshaus von Brüssel-Stadt, dem schönen Arbeiterpalast der Rue Joseph Stevens, ist der Teil des Gebäudes, in dem die Sekretariate der Organisationen untergebracht sind, auch den Streikenden und Parteimitgliedern gesperrt; hier werden nur die Genossen hereingelassen, die eine besondere rote, mit ihrem Blde versehene Legitimationkarte mit sich führen, die nur denen ausgestellt wird, die mit irgend einer besonderen Funktion beauftragt worden sind. Auf diese Weise wird der Andrang der Neugierigen und der Unbefugten sehr wirksam zurückgehalten. Nur das Cafe, die Kasse und die Bibliothek sind den Streikenden allgemein zugänglich. Im Cafe werden nur alkoholfreie Getränke verkauft — auch für die besteht hier kein Trinkzwang — und mittags kann man da für 10 Centimen einen riesigen Teller Suppe mit Brot bekommen.

Wie sehr der belgische Wahlrechts-Streik auch den reaktionären Stützen der preussischen Dreiklassenhande auf die Nerven gefallen ist, zeigen die Berichte, die die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ des Knuten-Dortel über jene Streikbewegung bringt. Hier zwei Proben:

Brüssel, 16. April. Die Streiklage verwickelt sich zunehmend, überall wird eine Vermehrung der Zahl der Streikenden konstatiert. In Lüttich stieg ihre Zahl von 20.000 auf 63.000, in Verdun von 11.000 auf 19.000. Von 15.000 Antwerpener Fabrikarbeitern feiern 10.000, Zahlreich liberaler Produktivkräfte, wie der belgische Kohlenmagnat Barocque, unterstützen offen die Streikbewegung.

Paris, 16. April. Die Zeitung „La Presse“ bringt interessante Enthüllungen über den belgischen Generalstreik. Sie teilt mit, daß der bekannte belgische Millionär Marquet, der seinen Reichtum seiner früheren Eigenschaften als Spielhölle und Spekulant zu verdanken hat, und der auch Eigentümer der berühmten Spekulant zu Brüssel war, den sozialdemokratischen Parteileitung von Belgien für den Generalstreik eine Summe von 100.000 Franken zur Verfügung stellte. Die engen Beziehungen

In Preußen geht es im Reich nicht vorwärts, deshalb ist die wichtigste Aufgabe der Gegenwart die Reform des preussischen Wahlrechts. Herr v. Zastrow hat ja gestern unter dem Freudenruf seiner Freunde einen Lobgesang auf das Wahlrecht gehalten. Er hat gemeint, das abgestufte Wahlrecht entspreche durchaus der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der Bevölkerung. Es entspricht also wohl auch der kulturellen Bedeutung der Ministerkollegen des Herrn von Zastrow, daß sie in der dritten Wahlklasse wählen. (Sehr gut! bei den Soz.) In einem Bezirk, wo ein einziger Mann in der ersten Wahlklasse ist, wählt der preussische Kultusminister in der dritten Klasse. Zwei Wähler erster Klasse müssen kulturell besonders hoch stehen, denn in der dritten Klasse desselben Bezirkes wählen die Herren Beseler, Delbrück und der Reichsanwalt. (Hört, hört! und große Beifälle.) Das Verprechen der Thronrede ist unerfüllt geblieben, keine bessere Jubiläumsgabe könnte den deutschen Volke beschert werden, als eine Reform des preussischen Wahlrechts. Im Nachbarstaat Belgien kämpft das Volk jetzt

einen heldenmütigen Kampf für ein besseres Wahlrecht

durch einen heroischen Generalkrieg. Früher oder später wird dasselbe auch bei uns in Preußen der Fall sein. (Hört, hört! recht!) In dies Wahlrecht muß Brüche geschlagen werden. Geht es nicht im Guten von oben, dann wird der Trud von unten Sie dazu zwingen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.) Auch das Reich ist weit entfernt von einer modernen Wahlberechtigung. Selten erscheint der Reichstag hier. Viel zu spät wird der Reichstag einberufen. Die Sprache ist nicht gehalten worden, daß der Kaiser sich mögliche Zurückhaltung aufzulegen wolle. So haben wir im August 1910 die Gottesanbeterrede in Königsberg erlebt, dann die Soltau-Rede, zuletzt die vielen Jubiläumreden und schließlich die Rede über den Postulanten Koagen. Der Kaiser erhält völlig unzutreffende Informationen. Auch die hoch offiziellen Mitteilungen über die Schenkung des Gutes Cadmen an den Kaiser beziehen auf einer größtenteils irreführenden und öffentlichen Meinung. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Soz.)

Verlebene Blätter haben behauptet, daß die berechtigten Ansprüche vor Verwandten des früheren Besitzers zurückgewiesen worden seien. Nun erklärt die „Nordd. Allgem. Zeitung“, es habe überhaupt keine Schenkung stattgefunden. (Sehr richtig! recht!) Diese Behauptung ist falsch. In einem Dankschreiben des Königs an den Vorbesitzer wird ihm „königlicher Dank von Seiten ausgeprochen“. Wenn es sich um einen gewöhnlichen geschäftlichen Vertrag handelte, wäre ein solcher Brief wohl nicht geschrieben worden. Der Kaiser hat mindestens eine Million als Geschenk erhalten. (Vizepräsident Dove bittet, nicht auf Dinge einzugehen, die nicht politischer Natur sind.) Der Kaiser sollt sich mit Geld abgeben lassen und hat einen Orden als Pflichter bekommen. Wollte man all den Leuten, denen vom Kaiser Unrecht geschieht, einen Orden geben, so würde die Zahl der Orden nicht ausreichen. (Sehr richtig! bei den Soz.) In einer Rede im Landwehroffizierskasino hat der Kaiser heftige Angriffe gegen die Sozialdemokratie gerichtet, hat er die Offiziere zum Kampf

gegen die finsternen Mächte des Unglaubens

und der Vaterlandsliebe aufgerufen. Uns können ja solche Angriffe sehr kühl lassen, wie haben mit den Wirkungen solcher Reden recht gute Erfahrungen gemacht. Etwas anderes ist es aber, ob der Reichskanzler solche Angriffe auf große Schichten des Volkes für wünschenswert hält.

Vizepräsident Dove: Sie haben keinen Beweis dafür, daß großen Massen des Volkes, besonders Ihre Partei, gemeint gewesen sind. (Schallende Beifälle.)

Herr v. Gradnauer (fortsetzend): Wer denn? Dabei hat der Kaiser wiederholt Gelebensbeil genommen, mit Sozialdemokraten in Verkehr zu treten. So war der Offizier, den ihm die schweizerische Armeeverwaltung zur Informierung stellte, ein „schrecklicher“ Sozialdemokrat, der in sozialdemokratischen Zeitungen militärische Artikel schreibt, also auch einer von den finsternen Mächten des Unglaubens. (Gr. Beifälle bei den Soz.) Offenheit hat von dieser Finsternis nichts abgefärbt. (Beifälle.)

Der letzte Grund dafür, daß wir in Deutschland nicht vorwärts kommen, liegt darin, daß auch der Reichstag kein richtiges Spiegelbild des Volkswillens ist. Die Herren vom Zentrum sitzen zum großen Teil hier nur zufolge des ungerechten Wahlverfahrens. (Lebhafter Beifall.) Wir brauchen das Verhältnisgesetz und eine neue Wahlkreisinteilung. Die liberalen Parteien könnten die Reaktion in hoffnungslose Minderheit bringen, wenn sie wirklich liberale Politik treiben wollten. Unsere Hoffnungen darauf sind freilich sehr gering. Unsere Hoffnung beruht vielmehr auf der großen sozialdemokratischen Volksbewegung. (Lebh. Zus. b. d. Soz.) Im Hinblick auf diese große Kulturbewegung sind wir der Wahrheit des Dichterswortes gewiß: Das Alte stirbt, es ändert sich die Zeit, und neues Leben blüht aus den Ruinen! (Lebhafter anhaltender Beifall bei den Soz.)

Reichskanzler Dr. v. Bethmann-Hollweg:

bestreitet zunächst, daß von einem Kuhhandel bei der Jesuitenfrage die Rede sei. Ueber den Beschluß des Reichstags auf Aufhebung des Jesuitengelbes hat der Bundesrat noch nicht befinden. Die Einzelheiten der Vorgänge in Braunschweig sind mir unbekannt und in dem braunschweigischen Bundesratsbeschlüssen auch. (Lautes Gelächter.) Sachlich meine ich, wenn die Sozialdemokratie Deutschland die Verstärkung seiner Rüstungen vorenthalten will, die zur Sicherung unserer Zukunft nötig ist, dann mag sie es unter sich abmachen. (Lebhafter Zus. b. d. bürgerl. Parteien.) Gegen fremde Hilfe werden wir unser Veto einlegen. Nun hat der Vortrager gesagt, daß Herr Compere Morel gar nicht gegen unsere Vorlagen hätte sprechen wollen, sondern gegen den französischen Chauvinismus. Das wäre ja ein sehr verdienstvolles Werk (weiterlekt), aber seine Anwesenheit in einer deutschen Versammlung sollte doch dazu dienen, Ihrer Agitation gegen die Schovroriage zu nützen. Was wir zur Verstärkung unserer Arme tun wollen, darüber kann nur von Deutschen ganz allein beschlossen werden. (Beifall recht.)

Der Fall Socht ist vom Kaiser

in einer Weise erledigt worden, daß er für uns alle erledigt sein kann. (Lebh. Beifall recht.) Der Brief des Kaisers an den früheren Besitzer von Cadmen lasse ich nicht. Ich kann nur angeben, daß im kaiserlichen Archiv ein Kaufvertrag vom 15. Dezember 1896 liegt, dessen § 1 lautet: „Der Kaiser übernimmt heute von Herrn Richter die und die Besitzung“ und § 5: „Der Kaiser zahlt eine einmalige Barsumme von 50 000 Mark und außerdem eine jährliche Rente.“ (Hört, hört!) Ich halte die Behauptung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ also aufrecht. Der Vortrager hat sich dann beklagt, daß der Kaiser in einer Sitzung die Landwehroffiziere angerufen hat zum Kampf gegen die finsternen Mächte des Unglaubens und der Vaterlandsliebe. Wollen Sie etwa behaupten, daß solche Mächte bei uns an der Arbeit sind? Wollen wir nicht täglich in der sozialdemokratischen Presse Verhöhnungen des Gottesglaubens lesen? (Lebh. Widerspruch bei den Soz., lebh. Zus. besonders rechts und im Zentrum.) Kürzlich wurde mir ein Artikel der „Soz. Volkszeitung“ vorgelesen, in dem Einrichtungen des christlichen Glaubens in einer Weise dargestellt sind, daß ich den Staatsminister des Reichsjustizministeriums gebeten habe, zu prüfen, ob nicht die Verurteilung der strafrechtlichen Folgen gegeben sind. Wenn Sie wirklich kein Verbrechen an mir begehen, daß Sie trotz aller Diktierung, die Sie predigen, dem Gottesglauben anderer Leute entgegen.

Rechtliche Bestimmungen besonders rechts und im Zentrum, Widerspruch bei den Sozialdemokraten. Der ganze Reichstag ist da und seiner Zeit. (Lebhafter Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Parteien.) Und ebenso wird die Vaterlandsliebe von Ihnen verstoßen. Denken Sie an die berühmte Debatte in der Berliner Stadtvorstanderversammlung über die Hundertjahrfeier. Entinnen Sie sich an die Antworten der Freisinnigen? Und da wundern Sie sich, daß der Kaiser acht Tage später an die städtischen Kräfte, an den Gottesglauben erinnert hat? Der Kaiser hat damit dem Volke aus der Seele gesprochen, und das lassen wir uns nicht durch Ihre Angriffe verkümmern. (Lebh. Zus. b. d. bürgerl. Parteien.)

Herr v. Dieckhoff (Vpt.) bezeichnet die Ausweisung Morels als eine kleinliche Maßregel. Die Kritik öffentlicher Reden des Kaisers lassen wir uns nicht nehmen und wir bedauern, wenn er falsch unterrichtet war, wie im Falle Socht. Aber ob er das Gut Cadmen geschenkt bekommen oder gekauft hat, ist für die Öffentlichkeit ganz gleichgültig. (Zustimmung bei der Volkspartei.) Für die sozialdemokratische Resolution werden wir stimmen.

Herr v. Morawski (Vole): Die ganze Politik der Regierung gegen die Polen kommt nur der Sozialdemokratie zugute. Die Regierung will nur uns enttäuschen, die Sozialdemokratie alle; der Geist ist derselbe. (Bravo! bei den Polen.) Ein Vertigungsantrag wird abgelehnt.

Herr v. Hüttmann (Soz.): Die Wahlen von 1912 haben bewiesen, wie das Volk über die Politik des Reichskanzlers denkt. (Sehr wahr! bei den Soz.) In ihrem Kampf um bessere Lebensbedingungen werden die Arbeiter nach wie vor die größten Schwierigkeiten gemacht. Tag gegenüber Ausbreitungen bei Streiks die heutigen Straßensituationen mehr als ausreichen, beweisen die Erfahrungen im Ruhrrevier, wo 80 Jahre Gefängnis und 16 345 Mr. Geldstrafe insgesamt verhängt worden sind. (Hört, hört! bei den Soz.) Von 1206 Anklagen mußten 300 Freisprechungen erfolgen. (Hört, hört! bei den Soz.) Weder begründet dann den Antrag auf Einführung des Verhältniswahlrechts bei den Reichstagswahlen. Der Reichstag würde eine ganz andere Zusammensetzung erfahren, wenn wir ein wirklich gleiches Wahlrecht hätten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die industrielle Entwicklung hat die großen Massen in den Großstädten zusammengeführt. Das bedingt mit Notwendigkeit eine andere Wahlkreisinteilung. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Aber man fürchtet eine Verringerung, um nicht unseren Einfluß zu verkleinern. Infolge des Majoritätswahlrechts bleiben über 5 Millionen Wähler überhaupt unvertreten. Daher verlangen wir die Berücksichtigung der Minorität. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Behauptung, wir ständen der Religion feindlich gegenüber, hat der Reichskanzler in keiner Weise begründet. In unserer Partei wird

Religion für Privatsache erklärt;

niemand erfährt eine Zurücksetzung wegen seiner religiösen Überzeugung. Aber die Kritik an den kirchlichen Einrichtungen, die sich in keiner Weise mit religiösen Überzeugungen decken, werden wir uns auch in Zukunft nicht verwehren lassen. Der Fall Socht ist keineswegs für die Öffentlichkeit erledigt. Auch das Wort von der „vollen Kompromittierung“ beweist, wie falsch der Kaiser über die Ergebnisse der Sozialpolitik unterrichtet ist. — Bei der Nachwahl in Weitz ist dem Wahlgang eine falsche Auslegung gegeben worden.

Leute, die innerhalb des Wahlbezirks von einem Ort in den anderen verzogen waren, hat man am Wählen verhindert, obwohl nach den alten Listen gewählt wurde. Die Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers führt dazu, die Starlen und Mächtlern immer mehr zu stärken, den Kleinen und Schwachen in Gewerbe, Handel und Industrie und vor allem den Massen der Arbeiter das Leben immer mehr zu erschweren. Die feste Haltung der Arbeiter gegen diese Wirtschaftspolitik werden Sie nicht zerbrechen können. Gerade die Arbeiter sind es, die im Verein mit den Männern der Wissenschaft und Technik die Grundlage unseres Wirtschaftslebens bilden, durch dessen Aufschwung Deutschland groß geworden ist. Um so unbegreiflicher ist es, daß die Regierung die Arbeiter rechtlos halten will. Wir protestieren dagegen; die Mehrheit des Volkes ist nicht nur zum Arbeiten da, sondern das Volk muß auch die Rechte verlangen, die der heutigen Entwicklung entsprechen. (Lebh. Bravo! bei den Soz.)

Herr v. Gradnauer (Soz.): Die Verletzung des Kaufvertrages bei der Übernahme des Gutes Cadmen durch den Kaiser ist eine Irreführung, sowohl der öffentlichen Meinung als des Kaisers. Der Reichskanzler weiß sowohl als Jurist wie als Landwirt recht gut, daß auch Schenkungen in solcher Form erledigt werden. Der von mir verlesene Brief des Kaisers an den Landrat Vitrner beweist deutlich, daß das Gut Cadmen ohne Gegenleistung an den Kaiser übergegangen ist. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Man hat dem Kaiser damals offenbar auch verheimlicht, daß der Landrat Vitrner arme Verwandte hatte, (Hört, hört! b. d. Soz.) die geradezu brutal behandelt wurden. (Präsident kämpft: Ich bitte, diesen Gegenstand zu verlassen; das gehört nicht in den Reichstag.) Diese Vorgänge sind nur Symptome schwerer Mißstände in den höchsten Regionen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Diskussion schließt. Bei der Abstimmung über die Resolution Albrecht, die durch Hammelprägung erfolgen muß, weil das Resultat ungewiß bleibt, stimmen 90 Abgeordnete für, 88 gegen die Resolution. Das Haus ist also beschlußunfähig.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Beratung, dann Wahlprüfungen und Militäretat.) Schluß 7^{1/2} Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Stadt und Provinz.

Die erschreckten Bäckermeister haben sich den berühmten Zigarrenhändler Wischnowsky aus Berlin herbestellt, der ihre Stellen mit Nebenarbeiten beläuben soll. Wischnowsky, der Hauptling des gelben Gesellenverbandes, ist ohne Zweifel eine der unangenehmsten Persönlichkeiten im gewerkschaftlichen Leben. Wie der Mann seine Aufgabe erfüllt, zeigt folgender Satz in der Versammlungseinladung:

Die Breslauer Bevölkerung soll wieder einmal erleben, daß wir Breslauer Bäckermeister stolz auf unser erlerntes Handwerk sind und treu zu ihm und unsern Meistern halten. Wir wollen nichts von der Abschaffung von Kost und Logis wissen, denn wir würden dann in den Gastwirtschaften und Schlafstuben-Speunkeln unsere freie Zeit zubringen müssen.

Nun, die Breslauer Bäckermeister werden Herrn Wischnowsky schon die richtige Antwort geben. Er mag nur kommen.

Die Bäckermeisterversammlung, die am 2. April stattfand, sagte bekanntlich den Beschluß, sich an den Oberbürgermeister der Stadt zu wenden. Der Bäckermeisterversammlung ist nun seitens des Oberbürgermeisters der Weisheit zugegangen, daß er nur dann vermittelnd eingreifen könne, wenn beide streitenden Parteien ihn darum ersuchen würden. — Die Bäckerzangs-Forderung ist indes, wie bereits mitgeteilt, jedes friedliche Verhandeln mit der Vertretung der gewerkschaftlichen Gesellen ab.

Entgegenkommen der oberbischöflichen Bischöfe? Das Hoch-Bismarck hat von Berlin aus die Meinung verbreitet, daß gewisse Bischöfe der Oberbismarck und den Bergwerksbischöfen, in Sachen der Lohnbewegung Verhandlungen eingeleitet, bei welchen die Unternehmer bereit weitgehende Konzessionen gemacht hätten, daß vorwiegend die dem gewerkschaftlichen Stande angehörigen Bischöfe. Die „Katholische Zeitung“ ist ermächtigt zu erklären, daß diese Nachricht von A bis Z erfunden sei. Schließlich hat auch die „Katholische Zeitung“ an „unrichtiger Stelle“ (Berg- und Hüttenmännischer Verein) noch

Erfahrung gebracht, daß die Bergverwaltungen den gestellten Forderungen gegenüber einen vollständig ablehnenden Standpunkt einnehmen. Erhöhung des Lohnes und Einführung der Achtstundenschicht seien völlig undiskutable Forderungen. Auch hätten keine Verhandlungen mit den Arbeitgeberkreisen stattgefunden, weil die Unternehmer hierzu keine Veranlassung hatten. Auch würde eine außerordentliche Generalversammlung der Unternehmer nicht stattfinden, da auch hierzu keine Veranlassung vorliegt.

Die polnische Berufsvereingung der Bergarbeiter wird nun, wenn sie nicht jeden Kredit bei den Arbeitern verlieren will, nicht anders können, als den von ihr beschlossenen Generalstreik beginnen zu lassen. Die Solidarität der Mitglieder des Bergarbeiterverbandes ist für diesen Fall zugesichert.

Deutsches Reich und Ausland.

Zum Konflikt im Baugewerbe. Dem Vorschlag der Unparteilichen, nach Abschluß der örtlichen Verhandlungen im Baugewerbe die zentralen Verhandlungen fortzusetzen, haben die Parteien zugestimmt. Die Verhandlungen werden voraussichtlich am 22. d. M. im Reichstag beantragen.

Von den britischen Tarifverhandlungen im Zimmerergewerbe liegen bis jetzt die Ergebnisse vor aus 8191 Orten mit 47 080 Zimmerern, von denen 38 024 Verbandsmitglieder sind. Da an der diesjährigen Tarifbewegung 12 943 Orte mit 75 117 Zimmerern (davon 57 144 Verbandsmitglieder) beteiligt sind, fehlen mithin noch die Ergebnisse für 4752 Orte mit 28 037 Zimmerern, von denen 19 228 dem Zentralverbande angehören.

Die Angebote der Unternehmer bewegen sich im Wesentlichen in dem gleichen Rahmen, wie die bereits in der vorigen Woche mitgeteilten. Die Vermutung, daß den britischen Organisationen der Unternehmer durch Beschlüsse ihrer Bezirksverbände die Grenzen der Angebote genau vorgeschrieben sind, hat sich im weiteren Verlaufe der Verhandlungen bestätigt. Nur wenige Gebiete sind davon ausgenommen. Auf den entschiedensten Widerstand stößt die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit. Nur vereinzelt sind Zugeständnisse gemacht worden.

Der Schiedsspruch für das Berliner Rohrlegergewerbe. Vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerdegewerkschafts verhandelt am Dienstag unter dem Vorsitz des Magistratsrats v. Schulz die Vertreter des Arbeitgeberverbandes für das Rohrlegergewerbe Groß-Berlins und des Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes über die Erneuerung des am 1. April abgelaufenen Tarifvertrages für die Rohrleger und Puffer. Die Verhandlungen in der Schlichtungskommission hatten zu keiner Einigung geführt. Die Arbeitnehmer hatten eine Erhöhung des Stundenlohnes um 7^{1/2} Pfennig gefordert, die Arbeitgeber wollten 2^{1/2} Pfennig bewilligen. Dieses Angebot wurde von den Arbeitnehmern in einer Branchenversammlung als unannehmlich abgelehnt und die Urufung des Einigungsamtes beschloffen.

Auch vor dem Einigungsamt kamen die Parteien zu keiner Verständigung, und so mußte ein Schiedsspruch gefällt werden. Nach diesem Schiedsspruch, über den die Parteien binnen zehn Tagen entscheiden sollen, würde der Stundenlohn der Rohrleger im Oktober dieses Jahres um 2 Pfennig, in den beiden nächsten Tarifjahren weiter um je einen Pfennig erhöht, im ganzen also um 4 Pfennig. Der Tariflohn würde dann 7^{1/2} Pfennig betragen. Den Lohn der Puffer will der Schiedsspruch im Oktober 1913 um 2 Pfennig, im nächsten Jahre um einen Pfennig, im ganzen also um 3 Pfennig auf 58 Pfennig erhöhen. Der Tarifvertrag soll drei Jahre gelten.

Rezeratzen des Tabakens auf Deutschland. Der amerikanische Tabaktrust scheint seine Vertriebsbestrebungen nunmehr auch auf die deutsche Zigarrenindustrie auszudehnen. Eine große Hamburger Fabrik mit 800 Arbeitern ist argeblich bereits angekauft worden.

Steinarbeiter-Ausperrung. In dem Reichlichen Ballast-Steinbruch in Kerdorf bei Lauban wurden auf Veranlassung des Bruchmeisters 83 Steinarbeiter ausgesperrt. Der Grund zu der Aussperrung ist die Organisationszugehörigkeit der Leute zum Steinarbeiterverbande. Alle Versuche des Verbandsvertreters Gen. Staubinger die Angelegenheit im Guten beizulegen, scheiterten an der Halsstarrigkeit des Unternehmers, der sich mit den Maßnahmen seines Bruchmeisters vollständig einverstanden erklärt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Lohnbewegungen im Sattlergewerbe. In einer Gewerkschafts-Zentrale und Gleitgeschäftsabrik in Braunschweig, die von Verletten unterhalten wird, die Kraftwagen besitzen, wurden die denkbar niedrigsten Löhne gezahlt. Der Verband der Sattler und Portefeuillier leitete in Gemeinschaft mit dem der Fabrikarbeiter eine Lohnbewegung ein, die ohne Streit den Arbeitern eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 2 Mk. pro Woche brachte. Der bisher übliche Mindestlohn von 30 Wg. wurde sofort auf 38 Wg. erhöht, nach vierwöchentlicher Beschäftigungsdauer auf 40 Wg., nach weiteren 4 Wochen auf 42 Wg.; Arbeiter, die den Mindestlohn erhalten, bekamen eine Zulage von 2 bis 6 Wg. die Stunde. — Die Lohnbewegung der Reiseartikelarbeiter in Hannover nimmt einen günstigen Verlauf. Die bedeutendsten Firmen haben den Arbeitern beachtenswerte Zugeständnisse gemacht. — Der Berliner Militärärztl. Tarif ist nun auch in den Spandauer Betrieben eingeführt und von den Unternehmern durch protokollierte Erklärung vor dem Gewerbegericht anerkannt. Dieser Vorgang ist insofern von Bedeutung, als vor zwei Jahren die Sattler der Firma Willep die Einführung dieses Tarifes trotz 10wöchigen Streiks nicht erreichten, da die Behörden dem Fabrikanten die Lieferungsstufen verlängerten.

Folgen des christlichen Terrorismus am Niederrhein. Der christliche Terrorismus im Kampfe der Färber der Seidenindustrie in Krefeld hat einen christlich organisierten Färber namens Karl Widmann in den Tod getrieben. Er war einer jener christlich organisierten Färber, die es mit ihrer Arbeiterlehre nicht vereinbaren konnten, Streikbruch zu begehen. Trotz einer 14jährigen Zugehörigkeit zum christlichen Textilarbeiter-Verband weigerte sich dieser, dem alten Manne weiter Streikunterstützung zu zahlen. Er konnte es nicht über sich gewinnen, aus seiner Organisation, die ihm infolge langjähriger Zugehörigkeit aus Herz gemachsen war, auszutreten oder Streikunterstützung bei dem Deutschen Textilarbeiter-Verband in Anspruch zu nehmen. Die Unternehmung und die christlichen Färber bearbeiteten den Mann. Da es in der Familie an Brot fehlte, drängte seine Frau zur Arbeit. Am Montag den 14. April vormittags äußerte er, zu Streikenden: „Was soll ich nun tun? hineingehen will ich nicht. Unterstützung bekomme ich auch nicht mehr. Uebertreten mag ich nicht und meine Frau drängt mich, Streikbrecher zu werden. Ich gehe jetzt hin, hänge mich auf oder gebe in den Rhein.“ Einen anderen Ausweg fand der Mann aus seinem Gewissenskonflikt nicht. Am demselben Tage abends wurde er von einem Fabrikarbeiter als Zeuge aus dem Rhein gezogen.

Generalkrieg der Damenschneider zum Damenschneider in Liverpool. In Liverpool haben die Damenschneider und Damenschneiderinnen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Parteiangelegenheiten.

Zur preussischen Landtagswahl wurden in nachstehenden Bezirken folgende Gewinne aufgestellt: Frankfurt am Main (Stadtteil) Dr. M. Duard und Heinrich Hüttmann-Frankfurt am Main; Danau-Stadt und Land; Parteiliche: Robert Himmann-Frankfurt a. M.; Weinhausen-Schlachten; Parteiliche: M. Schindrich-Franau.

Die Bevölkerung von Frankfurt ist seit der letzten Wahl, insbesondere durch Eingemeindung um fast 100 000 gewachsen; sie beträgt jetzt rund 450 000; trotzdem hat die Stadt nur zwei Vertreter im Landtag.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Nr. 91.

Breslau, Sonnabend, den 19. April 1913.

24. Jahrgang.

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Kasse Straußengasse 1/4, und durch Kolportageur zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen 2.50, frei im Haus 2.92, wo keine Post am Orte 2.50.

Bestellungsbedingungen für die einjährige Abnahme: über dem Namen 20 Pf. Kundenzugabe 40 Pf. Sonstige unter Zug 1 Pf. Inlande für Arbeitsmarkt 15 Pf. Ausland für 25 Pf. Bestellen bei: Vertriebs-Veranstaltungsbüro 13 Pleßstraße. Inlande für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 1 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Telephon Expedition 1206.

Dallwitz in Moll.

Eine Reichskanzlerrede hat eigentlich in Deutschland schon längst aufgehört, ein politisches Ereignis zu sein. Trotzdem ist der getreue Chronist verpflichtet, seinen Lesern mitzuteilen, daß des deutschen Reiches beherrschender fünfter Kanzler am Mittwoch im Reichstag eine Rede gehalten hat. Nämlich, der Titel des Reichshaushalts, Gehalt des Reichskanzlers 100 000 Mark, steht zur Debatte, und da gehört es sich schon, daß man da ist und einige Worte von sich gibt.

Anspruchsvolle Leute würden aus diesem Anlaß eine politische Programmrede erwarten, allgemeine Gesichtspunkte, Ausblick auf künftige gemeinsame Aufgaben des Reichstags und der Regierung. Nichts von alledem, nicht einmal ein paar nette Bemerkungen. Gradnauer hatte in einer trefflichen Rede eine ganze Reihe verkümmelter Fragen an den Reichskanzler gestellt: Wie ist mit dem preussischen Wahlrecht, mit dem Ausbau der Sozialpolitik, Herabsetzung der Altersgrenze, Wählerinnenrecht, Wohnungsreform, Arbeitslosenversicherung? Der Reichskanzler hat zu alledem nichts zu sagen, das sagt genug. Und vorher hatte er noch ganz naiv gelächelt, wie Gradnauer die alte Wahrheit aussprach, daß die eigentliche Partei der positiven Arbeit im Reichstag die Sozialdemokratie sei. Der Herr Reichskanzler hat für diese positive Arbeit nichts als ein reizendes Lächeln der Verständnislosigkeit und Schweigen.

Vier Fragen greift der Reichskanzler aber heraus, deren Verantwortung ihm unerträglich erscheint.

Erstens die Jesuitenfrage des Staatssekretärs des Innern. Sie dreht sich nur darum, die Grenzen der Reichs- und der Landesrechte festzustellen. Also ein rein theoretisch-rechtliches Interesse, das eigentlich schon längst hätte erledigt sein können. Von einem Kuhhandel mit dem Zentrum ist ihm „nichts bekannt“.

Dann der Fall Compère Morel. Einzelheiten sind ihm unbekannt, der braunschweigische Bevollmächtigte weiß auch nichts. Seit drei Tagen beschäftigt diese Affäre die deutsche und französische Presse, an beiden vorhergehenden Tagen ist sie im Reichstag besprochen worden, im Landtag hat Dallwitz schon ein fertiges Urteil über sie gehabt — und was für eins! — der Reichskanzler hat sich aber über „Einzelheiten“ noch nicht unterrichten können, im Zeitalter des Telegraphen und des Telephons! Das Uebrige ist gedämpfter Dallwitz, mit Wenn und Aber verknäuelert. Wie gewöhnlich kommt das alles heraus! Die Geschichte ist ihm sehr, sehr unangenehm. Aber Dallwitz hat gehandelt und Bethmann hat zu schweigen. Dallwitz hat gesprochen und die Sache ist erledigt. Wieder einmal hat der preussische Volksheimminister große Reichspolitik gemacht.

Sohn-Cabinen dritter Punkt. Von einem Brief Wilhelm II. war die Rede. Bethmann kennt ihn nicht. Er ist nicht bei den Alten, also auch nicht auf der Welt. Aber die Affäre Sohn ist in einer Weise erledigt, mit der „das deutsche Volk“ einverstanden ist. Erst den Tritt und dann den Orden. Das deutsche Volk hat über die Wilhelmische Privatangelegenheit, die mit Erteilung einer Auszeichnung für öffentliche Verdienste abschloß, ebenso herzlich gelacht wie in diesem Augenblick die äußerste Linke lacht über das Plädoyer des Herrn Reichskanzlers.

Vierter und letzter Punkt: Landwehrreform des Wilhelm II. „Kampf gegen die Mächte der Finsternis und des Unglaubens“. Nun aber jetae, was du kannst! Schmetterte Bruchstücke, entwirft Kolossalgemälde vom Kampf der erhaltenden Monarchie gegen die Mächte des Umsturzes, schließt mit einem schönen Bild vom Staat, Thron, Altar, den Felsen, an denen sich die rote Blut übergeben wird — und der jubelnde Volkfall von rechts ist dir gewiß! Aber was nun folgt, ist eine unglückliche, auf keinerlei Material gestützte Polemik, ein Angriff auf den stärksten Punkt der sozialdemokratischen Presse, der Herr v. Bethmann vorwirft, Kirche und Glauben anzugreifen, während doch jedem Leser dieser Presse bekannt ist, mit wie weltgehender Rücksichtnahme hier jede Verletzung religiöser Empfindungen vermieden wird. Natürlich legt es Proteste, Material ist im Augenblick nicht bei der Hand, aber der Reichskanzler erinnert sich, einen schrecklichen Artikel in der „Leipziger Volkszeitung“ gelesen zu haben, der ihn beinahe veranlaßt hätte, etwas zu unternehmen. Was in dem Artikel stand, wird nicht erschichtlich, ebensowenig, was der Reichskanzler beinahe gegen ihn unternehmen haben würde. Es ist eine dunkle Geschichte, die Erregung hat sich rasch gelegt.

Armer Reichskanzler, trotz seiner 100.000 M., um deren Bewilligung er nicht in Sorge zu sein braucht, ist er nicht zu beneiden! Da ist einer, der nicht vorwärts und nicht zurück kann. Von vier Dingen, über die er spricht, ist er über drei nicht unterrichtet. Ueber die vierte ist er unterrichtet, aber falsch. Kanzler des stärksten Staates Europas, ein Geschworener, der weiß, daß er geschoben wird, aber unfähig, sich dagegen zu wehren...

Die großen Schweiger.

Am Donnerstag wurde der Etat des Reichskanzlers in nicht einmal einer Sitzung erledigt, heute wollten die Rechte und das Zentrum dem Kriegsminister die gleiche Wohlthat erwirken. An beiden Tagen bemühten sie sich, die Debatte nach Möglichkeit einzuschränken. Man begreift eigentlich gerade jetzt diese übermäßige Eile nicht. Wenigstens liegt keine erdrückende Fülle von Beratungsmaterial vor, und es wird doch wohl auch nicht bestritten werden, daß die Öffentlichkeit ein sehr erhebliches Interesse an der gründlichen Erörterung der ungemein wichtigen Angelegenheiten hat, die in das Ressort des Herrn von Seevingen fallen, oder gar zur allgemeinen Politik des Reichskanzlers gehören. Nicht einmal der Einspruch kann geltend gemacht werden, daß die allgemeine Debatte über die Seevers- und die Seevorschriften die ganzen Gebiete erschöpft habe. Daß noch äußerst viel und äußerst Wertvolles zu sagen ist, dafür haben die beiden letzten Tage an sich schon den vollen Beweis erbracht. Es bleibt also wirklich nur die Vermutung übrig, daß die reaktionären Parteien mit der größten Bereitwilligkeit die parlamentarische Behandlung erschweren, wenn nicht gar verhindern wollen, um so rascher zu einer endgültigen Erledigung der Abstimmungsarbeiten zu gelangen.

Der Beginn der heutigen Sitzung gab zu erregten Auseinandersetzungen über die Prüfung von zwei bedeutenden konservativen Mandaten Anlaß. Die Kommission hatte über die Wahl des konservativen Herrn Vlemmer Beweiserhebungen beantragt, und die Ungültigkeits-Erklärung der Wahl des Herrn v. Kröcher vorgeschlagen. Graf Westarp vereinbarte mit seinen Reden über die Unparteilichkeit der Wahlprüfung einen Antrag auf Absehung gerade dieser, seine Partei beherrschenden Wahlen von der Tagesordnung. Dieser Antrag wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt, und nach eingehender Debatte wurde dann entgegen dem Vorschlage der Kommission die Wahl des Herrn Vlemmer für ungültig erklärt, wie die Freimüthigen es verlangt hatten. Während bei dieser Wahl die Mehrheit nur verhältnismäßig schwach war, bleiben die Konservativen, als es sich um Herrn v. Kröcher handelte, fast allein. Nur ihre nächsten Nachbarn und ein kleiner Teil des Zentrums suchte ihnen zu helfen. So fiel auch Herr v. Kröcher, als das zweite konservative Opfer einer Währungsreform, die den öffentlichen Wohlgefühlen erfruchteterweise zu Leibe rückt.

Dann begann die Beratung des Etats des Kriegsministers. Genosse Schöpplin führte in einer ausgezeichnet dokumentierten Rede den Nachweis, daß fast in jeder Frage und fast auf allen Gebieten die Militärverwaltung gegenüber den Wünschen der Volkvertretung nach selbstverständlichen Reformen in der Heeresorganisation die eigenstimmigste Obstruktion treibt. Die Stellung zur Duellfrage, die Ablehnung von jüdischen Kandidaten und von den Ewänen kleiner Handwerker, die sich um die Wahl zu Reserveoffizieren bemühen, ist allerdings ein Zeichen dafür, wie sehr sich das Offizierskorps im Gegensatz zu Recht und Verfassung nur aus einer bestimmten sozialen Schicht zu rekrutieren verwehrt. Nur so ist es auch möglich, daß manche Offiziere der deutschen Armee bei Kontrollversammlungen die einkerkerten Mannschaften in unerhöhrter Weise behandeln; nur so ist es auch begreiflich, daß die Militärverwaltung selbst in der Frage des Militärpostlotts keine andere Haltung annehmen will, und schließlich mag hierin auch eine der wichtigsten Gründe für die Soldatenmishandlungen liegen. Der fortgeschrittene Redner, Herr Ablass, beklagte die Mishandlungen und verworf den Militärpostlott. Der Kriegsminister dagegen machte keine anders als die schon früher gehörten Redensarten, wenn er auch gerade gegen die Soldatenmishandlungen vielleicht eine etwas schärfere Tonart anschlug. Charakteristisch für seine Auffassung parlamentarischer Kritik ist die Beschwerde, daß diese Auseinandersetzungen im Reichstage überhaupt stattfinden! Die Rechte wollte heute unbedingt Schluß machen, aber ein sozialdemokratischer Verfassungsantrag wurde angenommen.

Zu Beginn der Sitzung war der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Einführung des Proporz bei den Reichstagswahlen mit 140 gegen 139 Stimmen abgelehnt worden. Die reaktionären Parteien verdanken ihren großen Erfolg nur der Tatsache, daß die Abstimmung gleich zu Anfang der Sitzung stattfand.

Der Generalstreik in Belgien.

Die Spannung löst sich. Der erste große Eindrud hat über die erregten Gemüter gleichsam Beruhigung gebracht: als wenn jeder zu sich sagte: Endlich... Aber dieses Endlich heißt auch zugleich wieder Anfang und Eröffnung neuer, bewegter Spannungen noch mit einem unbekanntem Spiel dramatischer Kräfte. Die Sprache des belgischen Ereignisses sind Ziffern. Ob sie in Zukunft mit Liebe oder Haß werden ausgesprochen werden, sie werden nichtsdestoweniger reden und wirken. Noch treten diese Ziffern nicht überall in ihrer

vollen Klarheit hervor und das Kampffeld dieser „stillen Schlacht“ läßt sich in dem dichten Industrieland noch nicht völlig überblicken, noch kann jemand seine Grenzen feststellen. Selbst bei dem kurzen, unvorbereiteten, unorganisierten Generalstreik von 1902 gab es ein Anschwellen der Zahl der Streikenden bis zum vierten Tage. Am ersten Tage gab es — nach den Feststellungen eines belgischen Beamten — 140.000, am vierten Tage 231.927 Streikende. Wir haben jetzt einen monatlang vorbereiteten Streik vor uns. Der erste Tag schon setzte mit einer Zahl von mehr als 300.000 Streikenden ein. Und die beiden folgenden Tage folgten ein Anschwellen der Ziffern in allen Teilen des Landes.

In Groß-Brüssel gibt es überhaupt nur zwei oder drei größere Fabriken, und zwar solche, die ausschließlich ungelernie Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen, was noch gearbeitet wird. In allen übrigen — meist Maschinenfabriken, Druckereien und Automobilfabriken — wird gestreikt. Nur hier und da wurde am Dienstag noch mit einem ganz geringen Teil des Personals weitergearbeitet; die meisten bestreikten Betriebe sind überhaupt geschlossen worden. Und wenn man im Zentrum der Stadt so wenig streikende Arbeiter bemerkt, so einfach deswegen, weil sie der Parole des Streikkomitees gefolgt sind, die innere Stadt möglichst zu meiden, damit den Gendarmen und Polizisten, die dort die Hauptgebäude „verteidigen“, keine Gelegenheit zu „Missionen“ gegeben wird. Die Leute sind entweder zu Hause — wer ein Gärtchen hat, ist dort mit dem Spaten oder der Sichel beschäftigt; manch anderer benützt die Gelegenheit, hier eine Türe frisch anzustreichen, dort sich in der für Laten schwierigen Kunst des Tapetenlebens zu üben — oder sie feigen das schöne Festlichkeitswetter, das auf die schweren Schneestürme vom Sonntag gefolgt ist, zu einem Spaziergang in die Umgebung. Die einzige Unterbrechung war bis jetzt der Besuch des Streikkomitees und in einigen Verufen auch ein paar Stunden Streikpostenlehen.

Jeder Streikende bekommt seine Kontrollkarte und soll diese in dazu besonders bestimmten Lokalen täglich abkempfen lassen. Solcher Lokale gibt es in Groß-Brüssel 141, die meist in Wirtschaften der Vororte eingerichtet sind. Bei dieser Gelegenheit ist darauf geachtet worden, daß in keinerlei Form Zwang ausgeübt wird. Die Streikenden können sich von 9 Uhr bis mittags zur Kontrolle anmelden, und zwar in dem Lokal, in dem sie ihre Karte ausgestellt erhalten haben. Die Verteilung der Lokale ist nicht nach Verufen, sondern nach Stadtteilen vorgenommen worden. Die von den Kontrolleuren ausgefüllten Formulare werden nachmittags den verschiedenen Gewerkschaftssekretariaten übermittelt.

In den fünf Filialen, die das Brüsseler Volkshaus in den Vororten hat, ist dieselbe strenge Streikordnung durchgeführt wie in dem Hauptlokal: am Eingang warten die zweisprachige Zugschrift: „Local prive“ — „Privatlokal“ — hienigen, die dort nichts zu suchen haben, daß sie nur dann hereingelassen werden, wenn sie den vor der Türe postierten Ordnern ihre Streikkarte oder ihre Mitgliedskarte von der Partei vorzeigen können. Punkt sechs Uhr abends geht eine Klingel, drei Minuten später sind alle Besucher draußen auf dem Heimwege. In dem Volkshaus von Brüssel-Stadt, dem schönen Arbeiterpalast der Rue Joseph Stevens, ist der Teil des Gebäudes, in dem die Sekretariate der Organisationen untergebracht sind, auch den Streikenden und Parteimitgliedern verperrt; hier werden nur die Genossen hereingelassen, die eine besondere rote, mit ihrem Blide versehen Legitimationskarte mit sich führen, die nur denen ausgestellt wird, die mit irgendeiner besonderen Funktion beauftragt worden sind. Auf diese Weise wird der Andrang der Neugierigen und der Unbefugten sehr wirksam zurückgehalten. Nur das Cafe, die Kasse und die Bibliothek sind den Streikenden allgemein zugänglich. Im Cafe werden nur alkoholfreie Getränke verkauft — auch für die besteht hier kein Zwang — und mittags kann man da für 10 Centimen einen tiefen Teller Suppe mit Brot bekommen.

Wie sehr der belgische Wahlrechts-Streit auch den reaktionären Stügen der preussischen Dreiklassenhande auf die Nerven gefallen ist, zeigen die Berichte, die die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ des Knuten-Dortel über jene Massenbewegung bringt. Hier zwei Proben:

Brüssel, 16. April. Die Streiklage verschlechtert sich zu sehens, überall wird eine Vermehrung der Zahl der Streikenden konstatiert. In Lüttich stieg ihre Zahl von 20.000 auf 63.000, in Perovers von 11.000 auf 19.000. Von 15.000 antwortender Gasarbeitern fehlern 10.000. Zahlreich (liberale) Großindustrielle, wie der belgische Kohlenmagnat Barocque, unterstützen offen die Streikbewegung.

Paris, 16. April. Die Zeitung „La Presse“ bringt interessante Enthüllungen über den belgischen Generalstreik, indem sie mitteilt, daß der bekannte belgische Millionär Marquet, der seinen Reichtum seiner früheren Eigenschaft als Spielhöllebesitzer zu verdanken hat, und der auch Eigentümer der berühmtesten Speisebank zu Ostende war, den sozialdemokratischen Parteileitung von Belgien für den Generalstreik eine Summe von 100.000 Franken zur Verfügung stellte. Die engen Beziehungen

wissen dem Sozialkapitalismus und der Sozialdemokratie werden damit wieder einmal aufgedeckt, bemerkenswert ist aber, dass der frühere Spielhöllebesitzer aus dem Grunde den Streikfonds der Arbeiter so reichlich spendete, weil er sich an der Regierung rächen wollte. Diese hatte ihm nämlich das Sandwerk gelegt, indem sie bekanntlich sämtliche Spielhölle in Belgien schloß.

Kann man die proletarische Massenbewegung nicht vernachlässigen, so muß man sie wenigstens begreifen. Ohne ein Wort der Erwiderung wert zu sein, beweisen solche Produkte nur, wie schwül den preussischen Junkern angefühlte belgische Ereignisse zu Wute ist. Sie fürchten, das belgische Beispiel könne in Preußen Nachahmung finden. Sicher ist jedenfalls, daß der belgische Streik auch der preussischen Wahlrechtsbewegung einen kräftigen Impuls verleihen wird.

Ueber die neuesten Ereignisse unterrichten folgende Telegramme:

Der Generalstreik im Parlament.

Brüssel, 17. April. Gestern hielt die Kammer eine Sitzung. Der radikale Deputierte Vorand beantragte die Volksabstimmung darüber, ob die Einleitung einer Verfassungsrevision angebracht sei.

Der liberale Deputierte Symans erklärte, die Politik des Ministeriums ermangle der Offenheit. Denn der Ministerpräsident habe Hoffnung erweckt, die er nicht erfüllen durfte oder wollte.

Vandervelde stellte nochmals fest, daß bei der Zurücknahme des Generalstreikbeschlusses im Monat Februar den vermittelnden Bürgermeistern der großen Städte vom Ministerpräsidenten Hoffnungen auf eine Einigung gemacht worden seien.

Der Ministerpräsident erwiderte, er habe nur gesagt, daß die Frage der Kommunal- und Provinzialwahlen zur Prüfung werde gestellt werden, aber er habe nicht von allgemeinen Wahlen gesprochen. Er ließ schließlich in seiner Rede durchblicken, daß, wenn wieder Ruhe im Lande herrschen werde, man nochmals an die Erörterung der Verfassungsfragen herantreten könne.

Der Streikumfang in Brüssel.

Brüssel, 17. April. Nach der am Dienstag vorgenommenen Kontrolle der Streikenden sind in Brüssel am Generalstreik beteiligt: 5000 Metallarbeiter, 1800 Holzarbeiter, 1800 Karosseriearbeiter, 4900 Lagerhalter, 865 Hutmacher, 1430 Bronzearbeiter, 1500 Schuhmacher, 800 Fabrikarbeiter, 750 Buchbinder, 800 Lederarbeiter, 925 Steinarbeiter, 530 Klempner, 535 Lithographen, 1000 Arbeiter der Nahrungsmittelbranche, 1.000 Bauarbeiter, 250 Bergarbeiter, 500 Maler, 800 Sattler, 150 Transportarbeiter, 270 Tabakarbeiter, 225 Schneider, 161 Bäcker, 125 Seifenarbeiter, 160 Posamentierer, 150 Pfasterer, und 850 Schreiner, insgesamt 22.004.

Verkehrseinschränkungen und Kohlennot.

Brüssel, 17. April. Die Eisenbahnverwaltung gibt an, daß der tägliche Verkehr der Güterwagen im Hafen von Antwerpen, der normal 1200 Wagen war, aber schon vorige Woche nur noch durchschnittlich 800 betrug, gestern auf 200 gesunken ist. Weitere Verminderung des Güterverkehrs wird erwartet. — Der Regierungsvorstand gibt die Zahl der am Mittwoch streikenden im Revier Charleroi auf 80.642 an, also eine Zunahme von 660; in der Provinz Hennegau streiken 168.460. In verschiedenen Industrien ist bereits Mangel an Kohlen und Nahrungsmitteln vorhanden; so mußten in Gent am Mittwoch die Flachspinnereien und in Brüssel einige kleine Metallfabriken geschlossen werden. Aus Grammont und Moust wandern viele Arbeiter nach Amerika aus.

Ein liberales Stimmungsbild.

Brüssel, 17. April. (Verl. Tagebl.) Die belgischen Liberalen haben ein Manifest erlassen, in dem sie sich wohl als Gegner des Generalstreiks bekennen, jedoch erklären, daß sie in dieser Stunde der Krise sich mit den Sozialisten einig fühlen. Die Kundgebungen, die im ganzen Lande, besonders in Gent, in der vergangenen Nacht stattgefunden haben, verließen außerordentlich ruhig. Der wirtschaftliche, in System aber noch nicht zu bestimmende Schaden des Streiks ist bisher sehr beträchtlich. Die Finanzleute und Industriellen, die regelmäßig nach Brüssel zu kommen pflegen, haben ihre Reisen eingestellt. Da sie an der Börse alle Geschäfte leiteten, so herrscht hier große Mattigkeit. Auf den belgischen Staatsbahnen ist der Verkehr um fünfzig Prozent zurückgegangen. Die Leitung der Brüsseler Elektrizitätswerke befürchtet Sabotage von Seite ihrer Arbeiter.

In schlimmen Händen

Roman von Erich Schallier.

(Nachdruck verboten.)

Das Best mußte schon darum Aufsehen erregen, weil es von einem bescheidenen Gasthof seinen Ausgang nahm. An jedem Morgen beherrschte es das Gespräch der Herren. Sogar das neue Rad war zunächst in den Hintergrund gedrängt. Dagmar wurde mit neugierigen Fragen nach ihrem Brautwilde geradezu bedrängt. Die Herren beschworen, daß sie endlich bestimmte Nachrichten mit nach Hause bringen müßten, wenn sie nicht den Jörn der Liebenden Gattin auf sich laden wollten. Dagmar war bereit genug, um in dieser Frage ein raffiniertes Strategie zu sein. Sie verteilte zunächst durchaus nichts, spielte aber die Kennerin mit keinem aufstrebenden Wissen. Der Referendar hatte sich teilweise mit dem Meinungswechsel erkundigt, er lehnte sich nach der französischen Witwe, wobei er seine Hoffnungen auf Agel und dessen Wohlstand festsetzte. Dagmar spielte auch hier mit den Augen, ohne von den Herrlichkeiten etwas durchblicken zu lassen. Der Jörn war ergriffen von verschiedenen Ehen, die nur darum zugrunde gegangen seien, weil man an der Hochzeitsfeier den Raviar verfehlen hatte. Septimus wollte nicht kommen, ohne seinen eigenen Hof zu finden. Agel lächelte referiert. In einer ruhigen, freudigen, aber nicht ohne sich hinreichend und stille dem Ercentuar seine Galoppsprache zur Verfügung. Als endlich der Tag heranwuchs, war er richtig zu einem lokalen Ereignis geworden. Ammensen Beliebtheit, Dagmars Schönheit, die begünstigen Gespräch der Dagmar-Partei in Stadt und weitzer Binde — jwiel kam nicht oft an einem Tage zusammen.

Am besondern in der Nachbarschaft hatte man sich an Liebesschwärmen überboten. Es war ein klarer Sonntag ohne Schnee. Heberall waren Sand und Blumen gestreut. Ammensen großer Lärm war mit einem Lammengelände befruchtet, aus dem stürzte Blumen herabstürzten. Die Stangenste hatten die Dekoration vor Tag und Tag anbringen lassen. Die Referendar für das neue Rad hatten Rahmen herangebracht. Ein Schlichter, der keine Neugierde noch zu kriegen hätte, hatte überdies ein Transportmittel aus Leinwand ins Schaulustig gestellt, auf dem ein schillernder Koffer mit schwarzen Brillen, noch das Brautpaar geschwiegen heirat. Auch sonst lag man rings im Sauberen herrliche Häuser, die sich geschmückt hatten. Agel war sehr beliebt und war im Begriff, ein empfindlicher Mann zu werden. Die Straße war zum Brechen voll. Der ganze reiche Hof des Schlosses hatte sich ein Stücklein gegeben. Der die verheirateten Damen der Honoratioren hatten sich

better und hat fünfzig Mann zum militärischen Schutz für ihre Werke verlangt und auch erhalten. Auch die Brüsseler Straßenbahnbediensteten sind militärisch besetzt worden. Im ganzen Lande sind für die Arbeiterkinder sogenannte „Schulkluppen“ eingerichtet worden. In Verdiers erhalten sechsundzwanzig Arbeiterkinder ihre Mittagessen, an dessen Kosten die liberale Bürgerchaft reichlich beiträgt. Die kommunistischen Wahlzettel werden im großen Volksrestaurant eingenommen. Die Kluppen werden von Männern und Frauen freiwillig bedient. Für die Spelungen wurde auch die Villa eines Privatmannes zur Verfügung gestellt. Das Referendum, in dem die gesamte belgische Bevölkerung über ihre Meinung über das allgemeine Stimmrecht befragt werden soll, kann nach der Ansicht des Antragstellers Vorand sehr einfach organisiert werden. Jeder in die offiziellen Wahlzettel eingetragene Belgier erhält einen Stimmzettel mit den Worten „Ja“ und „Nein“. Er hat dann sein „Ja“ oder „Nein“ auf seinem Zettel einfach auszustreichen. Jeder Wähler soll verpflichtet sein, sein Stimmrecht auszuüben und den Zettel abzugeben, wie es das Gesetz auch bei Volkszählungen und Steuererklärungen vorschreibt. Vertrauensmänner müßten dann das Resultat dieser Abstimmung prüfen. Es besteht natürlich wenig Aussicht, daß die Konserwativen den Antrag auf ein Volksreferendum annehmen.

Nach den offiziellen Feststellungen des Verbandes belgischer Industrieller stehen gegenwärtig in der Eisenindustrie 240.000 Arbeiter, gleich 40 Prozent, in den Kohlenzechen 128.000, gleich 90 Prozent, in den Konstruktionsanstalten (Maschinen-, Waggon- und Lokomotivfabriken) 48.000, gleich 75 Prozent, in der Glasindustrie 9700, gleich 90 Prozent, in der Textilindustrie im Bezirk Verdiers 75 Prozent, in Gent 17 Prozent der Arbeiter im Auslande. Im Laufe des Tages wurden mehrere Maßwerte stillgelegt.

Die Lage auf dem Balkan.

Der Kusten löst sich.

Wien, 17. April. Die serbische Regierung hat beim Admiralsrat der Blockadeflotte den Antrag gestellt, es möchte den Serben gestattet werden, ihre Truppen vor Skutari auf griechischen Transportschiffen durch die Blockade abzuführen. Der Admiralsrat hat gestern beschlossen, die Blockade für den Abtransport von Truppen von heute an zu öffnen.

Volksabstimmung in Montenegro.

Petersburg, 17. April. Wie die „Wirschenja Wiedomosti“ meldet, beabsichtigt König Nikita in der Skutarifrage ein Plebiszit zu veranstalten, um die Verantwortung für die Aufgabe der Belagerung von sich abzuwälzen.

Wien, 17. April. Auf der Sitzung der Londoner Sozialistenunion stand ein Antrag Oesterreichs, im Falle einer weiteren Unnachgiebigkeit Montenegros ein internationales Truppenelement zur Besetzung Skutaris zu landen. Es wurden auch dahingehende Beschlüsse gefaßt. Vorher wird noch ein letzter Schritt in Cetinje erfolgen.

Der Zwist der Sieger.

Wien, 17. April. Die „Südbanische Korrespondenz“ meldet aus Sofia, der Verkehr auf der Eisenbahnlinie Saloniki-Debagatsch wurde infolge von Meinungsverschiedenheiten zwischen den griechischen und den bulgarischen Militärbehörden wieder eingestellt.

Die Sozialisten bringen jetzt Berichte über außerordentliche Maßnahmen Griechenlands bei Saloniki, welches die Stadt von der Landseite besetzte. Alles deutet darauf hin, daß die Griechen auf Zusammenstöße mit den Bulgaren rechnen. Die bulgarischen Blätter schreiben, dort entsehe jetzt ein zweites Adrianopel für Bulgarien. Der Ruf nach Saloniki werde in Bulgarien nicht mehr verstummen.

Sofia, 17. April. Das Bekanntwerden zahlreicher Details von den Uebergreifen der serbischen und griechischen Behörden gegen das bulgarische Element in Mazedonien, mit denen sich die letzten in dem Sobranje eingebrachten Interpellationen befaßten, verursachten in der Öffentlichkeit und in der Presse große Erregung.

Sofia, 17. April. Exminister Talem brachte in der Sobranje eine Interpellation ein, die fragt, ob es wahr sei, daß die Regierung infolge energischer Vorstellungen Russlands auf die Linie Midia-Rodos verzichten habe, und eine weitere Interpellation betreffend die Entnahme von Adrianopel

und die Veretzung der serbischen Truppen an dem Sturme der Abgeordnete Dobrinowitsch brachte eine Interpellation ein. Er fragt, warum die gesamte, auf zwei Millionen veranschlagt, Kriegsbeute, die den Türken bei Kotschana, Jitip und Strumitsch abgenommen wurde, wo die sieben bulgarische Divisionen der serbischen Armadivision zusammen operierte, ganz nach Serbien gebracht sei.

Politische Uebersicht.

Die Sozialdemokratie und der Gottesglaube.

Der Reichskanzler hatte am Mittwoch für seine Hauptung, in der sozialdemokratischen Presse stöße man tagtäglich auf Verhöhnungen des Gottesglaubens, bekanntlich gerade keine Beweise zur Hand. Er versicherte aber, sie in Dugenden beibringen zu können. Da das Suchen nach Material ihm und seinen Geheimräten nun vermutlich einig Schwierigkeiten bereiten wird, springt ihm der fromme „Reichsbote“ bei, der die Rede des Herrn v. Bethmann unter die erfreulichen Lichtblicke der jüngsten Zeit rechnet. Der „Reichsbote“ hat natürlich Beweise in Hülle und Fülle, er weiß gar nicht, wo er anfangen soll. Er greift auf Geratewohl in sein Fach und zieht — eine Reihe von Anträgen zum Chemnitzer Paritätstag hervor. Jetzt steht es einwandfrei fest, daß die Sozialdemokratie den Gottesglauben verhöhnt, denn die Mehrzahl dieser Anträge fordert die Organisierung des Austritts aus der Landeskirche auf und ein paar verlangen stärkere Aufklärung über die Unvereinbarkeit der Religion mit der Wissenschaft. Für die Rechtgläubigen wie Bethmann und den „Reichsbote“ ist eben Religion und Kirche ein und dasselbe, und wer der Lehre von der Erschaffung der Welt in sechs Tagen entgentreten will, steht ihrer Meinung nach das Heiligste in den Staub.

Nun haben die Chemnitzer Anträge ja auch noch einen kleinen Fehler. Sie sind, was der christlich-wahrhaftige „Reichsbote“ allerdings verschweigt, sämtlich abgelehnt worden. Aber was macht das? Es ist kein Zweifel mehr möglich, daß die Sozialdemokratie tagtäglich den Gottesglauben verhöhnt.

Rüstung wider den inneren Feind.

Weil die belgischen Arbeiter in den Generalstreik getreten sind, müssen in Deutschland — Ausnahmegesetze erlassen werden. Das ist die Logik des Freiherrn von Jellich und Neukirch. Er gelangt zu seinem Schluß auf folgender Gedankenlinie: Die Belgier streiken, weil sie ein besseres Wahlrecht haben wollen. Ohne Zweifel werden sich die preussischen Sozialdemokraten an dieser Methode des Wahlrechtskampfes ein Beispiel nehmen, und dann wird man in Preußen gegen solche „revolutionäre Bestrebungen“ nicht gerüstet sein.

Es wird daher die Pflicht der Reichsregierung wie der preussischen Regierung sein, dafür rechtzeitig zu sorgen, daß Reich und Staat mit denjenigen Machtmitteln ausgerüstet sind, welche zur erfolgreichen Abwehr einer politischen Generalstreiks erforderlich sind, und zwar muß die Rüstung möglichst ohne Verzug geschehen. Wenn erst die Sozialdemokratie sich entschließt, praktisch mit dem Generalstreik zu arbeiten, ist es dazu weitläufig zu spät. Man wird aber auch erwarten dürfen, daß die Regierung, welche jetzt das nötige Maß von Entschlossenheit gewonnen hat, dem Reich die zur Abwehr auswärtiger Gefahren notwendige Rüstung vorzuschaffen, auch den Entschluß fassen wird, Staat und Reich zur Begegnung innerer Gefahr ausreichend stark zu machen.

Es ist nicht das erste Mal, daß der freikonservative Führer zum Kampf gegen die sozialdemokratisch organisierte Arbeiterschaft ins Horn stößt, aber man muß schon sagen, seine Gründe waren doch niemals so weit hergeholt wie diesmal. Tatsächlich liegt ihm nun ja auch nicht soviel an der Abwehr eines politischen Generalstreiks, sondern es ist ihm nur darum zu tun, neues Material für ein Zucht-hausgesetz herbeizuschaffen. Er rechnet damit, daß der belgische Ausstand im Deutschen Reich die Stimmung für ein

gehalten; sie wollten unter keinen Umständen dem Dagmar-Kultus entgegenkommen.

„Es ist der reine Segen“, jagte der Referendar, als er das Satum festgelegt hatte. Verheiratete Honoratiorendamen waren ihm nun einmal in der Seele zuwider.

„Ich hätte auch gar nicht, wo sie noch hätten Platz finden sollen“, meinte der Zahnarzt. „Es könnte kein Apfel zur Erde fallen.“

Ein allgemeines Wenden der Köpfe und eine unterbrochene Bewegung ging durch die ganze Kirche, als nun das Brautpaar kam. Dagmar sah in dem weißen Seitenreife so hinreichend aus, wie man hätte erwarten dürfen; die Schleppe rauschte hinter ihr her wie eine feine Musik. Amuffen ging in hochaufergeleiteter Räumlichkeit neben ihr, das leicht ergraute Haar stand in einem prägnanten Gegensatz zu dieser festen Eigenkraft. Die Orgel setzte bronzehin ein, als sie den Gang zum Altar hinausschritten. Ein feierlicher Schauer rieselte Amuffen über den ganzen Rücken. Es war, als ob derselbe Schauer durch die Gemeinde ginge. Die Stille war atemlos, als nun der alte Prosop zu sprechen begann.

Er sprach, wie er immer zu sprechen pflegte, wenn ihm ein besonderer Anlaß die feierliche Stimmung entgegenbrachte, mild und vernünftig und menschenfreundlich. Er brauchte selten persönliche Forderungen. Es ging ihm gegen das Feingefühl, persönliche Dinge in aller Öffentlichkeit zu verhandeln. Sein junger Kollege hatte auch die intimsten Dinge mit einem rückwärtslosen Griff ans Licht. Er konnte es nicht, er wollte es nicht; es konnte aufbringlich und tolllos werden, und der alte Prosop war ein gewandter Mann. Seine brachte er aber doch einen persönlichen Puffes, den er freilich mit sehr distinkten und behutamen Händen anfasste. Er erinnerte an die Hallstride der Welt im allgemeinen. Sie seien schon schlimm genug, aber schlimmer seien die Sünden von Sodom und Gomorra. Er erinnerte an den allmächtigen Gott, der die Jugend so hoch schätzte, die in den Karmen von Sodom und Gomorra aufgefunden wurde. Die müßten erst die Mädchen eine Jugend auf Händen tragen, die in Sodom und Gomorra groß geworden sei. Amuffen stand in regungslosen Stille; er nahm den schönen Satz des alten Prosopien aber mit dankbarer Seele auf. Auch sonst würde er allgewein verstanden und gebilligt. Selbst die weiblichen Anwesenden waren im Moment gerührt und empfanden Wohlthun bei dem Gedanken an Dagmars wenig beneidenswerte Jugend.

Die Orgel fiel noch einmal brausend ein, als das neue Paar durch die Kirche zurückschritt. Unter der Orgel aber, in einem dunklen Winkel, der sonst nie benutzt wurde, lag in einem leisen, leisen Raum Engelbrecht und meinte falsche Tränen der Rührung. Welch ein Glück war es doch für sie, daß Dag-

mar ein so braves Kind geworden war! Auch die Rede des Prosopes fand sie geradezu hinterstehend; sie war freilich auch die einzige, die die Anspielung nicht verstanden hatte. Die Theologie war ihrer Seele fremd geblieben; sie empfand sich mit Stolz als Dagmars Mutter.

„War nicht so übel.“ Der Zahnarzt machte es sich in den Riffen des Wagens bequem.

„Gewiß nicht, aber hoffentlich kommt er nicht zur Tafel.“ An der Tafel konnte der Referendar auch die besten Prosopie nicht leiden.

„Gott bewahre!“ Der Zahnarzt wurde ganz erschrocken. „Das ist hier nicht Sitte. Er hält seinen Tratsch und geht nach Hause.“

„Das ist auch das einzig Richtige.“ Septimus und Agel saßen im Wagen bortha.

„Was sagst Du zum alten Prosop? Ob er nicht geradezu galant geworden ist!“ Agel lächelte.

„Wenn Dagmar toll, steht sie auch die Kinder Gottes zu ihren Füßen.“

„Auch?“ meinte Agel.

„Ja. Die Kinder der Welt hat sie ja schon. Oder sind Dir der Zahnarzt und der Referendar entgangen?“

„Selig sind die, die keinen Verzens sind“, meinte Agel.

„Nun, Du hast ihr ja auch Deinen Wagen gespendet. Müßst Du, daß Etine Andreeßen ihr bekommen hätte?“

„Sei friedlich, Septimus! Wir wollen trinken.“

Agel gab ihm einen leichten Schlag in den Rücken und stieg aus. Der Wagen hielt gerade vor dem Torweg.

Das Speisezimmer bei Lorenz Amuffen war etwas eng, die Versammlung war allzu statlich geworden. Im Kampfe um die Plätze aber und beim gegenseitigen Aneinanderdrücken flogen auch schon die ersten Egerze durch die Luft. Eine tolle offizielle Stimmung konnte unter diesen Umständen gar nicht aufkommen. Es war von vornherein gemächlich. Das Speisezimmer war festlich geschmückt und als Raucherzimmer für die Herren eingerichtet. Die Wirtschaft blieb selbstverständlich streng geschlossen.

Nach der Suppe erhob sich Agel, um die eingelassenen Telegramme zu berlesen; Amuffen hatte ihn darum gebeten. Es war ein ganzer Stapel zusammengelommen. Der Götter in Agel erregte durch ein sehr langes und besonders warmes die allgemeine Aufmerksamkeit. Sogar der Herr von Waldeslust hatte eines gedenkt, obwohl er innerlich vor Wut knirschte, daß ihn Dagmar nur doch entlassen war. Agel und Amuffen waren allzu einflussreiche Leute. Die offiziellen Lesarten folgten. Sie waren kurz und bündig. Nichtsdestoweniger atmete man sie auf da erleichtert auf, als sie zu Ende waren.

(Fort. folgt.)

Verbot des Streikpostenstehens verbessern könne und er will das Eisen schmieden, solange es warm ist.

Streik muß abgeklärt werden!

Die „Kreuzzeitung“ hält es für nötig, den Oberregierungsrat Dr. Strug noch ein zweites Mal ihres allerhöchsten Mißtrauens zu verkleiden. Sie benutzt dazu eine Polemik gegen die „Wolff. Zig.“ und behauptet, nicht der Umstand, daß Herr Strug sich gegen die Veranlagung des landwirtschaftlichen Besitzes nach dem 25fachen Ertragswert gepandt habe, lasse seine Unbefangenheit als Senatspräsident des Oberverwaltungsgerichts zweifelhaft erscheinen, sondern die Tatsache, daß er seine Ansicht in einem leidenschaftlichen Tone vorgetragen habe. Mit seinen Worten werde die Meinung zum Ausdruck gebracht, daß die Landwirtschaft nicht nur im Wehrbeitragsgesetz, sondern in unserer ganzen Steuerleggebung fortlaufend zum Nachteil der Allgemeinheit begünstigt werden.

Ist es veränderlich, fragt das konservative Organ, das Landwirte zu einem Richter, der von solchen Auffassungen so durchdrungen ist, daß er sie öffentlich mit seinem vollen Namen vertritt, nicht das Vertrauen völliger Unbefangenheit haben?

Nehmen wir einmal an, es wäre wirklich ein „leidenschaftlicher Ton“, so handelt es sich doch hier immer nur um eine Kritik des Gesetzes, und nichts deutet darauf hin, daß der Senatspräsident Strug bei der Anwendung dieses Gesetzes sich von seinen Auffassungen über dessen Wert eilen ließe oder auch nur leiten lassen könnte. Viel größer ist doch beispielsweise die Gefahr, daß ein außerordentlicher Richter den Juden gegenüber befangen wäre, aber man hat es schon schon gehört, daß die „Kreuzzeitung“ etwa jüdenfeindliche Auslassungen des früheren Abg. Lattmann, die doch nicht leidenschaftlos waren, mit Rücksicht auf den guten Ruf preussischer Richter bedauert hätte. Ein Richter verliert für die Funktion seine Unbefangenheit in demselben Moment, wo sich herausstellt, daß er nicht in allen Stücken so denkt und so will wie sie. Wenn aber die Arbeiter nicht auf die privaten Meinungen einzelner Richter, sondern auf Urteilsprüche gestützt über Befangenheit klagen, dann ist das eine schwere Beleidigung des Richterstandes.

Unbillige Wahlen. Der Reichstag lehnte in seiner Sitzung am 26. Februar d. J. den Antrag der Wahlprüfungskommission auf Ungültigkeitserklärung der Wahl des nationalliberalen Abgeordneten (Köhl-Offenburg) ab und beschloß die Zurückverweisung in die Kommission. Am Mittwoch und Donnerstag beschätzte sich deshalb die Kommission erneut mit dieser Wahl. Kölsch wurden auf Grund früherer Beschlüsse im Wahlbezirk Lichtenau 34 Stimmen abgezogen, weil der Füllerraum nicht vorchriftsmäßig war. In Quersbach setzte ein Polizeibeamter in Uniform Plakate für Kölsch an, was Kölsch 21 Stimmen kostete. Nach vielen Beschlüssen verblieben dem Zentrumsmann Schüler 1270, während die Kölsch'schen Stimmen auf 1243 herabzanken. In einem Gegenprotokoll, dessen Behauptungen infolge der neuen Prozedur der Kommission ebenfalls noch zu prüfen waren, wird mehrfach geistliche Beeinflussung behauptet. Ein Antrag, diese Tätigkeit der Wähler für erheblich zu erklären und demgemäß Beweis zu erheben, wurde mit 8 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Mit der gleichen Stimmenmehrheit wurde schließlich die Wahl für ungültig erklärt.

Dann folgte die Prüfung der Wahl des Abg. Liszt (Göppingen), der mit einem Mehr von 46 Stimmen gegen unseren Benossen Schlegel gewählt wurde. In dem vorliegenden Wahlprotokoll wurden eine Reihe Unregelmäßigkeiten behauptet, über die Beweis erhoben werden soll. Die Kommission beschloß deshalb einstimmig, die Wahl des Abg. Liszt zu beanstanden.

Der Aufruf eines medlenburgischen Junkers. Der medlenburgische „Ritter“ v. Waltsahn hat ein Geheimaktual in seine Junkerzirkel erlassen, worin er sie auffordert, sehr zahlreich in dem in den nächsten Tagen zusammenzutretenden außerordentlichen medlenburgischen Landtag zu erscheinen. Er überweist seine Klagen darauf, daß, falls diesmal wieder der Regierungsvorschlag abgelehnt wird, der Großherzog ganz bestimmt eine Verfassung erteilen würde.

Interessante Militärschritte. Die Forderung, an die Spitze von weiteren fünf Bezirkskommandos statt eines Stabs-offiziers einen Obersten zu stellen, führte in der Mittwochssitzung zu einer lebhaften Aussprache über die Tätigkeit der Bezirkskommandeure und der Bezirksoffiziere, wobei abermals die ungebührliche Behandlung der Mannschaften bei den Kontrollversammlungen, wie auch die Gesinnungsschnitzerei scharf gerügt wurde. Weiter wurde beanstandet, daß vielen Offizieren auch noch Wünsche gestellt werden, deren sie garnicht bedürfen. Die Forderung wurde abgelehnt. Gewünscht wurde auch, daß jährlich nur eine Kontrollversammlung stattfinden soll. — Der sozialdemokratische Antrag, das reitende Feldjägerkorps zu befestigen, wurde abgelehnt, ebenso der weitere sozialdemokratische Antrag, die besondere Zulage für die Offiziere des 1. Garde-regiments zu Fuß und der Garde du Korps im Gesamtbetrag von 78 242 Mk. zu streichen. Dabei muß hervorgehoben werden, daß auch das Zentrum, das vor Wochen mit bombastischen Worten ein Sparprogramm veröffentlicht hat, gegen den sozialdemokratischen Antrag stimmte!

Zur Reichstagswahlwahl in Rauch-Beisig. Die freikonservative „Post“ bezeichnet die Meldung der „Deutschen Tageszeitung“, daß Herr v. Dergan auf seine Wiederaufstellung bei der notwendig gewordenen Nachwahl verzichtet habe, und daß von den Freikonservativen der frühere Reichstagsabgeordnete Pauli-Potsdam aufgestellt worden sei, „in allen Zeilen als völlig unzutreffend“.

Ausland.

Ein Rotzfrei der politischen Gefangenen.

Die sozialdemokratische Dumairaktion hat dieser Tage folgende Mitteilung über die Zustände in der Schlüsselburg (Ratona) verurteilten politischen Gefangenen interniert sind: „Die politischen Rotzgefängnisse in Schlüsselburg — heißt es in dieser Mitteilung — bitten die sozialdemokratische Fraktion dringend, ihre Aufmerksamkeit auf die schwere Lage der Gefangenen zu lenken und die russische Gesellschaft von der Dumairaktion von Nachsichtbem in Kenntnis zu setzen: Die Karzerstraße ist in Schlüsselburg zu einem System erhoben. Man wird dort für jede Kleinigkeit eingesperrt, keine Krankheit rettet vor der Karzerstraße. Selbst Kranke, die an Epilepsie, Herz-erweiterung, Tuberkulose usw. leiden, kommen in den Karzer. Als im Juni d. J. ein Protest der Gefangenen wegen der Durch-weisung und der grausamen Behandlung stattfand, brachen viele von den zum Karzer Verurteilten noch vor Ablauf der 30-tägigen Strafkraft zusammen. Einige Gefangene, wie z. B. Sapozhnikow, Engehardt, Vorogin und Pismenitsch, mußten von der Administration nach dem Spital geschafft werden. Den vollständig kranken Gefangenen Stodorowow schaffte man nach 28-tägiger Karzerhaft erst dann ins Spital, als er bereits einige Tage vollkommen hilflos dalag. Nach einiger Zeit starb er. Kurze Zeit vorher starb Sapozhnikow, dem die eiserne Kette erst dann abgenommen wurden, als die Todesanzeige bereits ein-

getreten war. Diese sind keineswegs die einzigen Todesfälle, die durch den Karzer beschleunigt oder hervorgerufen wurden. Hierzu gehört auch der Tod der Gefangenen Sitkowsky, Amosow, Budanow, Jelinow, Kurahow u. a. Eine spezielle Untersuchung könnte ein sehr längeres Verzeichnis solcher Todesfälle ergeben. 20 bis 30 Tage Karzerhaft sind eine allfällige Strafbewehrung. Von den befragten 33 Personen (47 politischen und 16 Kriminalgefangenen) sind 60 bloß im Jahre 1912 2468 Tage im Karzer interniert gewesen. . . . Nicht selten werden die Gefangenen im Karzer geschlagen. Dies geschah z. B. mit Rudaschow und Languin, bei dem letzteren in Gegenwart und unter Beteiligung des Direktorschiffen Kubis. . . . Der Direktor empfindet die neu ankommenden Gefangenen mit dem Worten: „Bei mir ist es so: weniger als 30 Tage (Karzer) bekommt niemand, dann folgen 100 Rutenschläge, und wenn Euch das Leben überdrüssig ist, habt Ihr Handlanger.“ (Es ist nicht bekannt, ob der Gefangene Poplow, der, nachdem er von einem Aufseher halb tot geschlagen wurde, sich im Jahre 1911 erhängte, diesen Rat befolgt hat.) „Eine Kugel kostet drei Kopfen!“ heißt es auch bei dem Direktor. So groß ist seine Sicherheit, daß seine Handlungen strafflos bleiben.“

„Wir wollen diesmal die Mehrheit noch nicht!“ In Zürich ist am Sonntag zum ersten Male nach dem Proportional-system gewählt worden. Den Anstrengungen der Gegner, die mit amerikanischer Skrupellosigkeit arbeiteten, ist es dabei leider gelungen, manche Hoffnung unserer Partei zu zerstören. Anstatt der bestimmt erwarteten 14000 Stimmen erhielt sie nur 12000 bis 12600, so daß die Zahl der Mandate für das Stadiparlament anstatt 8 bis 10 nur um 4 in die Höhe ging, von 49 auf 53. Ein Teil der Wähler scheint somit die Worte des alten Verbannten Freulich, die er wiederholt im Stadtrat und Kantonsrat unterrichtet hatte: „Wir wollen diesmal die Mehrheit noch nicht!“ (obgleich man nahe daran war) allzu wörtlich genommen zu haben. Die Gegner aber waren sich gerade auf diese Neuerung und erklärten sie dreist als die Frucht der Führer vor der Unreife der Wähler. . . .

In ganzen hat die Wahl am Stärkeverhältnis der Parteien wenig verändert. Einige die schwankenden Verhalten der Demokrate, die weder sich noch Fleisch sein wollen, erklärten eine Niederlage, wogegen der Proporz der bisher nicht vertretenen sog. Christlich-Sozialen 8 Sitze brachte. — Die 4 sozialdemokratischen Mitglieder der Stadtratsverwaltung wurden ohne Kampf glatt wiedergewählt. Einzig der Polizeipräsident, Genosse Vogelbacher, wurde von etwa 200 bis 300 Bürgerlichen unterstützt, die 8 anderen erhielten nur die 12300 bis 12600 Stimmen der Sozialdemokraten. Da die Gegner rund 1000 bis 1200 Stimmen mehr erhielten, hätten sie, wenn sie Courage gehabt hätten, von vornherein die 4 Sozialdemokraten ausschalten können. Auch das ist eine dringende Mahnung an die Genossen, 1916 nicht mehr nach dem „Wir wollen die Mehrheit noch nicht“ zu handeln.

Die Untersuchung in der Angelegenheit von Nancy. Der Kommissar der französischen Regierung Daurer unterzog gestern die Bahnangestellten in Nancy einem Verhör. Alle sagten, daß keine taktischen Anstrengungen gegen die Deutschen stattfanden. Es ist wahrscheinlich, daß infolge des Verzichts einige Bestrafungen vorgenommen werden. Es werden Maßnahmen ergriffen werden zum Schutze der die Grenze überschreitenden Deutschen.

Aufführungsverbot gegen ein handwerkliches Theaterstück. Das handwerkliche Theaterstück „Das Herz einer Französin“, welches gestern zum ersten Male in Nancy aufgeführt werden sollte, wurde polizeilich verboten.

Aus dem galizischen Landtage. In der Sitzung der Wahlreform-Kommission erklärte der Obmann, daß infolge der jüngsten Vorankündigungen eine weitere Verhandlung keinen Zweck habe. Graf Wadeni hat das Referat für die Wahlreform-Kommission niedergelegt.

Müssen die Ausländer an der Militärarbeit mitzahlen? In schwererischen Ländern wird der Bundesrat aufgefodert, für den Fall, daß die in Deutschland lebenden ca. 75.000 Schweizerbürger zur Zahlung der Militär-Milliarde herangezogen werden sollten, sofort den über 300.000 in der Schweiz lebenden Deutschen die — schweizerische Militärsteuer aufzuerlegen! (In der Schweiz muß jeder über 20 Jahre alte Mann, der seinen Militärdienst verrichtet, Militärsteuer, Arbeiter meist 15—25 Fr. pro Jahr bezahlen. Davon sind die Ausländer, wie auch vom Heresdienst, befreit.) — Da nun Art. 4 des Niederlassungsvertrages bestimmt, daß die Angehörigen beider Länder nur in ihrem Heimatlande zur Militär- resp. Ersatzpflicht herangezogen werden können, wird die Regierung beihimmelt auf das Geld mindestens der Schweizer verzichten müssen, wenn sie nicht einen diplomatischen Konflikt heraufbeschwören will. Die Berner Tag-wacht fordert den schwererischen Bundesrat sehr energisch auf, in diesem Sinne in Berlin vorstellig zu werden.

Preussisches Abgeordnetenhause.

Das Dreiklassenhaus hat am Donnerstag trotz einer Dauer-sitzung den Etat noch nicht erledigt. Auch einige Wort-abkürzungen ungen des unangenehmsten Kalibers konnten die Ver-beratung noch nicht so weit fördern. Beim Kultusetat, der in der Hauptache dem üblichen Partitüsgewalt zwischen Zentrum und Nationalliberalen gewidmet war, unterzog Genosse Dr. Lieb-lich nicht jenes bekannte Reichsgerichtsurteil der schärfsten Kritik, wodurch das höchste Gericht nach einer Zeit weniger reaktionärer Justiz die gesamte proletarische Jugendbewegung der Schulauf-schließungsbehörden des Herrn v. Trost zu Solz ausgeliefert hat. Die Entrüstungsreden der Herren v. Woyne und v. Campe konnten den Eindruck dieser Kritik nicht zerstören. Wertvoll war das Jugendbündnis des Landrats v. Woyne, daß die reichsgerichtliche Kennzeichnung der proletarischen Jugendbewegung als Jugend-verführung auf der rechten Seite des Dreiklassenhauses als erfreulicher Fortschritt betrachtet wird! Am Freitag wird der Etat verabschiedet und die Berliner Stadtbahnelektrifizierung beraten werden.

Aus Oberschlesien n.

Vergebliche Arbeit.

Wir haben schon wiederholt nachgemessen, was für riesige Arbeiten die ober-schlesischen Polizeiverwaltungen leisten, um den bösen Sozia an den Wagen zu faren. Allerdings sind damit immer sehr schlechte Erfahrungen gemacht worden, denn in der über-großen Mehrheit gingen alle Aktionen immer daneben. Trotz dieser trübten Erfahrungen gibt es auch heute noch Polizei-Ver-waltungen, die der Latenzdrang nicht ruhen läßt. Hierzu gehört im besonderen die Polizeiverwaltung Weutchen, deren Deputierter der „liberale“ Stadtrat Leber ist. Im Weutchner Gewerkschaftslokal ist trotz des Protestes der Polizei ein Plerauschank für die Mitglieder des sozialdemokratischen Vereines eingerichtet worden. Seit dieser Zeit schenkt die Polizei diesem Auschank zehnmal mehr Aufmerksamkeit, als anderen Lokalen zusammen. Kaum war vom Stadtrat die Schand-erlaubnis erteilt, da wurde gegen Genossen Börling, als Inhaber des Lokals, Strafaktion gestellt, weil dieser aus-gefallen sei, als er die Lokale in Händen hatte. Auch dem Bezirksausschuß wurde diese Sache vorgebracht, der aber darüber zur Tagesordnung überging. Selbst der Staats-anwalt, waf die Sache in den Papierkorb, die Aktion war verpufft.

Nun wurde nach neuem Material gesucht. Man ent-deckte, daß Genosse Paulchner für die Räume des Gewerkschafts-

lokals die Kopportage angemeldet hatte, und da jetzt dort ein Aus-schank ist, sollte eine Neuerungspolizeiverordnung verlegt sein. Der Polizeiergeant Langer erhielt den Auftrag festzustellen, was für Schriften dort ausliegen und Anzeige zu erstatten, was prompt ausgeführt wurde. Genosse Börling erhielt einen Straf-befehl über 5 Mk. Sofort wurde wieder gerichtliche Anweisung beantragt und in einem Schriftsatz darauf hingewiesen, daß es sich garnicht um eine Gast- und Schankwirtschaft im Sinne des Gesetzes handelte, sondern um ein Kasino, das das Land-gericht selbst als ein solches im Sinne des Disziplinargesetzes im schriftlichen Urteil festgelegt hat und demnach unter dem Miß-gliedern also jeder Handlung befreit werden kann. Dann aber sei die Kopportage im Lokal auch garnicht betrieben worden, und endlich sei es doch auch der Polizei bekannt, daß in allen Lokalen Postkarten usw. verkauft werden, ja unter den Augen der Polizei fanden in Lokalen Ausstellungen mit gleichzeitigem Verkauf usw. statt. In der Schank-gerichtsverhandlung am Mittwoch wiederholte Börling diese Dinge. Der Staatsanwalt schloß sich dem in der Hauptsache an und beantragte selbst die Freisprechung, die dann auch er-folgte unter Auslieferung der Kopfen auf die Staatskasse.

Also auch diese Neuerung der Polizei war wieder um-lauf. Mit noch kommenden Verfolgungen wird es wohl nicht besser gehen. Aber in Weutchen läßt man sich nicht so leicht be-ziehen. Augenblicklich liegen die Dinge so, daß selbst belanglose geschäftliche Mitteilungen stets mit einer Strafandrohung ab-schließen, was eine Behörde doch wirklich unterlassen sollte, denn Vertrauen gewinnt man damit gewiß nicht.

Rattowitz, 18. April. 24 stürmiger Schneefall Der Schneefall, der nahezu 24 Stunden anhielt, hat aufgehört. Der Wind hat südliche Richtung angenommen und die Tempe-ratur stand Donnerstag morgen auf Plus 2 Grad Celsius. Der Schnee schmilzt. Allerorten wird eifrig an der Beseitigung der niedergegangenen Schneemengen gearbeitet. Der Schaden, der hier in Oberschlesien durch Frost und Schnee verursacht wurde, ist verhältnismäßig geringer als in anderen Landesteilen, weil das Wachstum noch nicht so weit vorgeschritten ist. Nur das Laub einzelner Baumarten ist erfroren und die Blüte der Beeren-sträucher vernichtet.

Wistomat, 18. April. Festgenommen wurden die beiden Händler, die vor kurzem das Ehepaar Brauer aus Nieber-schlesien nach Lublitz gelockt, mißhandelt und um 500 Mark beraubt haben. Die Täter sind in Ostwestphalen verhaftet worden.

Briefkasten.

Weutchen OS. Ueber die Hausmusik gibt es keine gesetz-lichen Vorschriften. Der § 360 Biffer 10 sagt nur, strafbar macht sich, wer ungebührliche Klänge auf ruhstehenden Arm-erregt. Hausmusik am Tage ist also in der Regel erlaubt, aber nach 10 Uhr abends wird sie unterbleiben müssen.

D., Streichen. Ja, der Wert könnte Ihnen Sachen zurück-nehmen zu zahlen. Wir empfehlen Ihnen deshalb, die Miete beim Aus-ziehen zu zahlen.

M. B., Brisa. Altersrente erhalten Sie erst mit 70 Jahren, nicht mit 68.

Requisit. Die Mafel ist von Frouard bis zur Mündung schiffbar; flößbar ist sie noch 90 Kilometer von Arches bis Frouard.

J. R. 106. 1. Ja, Sie haben das Recht, von Ihrem Arbeitgeber einen Hausausweis zu verlangen. 2. Eine besondere Verordnung über den Ausgang der Dienstboten kennen wir nicht. 3. Es wäre gut gewesen, wenn Sie uns gesagt hätten, welchen Beruf Sie haben; wir könnten Ihnen noch Ratschläge mitteilen.

W., Mariannenstraße. Das Geschäft ist leider noch be-rechtigt, die Möbel abholen zu lassen; wir empfehlen Ihnen deshalb, das Geld zu zahlen. Glauben Sie, daß die Sachen schlecht gearbeitet sind und nichts taugen, so müssen Sie das Geschäft unter Berufung auf einen Sachverständigen auffordern, den Preis zu ermäßigen oder die Möbel in Ordnung zu bringen.

Parthwitz. Der Grund des verspäteten Eintreffens des Zeituna bei Ihnen war gleichfalls durch den bereits gemeldeten Maschinendefekt verursacht.

Bestimmungen der Kaiserlichen Markt-Vollzugs-Kommission.

Dresden, den 17. April.

	gute		mittlere		geringe	
	100 Kilo	100 Kilo	100 Kilo	100 Kilo	100 Kilo	100 Kilo
Weizen, weicher	19 60	18 70	18 90	17 70	17 40	17 20
Weizen, gelber	19 00	18 60	18 50	17 60	17 30	17 20
Woggen	18 90	18 40	18 20	14 80	14 70	14 20
Bräugetreide	18 10	18 00	18 40	14 90	—	—
Gerste	18 20	14 90	14 80	14	18 90	15
Safer	15 60	15 90	15 18	14 60	14 70	14 20
Getreide-Erfen	24	24	22	22	21	20
Erbsen	21 50	21	19 90	18 90	18	17 50

Gen per 100 Kgr. neues 8.20—7.10 Mk.
Langstroch per 100 Kgr. 4.80—5.30 Mk.
Weißstroch 100 Kgr. 3.20—3.60 Mk.
Breslauer Weizenmehl, Mehl befeuchtet, per 100 Kilogramm inkl. Sach-erhalt 24.50—25.00 Mk., Roggenmehl 27.50—28.00 Mk., Roggenmehl o. Weizenmehl 24.50—25.00 Mk., Roggenmehl o. Weizenmehl befeuchtet, 24.00—24.50 Mk., Roggenmehl o. Weizenmehl 22.00—22.50 Mk., Weizenmehl 11.50—12.00 Mk.

Juno
29 Cigarette

Josef

12900/3

Bereine und Versammlungen.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.
Donnerstag, den 24. April, abends 8 Uhr,
im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“, Margarethenstraße 17:
Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Aufstellung der Landtagskandidaten.
2. Die bevorstehende Landtagswahl.
Nur Mitglieder haben Zutritt.
Zu dieser Versammlung werden sämtliche Wahlmanns-Kandidaten und Wahlhelfer dringend eingeladen.

Deutscher Metallarbeiter-Verein.
Achtung! Stempner!
Morgen Sonnabend, den 19. April, abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus:

Große Versammlung

Tagesordnung:
„Die angeordneten Zwangsmaßnahmen gegen den Gefellenausschuss.“
Kollegen, wir erziehen Sie alle zu erscheinen, da die Arbeitgeber trotz Exzer Unterzeichnung des Tarifs die Auslieferung dennoch vornehmen wollen.
Die Ortsverwaltung.

Esperanto
Am Sonnabend, dem 19. April, abends 8 Uhr, beginnt im Gewerkschaftshaus, Zimmer 11, ein **neuer Esperanto-Kursus**, zu dem alle Interessenten freundlichst eingeladen werden.
Arbeiter-Esperanto-Gruppe.

Konsum- und Sparverein „Vorwärts“
Mitglieder-Versammlungen
finden statt:
Montag, den 21. April, abends 8 Uhr: Neudorfstraße 99.
Dienstag, „ 22. „ 8 „ Heinrichstraße 5.
Mittwoch, „ 23. „ 8 „ Löschstraße 13.
Donnerstag, „ 24. „ 8 „ Pöpelwitzstraße 23.
Da äußerst wichtige Gegenstände zur Beratung liegen, wird um zahlreichen Besuch gebeten.
Der Vorstand.

Konsumverein f. Schönlanke u. Umgeg.
E. G. m. b. H.
Sonntag, den 27. April 1913, nachm. 3 Uhr, bei Gräfe:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
I. Geschäfts- und Kassenbericht von 1. Oktober 1912 bis 31. März 1913.
II. Wahl eines Vorstandsmitgliedes und Aufsichtsratsmitgliedes.
III. Anträge und Wünsche aus der Versammlung.
Der Vorstand.
Franz Schönhoff. Friedrich Radtke.

Zur General-Versammlung
der gemeinsamen
Ortskrankenkasse für Gewerbegehilfen und Arbeiter
in den Fabriken zu Liegnitz
am Sonntag, den 27. April c., vormittags 10 Uhr,
im Saale der „Genossenschaftsbrauerei“
werden die am 17. November 1912 gewählten Herren Vertreter ergeblich eingeladen.
Tagesordnung:
1. Rechnungsbericht und Beschlussfassung über die Abnahme der Rechnung für das Jahr 1912. 2. Ergänzungswahl des Vorstandes. 3. Beratung und Beschlussfassung über Beiträge und Leistungen für die allgemeine Ortskrankenkasse nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung. 4. Verschiedenes.
Liegnitz, den 18. April 1913. Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiter-Verein
Zweigverein Breslau. (Zentrum der Bauarbeiter).
Sonntag, den 20. April, vormittags 10 Uhr, findet im
Zimmer Nr. 10 des Gewerkschaftshauses
eine **Versammlung** statt.
Zu Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Nach langem, schwerem Leiden verschied am 17. April
unser werter Kollege, der Hilfsarbeiter
Eduard Oestreich
im Alter von 33 Jahren 3 Monaten.
Ein ehrendes Andenken wird ihm stets bewahren
**Das Personal der Breslauer
Aktien-Malzfabrik.**

Am Donnerstag, den 17. April 1913, verstarb nach
langem schwerem Leiden unser treuer Verbandskollege,
der Hilfsarbeiter
Eduard Oestreich
im Alter von 33 Jahren 3 Monaten.
Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren
**Die Mitglieder des Brauerei- und Malzfabriker-
Verbandes. (Zahlsstelle Breslau)**

Steinarbeiter
Sonntag von 10-12 Uhr:
Kaffentag
im „Noten Bömen“, Kupfer-
schmiedestraße Nr. 26.

Trebnitz, Wahlverein.
Sonntag, 20. April, nachm. 4 Uhr:
Mitgliederversammlung
im Billardzimmer des Konzert-
hauses. Sehr wichtige Tages-
ordnung. Erscheinen aller Mit-
glieder ist Pflicht.

**Verein zur Fürsorge für un-
bemittelte Lungenkranke in Breslau**
Ordentliche
Mitglieder-Versammlung
am Freitag, den 2. Mai 1913,
abds. 8 1/2 Uhr, im Fürstensaale
des Breslauer Rathauses.
Tagesordnung:
1. Bericht über die Vereins-
arbeit 1912/1913.
2. Kassenbericht 1912/13 und Ent-
lastung des Schatzmeisters.
3. Haushaltsplan 1913/14
4. Anträge des Vorstandes:
a) Satzungsänderungen.
b) Vorstands-Ergänzungswahl.
5. Der Bau des Lungenkranke-
Krankenheimes.
Wir laden unsere geehrten
Mitglieder zu zahlreichem Er-
scheinen ergebenst ein. Freunde
unserer Bestrebungen sind als
Gäste willkommen.

Breslau, 15. April 1913.
Der Vorstand.
Et. dirat Dr. Wagner,
Vorsitzender.
Dr. med. Reche, Schriftführer.

Pfänder-Auktion.
Montag, den 21. April, bis Nr. 5716
Verlängerung nur bis 19. April.
Buscher, Poststraße 6.

Der Anarchist
Novellen von Gottschalk
20 Pfg., früher 1 Mk.
Zu beziehen durch die Expedition
und die Kelposteure.

Am 16. d. Mts. verschied nach kurzem schwerem Leiden
unser werter Kollege, der Bierfahrer
Wilhelm Wolf
im 52. Lebensjahre.
Ein dauerndes Andenken bewahrt ihm
Das Fahrpersonal der Genossenschaftsbrauerei Breslauer
Gast- und Schankwirte.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 20. d. Mts., mittags
12 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in Dürrgoy statt.

Am Mittwoch, den 16. d. Mts., verschied nach kurzer
Krankheit unser treuer Verbandskollege, der Bierfahrer
Wilhelm Wolf
im Alter von 32 Jahren 7 Monaten.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Mitglieder des Brauerei- und Malzfabriker-Verbandes
Zahlsstelle Breslau.
Beerdigung: Sonntag, mittags 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle in Dürrgoy.

Am 15. d. Mts., früh 1/7 Uhr, verschied unser Mitglied,
der Bierfahrer
Wilhelm Wolf
Ehre seinem Andenken!
Der Sozialdem. Verein Breslau.
Beerdigung: Sonntag, den 20. April, mittags 12 1/2 Uhr, von
der Leichenhalle des Bernhards-Kirchhofes in Dürrgoy.
Trauerbass: Vorwerkstraße 34.

Joh. Kluger, Breslau, Naibussstr. 152.
Telephon 6635.
Grosses Lager: 12758
in Fahrrädern und Nähmaschinen,
Schlosserei, Schiefererei, Verackelung
mit elektrischem Betrieb.
Gründete Werkstatt für anlogene
Sonderstoffschneidungen.
Gegen Kasse niedrige Preise. Teilzahl. gestatt.
Man verlange Preislisten gratis und frank.

Stadt-Theater
Freitag 7 1/2 Uhr:
Walter Günther-Braun:
„Carmen“.
Sonnabend 7 1/2 Uhr:
„Aida“.
Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Die fünf Frankfurter“.
Abends 7 1/2 Uhr:
Wagner-Zyklus, 9. Vorstellung:
Der Ring des Nibelungen.
Dritter Tag.
„Götterdämmerung“.

Lobe-Theater
Freitag 7 1/2 Uhr:
„Die Frau Präsidentin“.
Sonnabend 7 1/2 Uhr:
„Der lebende Leichnam“.
Sonntag 7 1/2 Uhr:
„Der lebende Leichnam“.

Thalia-Theater
Sonntag 7 1/2 Uhr:
„Jugend“.
Mittwoch, Freitag und Sonnabend
von 10-12 Uhr im Stadt- und Thalia-
Theater.
Montag: Operndivertissement.
Abendmahl-Vorstellung. Gross Karten.
„Der gute Ruf“.

Schauspielhaus
Freitag 8 Uhr:
„Der liebe Augustin“.
Sonnabend 8 Uhr:
Sum 1. Male:
„Soheit tanzt Walzer“.
Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Der Kaisererzherzog“.
Abends 8 Uhr:
Sum 2. Male:
„Soheit tanzt Walzer“.

Liebig's Etablissement.
Abendlich 8 Uhr:
Das phänomenale April-Programm.
II. a.:
„Lora“, der Wunderpapagei.
Sonntag, 20. April, 4 Uhr:
Nachm.-Vorstellung (H. Dreif.).

Viktoria-Theater.
Belvedere-Ensemble, Dresden
Rin in's Vergnügen!
Anfang 8 Uhr. Sonntags! 1913

Zeitgarten.
Damen-Ringkampf
:: 12 Ringerinnen ::
und das glänzende
Spezialitäten-Programm.
Anfang 8 Uhr, Sonn- und feiertags pflig.

Zeitgarten-Tunnel.
= Frei-Kino =
Frei-Doppel-Konzert
Die Luxbrüder, Schrammeltrio
Annielle, ital. Tenor.

Eine Klasse
für sich - bilden meine
Hut-Spezial-Marken
Neuere Formen, steif u. weich
Jeder Hut
„Meine Spezialität“ Mk. 2 80
„Mein Schläger“ Mk. 3 20
Extra Qualitäten Mk. 3 50 Mk. 4 00 Mk. 4 50 Mk. 4 80
Unerreichte reelle Qualitäten.
Strassburger Hut-Bazar
Schmiedebrücke 36/38 am Universitätsplatz
2. Geschäft: Ohlauerstr. 64 am Christophoriplatz
3. Geschäft: Friedr.-Wilhelmstr. 2 am Königsplatz.
Bitte meine Schaufenster-Auslagen zu beachten!

Circus Busch
Monte Freitag, den 18. April,
abends 7 1/2 Uhr:
Humoristischer Gala-Abend.
Mac Norton
das Phänom. d. Magenrings
wird heute
Zeigen, wie man b. 50 Liter Bier
oder Wein ohne jeden Schad.
für seine Gesundheit in 6 Min.
konsumieren kann. Er
operiert
mit Fröschen und Amphibien,
die er lebend verschluckt.
Grosses Amaleu-Konkurrenz-Kellen.
50 Mark Prämie
zahlt die Direktion demjenigen,
der auf galloppierend. Pferde
stehend 3 mal in der Manege
herumreitet.
Ferner:
das grosse Gala-Programm.
Zum Schluss:
die grosse Pantomime-Vorstellung
„Unter Gorillas“
in 4 stänzenden Bildern.

Purze mit
Henkel's
Bleich-Soda.
16089.9
Ein gutes Gebett Betten, ge-
tragene Sachen, 1 Tisch und
1 Stuhl, feine Bettwäsche, 1
Gubachstr. 30/32, Zigarrengeschäft.

Triumph
„Cito“
erhältliche Marken zu jetzigen Preisen.
Gewünschte Räder von 15 bis 20 an.
Reparaturen schnell und preisw. u. Preis-
gebendste Garantie. Zeitabgabe gestattet.
Tschechiner Fahrradhaus
Steinernerplatz 13, 12125/2
Friedrich-Wilhelmstraße 106.

Trauerhüte
in größter Auswahl und
billigsten Preisen 12415
Kulda Siedner
Schmiedebrücke 15/16
Gde Kupferschmiedestr.
Die 10 Gebote u. die besitzenden Klassen
von Hoffmann - 30 Pfg.

„In freien Stunden“.
Illustrierte Roman-Bibliothek, Heft 10 Pfenninge.
Kleiner Anzeiger
Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte
10 Pfenninge. Abonnenten haben gegen Gutschein
5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der
Verlag. Beforderte Abweichungen bedingen Seitenpreis.

Kauf und Verkauf
Handelst. Junges fettes Fleisch in
unmüht. hat die Köchschlächterei Große
Dreil. bangasse 34.
Gewogene Mahlgroben für jede
Menge, billig, gut erhalten. Kaufhaus für
Feinmahlgröben. Neue Schwabinger-
straße 5.
Gewünschte Kinderwagen mit Summi-
rädern zu kaufen gesucht! Objekt mit Preis-
angabe erbeten unter R. D. 10 an die Exped.
dieser Zeitung.
Soll. Rohle, Brillen, gute Kattun,
ausgezeichnete Qualität, Kosten-Schickel,
Große Dreil. bangasse 23.
Wer einhaltenes Herrn Rab ist preisw. u.
u. verkaufen. Objekt unter R. 50 an die
Expedition dieser Zeitung.
Arbeitsmarkt
Reaktion! Eidge Röhren sucht
Rück, Georgenstraße 12, 3. Etage.
Vermietung
Rechtliches Büro zu vergeben. Wein-
straße 52, 2. Etage rechts.
Verschiedenes
Empfehle der geehrten Arbeiterwelt
Große Dreil. bangasse Nr. 53 neu
eröffneten Kafen- und Bieren-Salon
u. Restaurant. Objekt unter R. 50 an die
Expedition dieser Zeitung.
Abonnenten und Leser der „Volkswacht“ können
ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und
die Zuführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie
unterstützen die „Volkswacht“ auch dadurch, daß sie bei ihren
Einkäufen die Inserenten der „Volkswacht“ berücksichtigen und
sich bei ihren Einkäufen auf die „Volkswacht“
berufen.
Durch alles dies wird die „Volkswacht“ aktiv unterstützt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 18. April.

Die Mitglieder-Agitation

Der sozialdemokratische Verein darf niemals ruhen. Sonntag, den 20. April gehen zwei Distrikte an die Arbeit:

- Distrikt 3 (Grabischener Vorstadt südlich), Lemaiststraße 12.
- Distrikt 14 (Schlauer Tor), Königgrüßerstraße 10.

In diesen Distriktslokalen treffen sich von 8 Uhr vor-mittags an die arbeitsreudigen Genossen. Es geht von Haus zu Haus, was immer Erfolge bringt.

Die Wahlmanns-Kandidaten,

Die Wahlhelfer und Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins Breslau versammeln sich Donnerstag, den 24. April, im Gewerkschaftshaus, um die Abgeordneten-Kandidaten zu wählen und die nötigen Anweisungen über die Wahlarbeit entgegenzunehmen. Genossen, es gilt, alle Kräfte anzugreifen; und deshalb pünktlich zur Stelle.

Stadtverordneten-Versammlung.

Das war das Stagnum der gestrigen Stadtväterung, die so erregt verlief, wie selten eine zuvor. Schließlich, friedlich waren eine Anzahl kleiner Vorlagen erledigt worden, das Wirtschaftsgebäude fürs Klassenische Stiegenhaus war nach einem kleinen Geplänkel den Ausschüssen überwiesen und die Straßenbahnarten-form nach wenigen Bemerkungen der Vertagung über-liefert worden. Da doch, kein wie ein Mäusel, der stoniststoff heran. Für 3600 Mark patriotische Bücher sollten gekauft und als Schulprämien zurzeit des Jubiläums an Schüler verteilt werden. Herr Dr. Wohlfauer empfahl die Gabe mit schmeichelhaften Worten und hoffte, daß die Vertikale neben anderem, Freiheits- und Unabhängig-keitsgefühl, das Gefühl für Toleranz und ähnliche schön: Bürger-tugenden" zeigen werde. Diese Bemerkungen hal-ten Herrn Dr. Nischke, den Maueisen der Maueisen, und Dr. Herchel, den Schwärzesten der Schwarzen, wild ge-macht, und sie stürzten sich mit berechtigter Wut auf Magi-strat und liberale Mehrheit und riefen ihnen mit steigender Heugler die Frage zu: Was für Bücher wollt ihr kaufen? Darüber war nun im Augenblick nicht Klarheit zu schaffen, aber der Oberbürgermeister, der Bürgermeister, der Referent, Stadtv. Heilberg beschwichtigten abwechselnd und immer dringender: Beruhigt Euch, es sind sehr schöne, sehr echte, sehr patriotische Bücher, die wir ange-schafft haben, Schuldeputation, Magistrat und Installs-leiter haben sie auf ihre Zuverlässigkeit geprüft. „Ihr denkt einen dunklen Schleier über Euer Vorhaben“, großt es von der Rechten zurück, „Ihr habt nichts von Vater-landsliebe gesagt, sondern nur von Freiheit und Toleranz gesprochen“, poltert Herr Herchel erregt in den Saal. „Landtagswahl!“, schmettert es ihm anzüglich entgegen, und Herr Wohlfauer bittet aufs neue ums Wort. Was, der Freisinn sollte keine Vaterlandsliebe im Leibe haben? Er, der im Berliner Stadtparlament durch den Mund des Herrn Cassel den vaterlandslosen Roten so geinlich heim-gelächelt hat? Doch siehe da, Herr Dr. Wohlfauer stundet andere, männlichere Töne: „Ich halte es für unter meiner Würde, öffentlich über Vaterlandsliebe zu reden, wer die wirklich hat, der prahlt nicht damit auf dem Markte, für den ist sie selbstverständlich — Ihr Gebaren aber ist Hurrapatriotismus!“ Wen's juckt, der frage sich, wie eine Mutter schiebt der Doktor Nischke aus dem Chaos der in schmerzlichen Krümmungen sich windenden Rechten hervor, er nicht den Referenten an: So etwas waagt ein Mensch in Breslau zu sagen, ein Mann von der Magistratspartei in Breslau, die sich eben ansieht, ein großes patriotisches Fest zu feiern — er jagt nur noch, der bedauernswerte Redner, er kann seine Nahrung nicht meistern — da knnten wir uns ja alle ins Bett legen und mit gefalteten Händen unter der Bettdecke bald ein Vaterunser beien! Die stürmische Heiterkeit der Sozialdemokraten überkünt den wilden Schmerz der Patrioten, vergeblich sucht Herr Justizrat Peuder für den schlüpfrigen Boden der realio-nären Enttäuschung ein juristisches Fundament zu zimmern, begünstigend mischt sich Genosse Löbe ein und bittet die verehrlichen Patrioten, sich nicht buchstäblich an die Kefhle zu fassen. Es hat ja für die vaterlandslosen Roten etwas Beruhigendes, wenn die zehnmal Gezeiten noch mit der Feststellung des wahren Patriotismus beschäftigt seien, aber der Magistrat habe die streitenden Brüder doch für heute Abend in den „Zepter“ zu einem Glase Bier ge-laden, da werde sich das Gleichgewicht — in diesem Punkte wenigstens — schon wieder finden. Alle Beruhigungs-versuche scheinen vergeblich — da endlich naht die Ret-tung. Der Referent hat die Titel der Bücher entdeckt, um die der Streit entbrannt ist, das erste heißt: „Land-wehrmann Knille“. Landwehrmann Knille, soll ich ihnen auch den Inhalt mitteilen? „Um Himmelswillen!“, ruft Herr Heilberg, „Vorlesen, erzählen!“, Wink wibbegie-tig von den Bänken der Roten. Herr Dr. Wohlfauer läßt sich erweichen und gestattet einen Blick in das Seelenleben des Landwehrmanns Knille. Schon in jungen Jahren war der natürlich ein tapferer Gefell, Aug, fortan und patriotisch bis auf die Knochen, ein eisernes Kreuz erhebt das reiche Ad-geat und das Jahr 1813 kam ihm gerade gelegen. Eben wollte der Redner fortfahren, die Ruhmestaten des Land-wehrmanns in den historischen Jahren zu erzählen, da brachte ihn das Gelächter und die Unruhe aus dem Gleise und er mußte aufhören. Ausschussberatung! heißt die Rechte, aber hartnäckig lehnte die liberale Mehrheit den Wunsch der Patrioten ab.

Was auch noch zur Beratung kam, die Bewegung legte sich nicht mehr und als schließlich gar das Abend-statt der „Breslauer Zeitung“ mit einigen Angriffen in Dehlschem Maßstab gegen die katholische Bevölkerung ver-teilt wurde, schämte die Entrüstung aufs neue auf. Wir fürchten, der Abend im „Zepter“ hat noch mit einer feierlichen Rede von dem echten Patriotismus geendet. 1813 — die Erhebung des preussischen Volkes gegen die Fremdherrschaft Napoleons, 1913 — die Erhebung der schwarz-blauen Garben gegen die Schredensherrschaft der Juden und Heiden in der Breslauer Stadtverwaltung! Jede Zeit hat ihre erhabenen Flüge!

Die Verleerung der Straßenbahnarten.

Der Magistrat beantragt wegen des geringeren Ueber-schusses der nützlichen Straßenbahn die Streckenarten und konfiskieren Karten im Preise zu erhöhen. Der Berichterstatter Stadtv. Hanke (lib.) empfiehlt, die Vorlage zu vertagen. Der Magistrat habe darin recht, daß die Straßenbahn mehr einbringen müßte, aber der Ausschuss war zweifelhaft darin, ob wirklich die Einnahmen so ungünstig sind, wie behauptet wird. Er wünscht deshalb, daß erst ein Jahres-bericht vorliege, bevor man über die Einträge beschließen könne und habe beschlossen, die Vertagung zu empfehlen. Stadtbaurat v. Holz: Wenn man die Einnahmen auf den Wagenkilometer umrechnet, so findet man, daß im vorigen Jahre auf den Wagenkilometer ein Viertel Pfennig weniger ein-genommen worden ist. Diese geringere Einnahme läßt entweder den Schluss zu, daß die Beförderung der Wagen abgenommen hat, was ich aber nicht glaube, oder die Karten zugenommen haben, ohne die nötige Mehrerinnahme zu ergeben. Stadtv. Löbe (Soz.): Die Begründung der Vorlage läßt die irrthümliche Meinung auskommen, als ob die Einführung der Arbeiterkarten für die Stadt mit Opfern verbunden ge-wesen wäre. Dem gegenüber stelle ich ausdrücklich fest, daß im Getausch von allen Seiten, auch von Herrn Kammerer, so gar von Herrn Stadtrat Tebler zugegeben worden ist, daß die Arbeiterkarten noch mit einem Vorteile, also mit einem Ueber-schuss für die Straßenbahnverwaltung abschließen. Stadtv. Herchel (Kler.): Wir schließen uns dem Vertagungs-antrage an, und im übrigen bemerke ich, daß die Verleerung der Strecken-Abonnements in weiteren Kreisen eine geteilte Mei-nung gefunden hat. Die Vertagung des Magistrats wird be-schlossen.

Der Kampf der Patrioten.

Ueber einen Magistratsantrag auf Bewilligung von 3600 Mk. zur Beschaffung von Büchern als Schülerprämien zur Erinnerung an die Freiheitskriege berichtet Stadtv. Wohlfauer (frei.). Der Redner empfiehlt die An-nahme der Vorlage. Die Auswahl der Bücher sei in der Weise erfolgt, daß der Jugend Sinn für Freiheit, Unabhängigkeit und Duldsamkeit beigebracht werde. Alle Schichten der Bevölkerung fanden darin ihre Anerkennung. Vielleicht könnte man noch das Buch: „Das Volk steht auf!“ dazunehmen. Stadtv. Nischke (kons.): Es sind hier nicht einmal die Namen der Bücher und der Verfasser genannt worden. Wir wissen nicht einmal, wie sie aussehen. Ich beantrage Ausschuss-beratung. (Beifall rechts.) Stadtv. Konczak (lib.): Die Ausführungen des Referenten waren so überzeugend, daß wir die Vorlage ohne Ausschuss-beratung annehmen können. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß die Bücher auch dem Vermögensvermögen der Kinder ange-past sein müssen. Bürgermeister Trentin: Die Auswahl ist von der Schul-deputation getroffen worden. Es haben Redatoren und andere bewährte Schulmänner daran mitgemittelt, sodas wir bezüglich der getroffenen Auswahl beruhigt sein können. Stadtv. Wohlfauer (frei.) erklärt ebenfalls noch, daß bei der Auswahl die größte Sorgfalt obgewaltet habe. Stadtv. Herchel (Zit.): Es handelt sich hier um fremde Gelder, um das Geld der Steuerzahler. (Zuruf: Landtagswahlen! Heiterkeit.) Sie lauchen! Lachen Sie nur noch oft in solchen Dingen (Zuruf: Landtagswahlen!). Der Referent hat gesagt, die Bücher seien geeignet, dem Frieden der Religion zu dienen. Er hat dann aber auch gesagt, sie sollen den Sinn für Freiheit und Unabhängigkeit fördern. Die Hauptfrage aber ist, daß die Bücher die Liebe zum Vaterlande fördern. (Großes Gelächter.) Davon hat der Referent nichts gesagt, also hat man wohl die Bücher auch nach der Richtung nicht geprüft. (Große Unruhe und Gelächter.) Stadtv. Wohlfauer (lib.): Gelacht ist hier worden, weil Herr Herchel es gerade war, der hier anfangs Dinge betonte, die doch nicht in seiner Eigenart liegen. Daß die Bücher geeignet sind, Liebe zum Vaterlande zu erwecken, ist selbstverständlich. Das erachtet hier nicht erst besonders gesagt zu werden. Ich halte es unter meiner Würde, fortwährend öffentlich nur meine Vaterlandsliebe zu betonen. (Große Unruhe bei den Schwarz-blauen.) Was sie betätigen ist nicht Vaterlandsliebe, sondern ichlimister Hurrapatriotismus. (Anhaltende große Unruhe und Gelächter.) Stadtv. Nischke: Es ist wirklich stark, daß der Stadtvor-ordner einer Stadt, die zu einer großen patriotischen Feier rüstet, es waagt, die Vaterlandsliebe als etwas zu bezeichnen, wovon man öffentlich gar nicht sprechen braucht. Da braucht man ja in keiner Familie und zu seinen Kindern auch nicht davon zu sprechen (Lachen), da es ja etwas ganz Selbstverständliches ist, kann man sich ja ins Bett legen. Das ist ein starkes Stück. (Große Unruhe und Lachen.) Wozu veranstalten wir denn die junge Feiertage, wenn wir öffentlich nicht von Vaterlandsliebe reden sollen. Ich wiederhole: Wir wissen nicht einmal den Titel der Bücher. Wir kitzeln unsere Millionen hinaus, ohne richtige Prüfung. Da gestatten Sie uns wenigstens, daß wir bei den paar Mark fragen, was daraus wird. (Große Unruhe und Gelächter.) Oberbürgermeister Matting: Ich verstehe die Aufregung nicht, die diese doch nicht besonders wichtige Vorlage verursacht. Sie können doch zu der Schuldeputation, das Vertrauen haben, daß sie die Vaterlandsliebe nicht übersehen hat. Stadtv. Herchel (Zit.): Wenn der Referent nur die finanziellen Gesichtspunkte im Auge gehabt hätte, dann hätte er doch gar keinen Grund gehabt, hier von Freiheit und Verteilung von Vorurteilen zwischen den verschiedenen Gesellschaftsklassen zu reden. Da er das tat, nimmt es um so mehr Wunder, daß er die Vaterlandsliebe so ganz übersehen hat. (Unruhe und Gelächter.) Oberbürgermeister Matting: Als unwichtig habe ich die Vorlage nur bezüglich im Vergleich zu der Arbeit, die die Schuldeputation Tag für Tag leistet. Es wäre schlimm, wenn sie nicht täglich auf die Pflege der Vaterlandsliebe bedacht wäre und alles nur von dem einzigen Falle abhänge. Stadtv. Herchel (kons.): Es ist richtig, daß es sich hier nicht um die Mittel handelt. Wir können auch Vertrauen zur Schuldeputation haben, aber ich bin doch für Ueberweisung an die Kommission, da uns nicht einmal die Titel der Bücher bekannt sind. Bürgermeister Trentin: Die Vorlage wird überhört. Wäre die Summe im Etat mit gefordert worden, dann hätte kein Mensch besonders danach gefragt. Stadtv. Heilberg (lib.): Die Titel der Bücher können wir uns denken. Der eine lautet vielleicht „Die Freiheitskriege von

1813 und 1815“, und der andere „Die Volkserhebung von 1818 und 1819“. (Große Heiterkeit.) Aus dem Titel läßt sich also noch gar nichts schließen und ich will keinem unter uns die Absicht unterziehen, eins der Bücher zu lesen. (Große Heiterkeit.) Herr Kollege Wohlfauer hat in seiner Begründung allerdings ein paar sehr bedeutende Worte gebraucht. Er hat von der Toleranz der Befehlsbefehle und vom Sinn für die Freiheit geredet und das war das rote Tuch, womit er Herrn Herchel herausgelockt hat. (Große Unruhe und Heiterkeit, empörte Zurufe bei den Schwarzblauen.) Wir bewilligen hier stets viel größere Summen für die Volksbibliotheken, ohne nach dem Titel der einzelnen Bücher zu fragen. Es waren doch nicht lauter rote Demokraten, die Erinnerungsbücher geschrieben haben. Im Ausschuss wird, glaube ich, kein Mensch die Bücher lesen. Man wird sich die Bilder ansehen und dann zutun. (Heiterkeit links und große Unruhe bei den Schwarzblauen.)

Stadtv. Löbe (Soz.): Als Unparteiischer in diesem Streit (Heiterkeit), als Unbeteiligter möchte ich bitten, daß sich die Patrioten hier nicht etwa buchstäblich an die Kefhle fassen. Es sind gegen die patriotische Zuverlässigkeit des Magistrats, der Schul-deputation und der Installsleiter von der Rechten die schwersten Bedenken erhoben worden. Das hat für uns etwas Beruhigendes (Heiterkeit), da unter Patriotismus auch immer nicht richtig gemeint wird. Wenn sich die Herren selbst noch nicht darüber einig sind, dann sind wir wohl entschuldigt. Vielleicht findet sich der echte, rechte, zielbewusste und sichere Patriotismus heute Abend beim Bierabend im „Goldenen Zepter“ wieder ein. (Gr. Heiterkeit und Unruhe.)

Stadtv. Herchel (lib-kons.): Wir bitten hier fast unter Thränen, doch die Titel der Bücher zu nennen, dann werden wohl alle zufrieden sein. (Heiterkeit.) Ich weiß nicht, warum der Herr Referent das nicht tun will.

Stadtv. Nischke (kons.): Ich habe hier im Namen aller meiner Freunde die Ausschussberatung verlangt. Ich verfolge Ihnen auch, daß die Bücher bis zur ersten Sitzung des Aus-schusses genau auf ihren Inhalt geprüft werden, wenn man nur die Zeit nennt.

Stadtv. Herchel (Zit.): Unter der Literatur der Freiheits-kriege gibt es viele Bücher, die das Empfinden der Katholiken verletzten. (Bravol und Heiterkeit.)

Stadtv. Wohlfauer (lib.): Ich will ihnen also die Titel nennen! Soll ich ihnen auch den Inhalt erzählen? (Zuruf: Ja! Nein! Jawohl! Gelächter.) Das erste Buch heißt: „Land-wehrmann Knille“. (Gr. Heiterkeit.) Redner erzählt weiter unter sorgfältiger Heiterkeit den Lebenslauf des braven Landwehrmanns. Die Schwarzblauen hören mit gequälten Gesichtern zu. Dasselbe wiederholt sich noch mit drei anderen Büchern. Redner ver-sichert, daß von der Religion nur in einem Buche einmal die Rede sei, nämlich bei der Einsegnung der Freiwilligen in der Kirche zu Rogau. (Stürmische Heiterkeit.)

Die Ueberweisung an den Ausschuss wird hierauf gegen die Stimmen von Nischke, Herchel und ihrer Gesinnungs-freunde abgelehnt. Für die baldige Annahme der Vorlage kam eine Mehrheit zustande. Die Sozialdemokraten stimmten nicht mit

Die Grundstücke Kupferstraße 52, 53, 54 und 55, 56 und 57 werden für zusammen 95.000 Mark angekauft. Der Magistrat wurde erlaubt, das letzte dort im Privatbesitz befindliche Haus recht bald zu erwerben, eventuell durch Enteignung. Stadtv. Heilberg richtete dabei an den Magistrat die Bitte, die Häuser recht bald abzureißen, da der Verkehr dort arg behindert sei. Dagegen sollten zwei der angekauften Häuser an der Uferstraße, deren baulicher Zustand noch gut ist, vorläufig noch stehen bleiben, da die auf jene Gegend angelegten Leute schwer eine andere geeignete Wohnung finden können. Stadtrat Birke erwiderte, daß der Abbruch jener beiden Häuser hinter dem „Seelöwen“ nicht so rasch erfolgen werde, da die Grundstücksbesitzer teilweise länger seien, als unpragmatisch an-genommen.

Dem Ausbau der Straßenbahn zwischen den Endpunkten in der Gaststraße und der Kaiserstraße wurde zugestimmt. Stadtv. Wiener (Soz.) wies dabei auf die ungenügende Ver-bindung von Grabischen mit den übrigen Stadtteilen hin und regte an, eine Zweiglinie der städtischen Straßenbahn durch die Hohenzollernstraße nach Grabischen zu führen.

Die Vorlage auf Errichtung eines neuen Wirtschafts-Ge-häuses für das Klassenische Stiegenhaus wurde an den Aus-schuss verwiesen.

Bei Nennnahme der Protokolle der Betriebs-deputation klagte Stadtv. Belschowsky über zu schwachen Gasdruck in der Altbaustraße und bat um bessere Be-leuchtung der Südbaustraße.

Die neue Rieselkanalanlage im Vorlande von Kan-tern für 46.000 Mark wurde genehmigt.

Für Herausgabe des Werkes „Schlesische Landeskunde“ wurde eine Beihilfe von 3000 Mark bewilligt.

Der Uebertragung des Straßennetzes der Märkischestraße wurde zugestimmt.

Ein Antrag auf Erhebungen über die Woh-nungspreise, um die Mindererhebung der Stadt Breslau in die Grotzkasse A zu erzielen, wurde angenommen.

Zur Vergütung eines Brandschadens auf dem Grundstüd Rathhausstraße 204/208 wurden 1200 Mark bewilligt.

Der Beschaffung von Einrichtungsgeldern für neue Klassen der Handelschule für 8700 Mark stimmte die Versammlung zu.

Für die Willkürliche Stellung in Herrnprosch erzielten Er-wellerungsarbeiten für 11.525 Mark.

Zur Erweiterung der Ehrenkrankenabteilung des Arbeiterhospitals wurden 4500 Mark bewilligt.

Zu der früheren Viktoriaschule und im Grundstücke Leh-nbamm 82/81 werden Erweiterungsarbeiten für 8750 Mark aus-geführt.

Der Umwandlung einer Revisorin-Inspektorenstelle in eine Be-triebshausinspektorenstelle bei den Gaswerken wurde zugestimmt.

Für Bewilligung zum Bau eines Seemannshaus in der Grotzkasse wurden 500 Mark bewilligt.

Die Mehrkosten für das 15. Spielstück des Turnganges Breslau, die sich auf 435 Mark belaufen, wurden bewilligt.

Im Juli und August sollen die Sitzungen ausfallen. Schluß der öffentlichen Sitzung um 6 Uhr. Es folgte eine geheime Sitzung.

Die Buchdruckerei im Kino. Im Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker lesen wir: In verschiedenen Städten wird zurzeit in den Kinos ein Film gezeigt, betitelt: „Ein Ge-such in den Staatsdruckerei zu Washington“, der ein außerordentliches Bild von jenen Kleinbetrieben unserer Kunst übermittel-t. Jedenfalls ist die Vorführung derartiger Filme bedeutend an-regender und lehrreicher, als manch anderer Film mit Scherz-szenen und Liebestrauben. — Wir möchten hinweisen, daß sich solche und ähnliche Filme besonders für Schüler-Vorstellungen sehr gut eignen.

Stadtkinder auf dem Lande. Der Verein zur Unter-kränkung von Stadtkindern auf dem Lande eröffnet seine Geschäftsstelle am 22. April Neue Gasse 22 im Rathaus. Die Geschäftsstunden sind von 10 bis 1 Uhr.

Die Verhandlungsstände des Vereins Frank-wohl, Basteigasse 6a (Sprechstunden Donnerstag von 11 bis 12, Sonnabend von 5 bis 6 Uhr), erzieht Frauen und jungen Mädchen Kunst und Rat in allen Berufsangelegenheiten. (Tel.: Magistrat 83.)

Napoleon und seine Zeit.

Im dritten Vortragsabend des Genossen Bernhard Müller, der fast ebenso gut besucht war, wie die beiden vorhergehenden, ebenfalls der Redner zunächst die auswärtige Politik Frankreichs, die in der Hauptsache der Anerkennung der Republik Frankreich durch England galt. Die weiteren Ausführungen galt sodann den mehrfachen Kriegen gegen Österreich, Italien und gegen das junkertümlich-feudale Preußen, das unter der Herrschaft einer kleinen, aber mächtigen Gruppe von Kriegshebern alle wiederholten Friedens- und Bündnisangebote Napoleons glatt abgelehnt hatte. Die Folge war die furchtbare Doppelschlacht bei Jena und Auerstädt, die den Zusammenbruch Preußens, den Verfall des Reiches und die Gründung des sogenannten Rheinbundes zur Folge hatte. Eine geschichtlich wahre Tatsache ist es, daß Napoleon die großen Siege bei Jena und Auerstädt nicht so leicht in den Schoß gefallen wären, wenn nicht auf vorförmliche Festungen durch die Feigheit der aus preussischen Junkertreffen stammenden Kommandanten ohne Schwerförmigkeit übergeben worden wären. Die wirtschaftlichen Maßnahmen des großen Befehlers des junkertümlich-feudalen Preußens für seine neuverordneten Vorgesetzten, seine Zusammenkünfte mit Goethe, Wieland und ein kurzer Rückblick auf seine Familienverhältnisse beendete den recht lehrreichen Vortrag, für den mit lebhaftem Beifall quittiert wurde.

Der nächste und letzte Vortragsabend, der am Freitag, den 25. April, stattfand, soll der Verwaltungstätigkeit Napoleons, sein Verhältnis zu Russland, dem russischen Kriege, Rückgang und Niedergang, seiner Gesandtschaft und seinem Ende gewidmet sein.

Wegen Begünstigung

hatte sich im Januar 1913 der Gauvorsitzer des Arbeiter-Radschäferbundes „Solidarität“, Genosse Giesmann vor dem Schöffengericht zu verantworten. Das Urteil lautete auf kostenlose Freisprechung. Die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein, weshalb Giesmann am Donnerstag vor der hiesigen ersten Strafkammer erscheinen mußte.

Der frühere Kassierer des Radschäfer-Bundes, Keller, hatte sich Unregelmäßigkeiten zuschreiben lassen, wofür er vom Schöffengericht im vorigen Jahre zu 250 Mark Geldstrafe verurteilt worden ist. Die Anzeige geschah nicht durch die Bundesleitung, sondern kam anonym von anderer Seite. Giesmann wurde im Ermittlungsverfahren gegen den Kassierer vor der Polizei als Zeuge gehört. Er sagte feinerzeit aus, es ließe sich nicht feststellen, ob der Keller unredlich gehandelt habe, vielmehr können die Fehlbeträge auch auf eine mangelhafte Buchführung oder auf andere Umstände zurückzuführen sein. Später wurde Giesmann in der gleichen Angelegenheit vor dem Ermittlungsrichter geladen und eiblich vernommen. Unter dem Eide sagte er aus, Keller habe Gelder der Bundeskasse bernimmt. Das Verfahren gegen den Kassierer nahm nun seinen Fortgang und mündete mit seiner gerichtlichen Verurteilung. Nachträglich wurde über auch gegen Genossen Giesmann Anklage wegen Begünstigung erhoben, die darin erklärt wurde, daß er vor der Polizei entlassend und zu Gunsten Kellers ausgesagt haben soll. Darin lag jedoch durchaus kein Widerspruch, denn zu der Zeit, als Giesmann vor der Polizei vernommen wurde, war er tatsächlich selbst im Zweifel, ja er glaubte persönlich nicht daran, daß sich Keller habe Unredlichkeiten zuschreiben lassen. Keller hatte sich in einer Funktionärsvorstellung an den Giesmann teilgenommen, gut zu recht fertigen verhalten und seine Schuldbilligkeit an den Fehlbeträgen beteuert. Bei der zweiten eiblichen Vernehmung vor dem Ermittlungsrichter hatte Giesmann diesen Zweifel nicht mehr, weil sich insoweit eine genaue Prüfung der Bundesleitung die Schuld Kellers bedenkenfrei ergeben hatte. Das Schöffengericht sah unter diesen Umständen in Giesmanns Aussage vor der Polizei keine Begünstigung und sprach ihn frei. Anderer Ansicht war dagegen die Strafkammer. Sie verurteilte Giesmann jetzt zu einwanzig Mark Geldstrafe. Bei Begründung des Ur-

teils führte der Vorsitzende Landgerichtsdirektor M und r h aus, der Angeklagte habe bei seiner ersten Vernehmung an die Schuld Kellers nicht geglaubt. Nach Lage der Sache hätte er an seine Unschuld noch viel weniger glauben dürfen.

Eine furchtbare Strafe

berhängte das Breslauer Schöffengericht in seiner letzten Sitzung am Donnerstag über eine Frau wegen Vergehens gegen § 219 des Reichsstrafgesetzbuchs. Der Paragraph lautet: „Mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren wird bestraft, wer einen Schwangeren, welche ihre Frucht abgetrieben oder getrieben hat, gegen Entgelt die Mittel hierzu verschafft, sei ihr angewendet oder ihr beigebracht hat.“

Die Angeklagte hatte einer Schwangeren eine Spritze verkauft und ihr angewendet. Der gewünschte Zweck ist erreicht worden, jedoch sind der Schwangeren keine gesundheitlichen Nachteile erwachsen. Das Urteil lautete auf drei Jahre Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust. Von der erkannten Strafe gilt ein Monat durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt.

Die Beweisaufnahme wurde hinter verschlossenen Türen geführt. Bei der Verkündung des Urteils wurde die Persönlichkeit wieder hergestellt. Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Dr. K o m a l a beglückwünschte das Urteil im wesentlichen wie folgt: Durch den Spruch der Herren Geschworenen ist die Angeklagte schuldig des Verbrechens gegen § 219 des Reichsstrafgesetzbuchs; des Versuchs in einem anderen Falle ist sie nicht schuldig und wird insoweit freigesprochen. Obwohl die Angeklagte auf diesem Gebiet noch nicht vorbestraft ist, hat es das Gericht nicht für angezeigt erachtet, auf die niedrige gesetzlich zulässige Strafe von einem Jahre Zuchthaus zu erkennen. Es mußte berücksichtigt werden, daß es einerseits notwendig ist, Personen, die, wie die Angeklagte aus der Erfindung leitenden Lebens, materielle Vorteile ziehen, mit keiner allzu niedrigen Strafe zu belegen. Auf der anderen Seite erwächst aber dem Staate auch die Pflicht, durch Verhängung schwerer Strafen hier abschreckend zu wirken, damit andere Frauen nicht etwa zu der Meinung kommen, die Sache ist ja gar nicht so gefährlich in ihren strafrechtlichen Folgen. Eine Zuchthausstrafe von drei Jahren erscheint deshalb durchaus am Platze.

Fassunglos nahm die Angeklagte das außerordentlich harte Urteil entgegen. Für Verteidiger Rechtsanwalt J o h n a will den Revisionsweg beschreiten. Vorläufig bleibt die Angeklagte weiter in Untersuchungshaft.

Neue Schauflüge.

Der Fliegerleutnant C a r g a n i c o führte am Dienstag früh vor 7 Uhr auf dem Exerzierplatz in Gaudau wieder einige wohlgeungene Schauflüge aus.

Heute Mittwoch vormittag gelang es C a r g a n i c o, den Ehrenpreis der Nationalflugspende in Höhe von 3000 Mk. an sich zu reißen. Bedingung war ein zweistündiges Verweilen in der Luft ohne Zwischenlandung. Dies ist dem kühnen Piloten in einer Sternfahrt von Gaudau-Deis-Gaudau-Oblau-Brieg-Oblau-Gaudau-Deutsch-Lissa-Gaudau glänzend gelungen. Er blieb 2 Stunden und 5 Minuten ununterbrochen in der Luft. Ueber die einzelnen Zeiten wird uns berichtet:

Leutnant C a r g a n i c o flog heute morgen um 6.20 Uhr zum Flug um der Preis der Nationalflugspende auf. Der Pilot nahm zunächst den Weg über S i d l i n o r t nach D e l s, wo er um 6.40 Uhr in 650 Meter Höhe landete und zurück nach G a u d a u flog. Hier wurde er um 7.11 Uhr in 1000 Meter Höhe gestoppt. Nach Oblau und zurück führte der Weg der Bahn entlang. Von Gaudau flog C a r g a n i c o quer über die Stadt, der Richtung nach Oblau zu, das er um 7.25 Uhr in 950 Meter Höhe passierte. Er flog um 7.35 Uhr erreicht. Höhe 850 Meter. Hier drehte C a r g a n i c o, um zurückzufliegen. Oblau wurde abermals um 7.46 Uhr bei 700 Meter Höhe überflogen. Um 8.10 Uhr traf der Apparat wieder über dem Gaudauer Exerzierplatz ein, um nach Deutsch-Lissa, das um 8.15 Uhr passiert wurde, weiter zu fliegen. Von hier aus flog der kühne Flieger nach dem

Ausflugsort in Gaudau zurück, wo er um 8.25 Uhr niederging.

Auf dem Gaudauer Plage hatten sich heute morgen zahlreiche Zuschauer eingefunden, die mit Bewunderung den Flugvorführungen folgten. Nicht minder Aufsehen erregte das Erscheinen des Doppelbeders über der Stadt. Wie wir weiter erfahren, soll Herr C a r g a n i c o heute nachmittag abwärts aufsteigen.

*** Zeugen gesucht!** Straßenpassanten, die in den Tagen vom 10. bis 12. Februar 1913 die Vorgänge, die sich während des Buchbinderstreiks bei der Firma M. K r a g e n & C o. in der Lauehnenstraße abspielten, beobachteten und besonders den Wortwechsel zwischen dem Firmeninhaber H e r z b e r g und einem der Streikposten am 11. Februar mittags 1 1/2 Uhr mit angehört haben, werden gebeten, ihre Adresse im Gemeindefachhaus, Margaretenstraße 17, 3. Etage, Zimmer 70, Buchbinder-Verband, abzugeben.

*** Die Breslauer Fahrtschule des Tierisch u. h. v. e. r. e. i. n. s.** hielt dieser Tage ihre Prüfung ab, die von dem hiesigen Fortbildungsschulen bestanden wurde. Die Schüler Arthur G e i t e r, Gustav D e c k e r, Paul S c h ö n und Georg S t ö b e r erhielten für besonders gute Leistungen Pächterprämien vom D. n. u. h. v. e. r. e. i. n. s. Wegen der zunehmenden Schülerzahl wird das Unterrichtsstelle nach Gartenstraße 27/29 verlegt. Der Fahrübungsplatz nach Ende Kossirbenstraße und Meißelstraße. Die Unterrichtstage sind Montag und Freitag, dem Unterrichtsstoff tritt Ortsgeographie, Schreiben und Rechnen hinzu. Der Minister des Innern bewilligte eine Beihilfe von 1800 Mk.

*** Esperanto.** Der japanische Esperanto-Bund zählt jetzt etwa 700 Mitglieder, unter ihnen annähernd 200 Ausländer und ist in steter Entwicklung begriffen. Zurzeit leitet der Vorsitzende des Bundes, Prof. K r o i t a, einen Kursus unter besonderer Billigung des Verkehrsministers; an diesem Kursus nehmen auch einige Polizisten teil. Bei den Zusammenkünften der Esperantisten-Gesellschaft in Tokio wird jetzt unter anderem Shakespeares „Hamlet“ in japanischer Esperanto-Übersetzung studiert; zahlreiche japanische Esperantisten stehen in eifriger Korrespondenz mit Gesinnungsgenossen in allen Ländern der Erde. Außerdem in Deutschland bestehenden: 50 bürgerlichen Gruppen, umfasst der Deutsche Arbeiter-Esperanto-Bund noch 62 Arbeiter-Ortsgruppen, von denen die hiesige Sonnabend, den 19. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause (Zimmer 11) einen neuen Kursus beginnt, wozu Damen und Herren freundlichst eingeladen werden.

*** Stilllos aufgefunden** wurde am Mittwoch an der Vordermühle (Herrenstraße) eine Arbeiterin, abends 7 1/2 Uhr auf der Neuen Hauptenstraße ein Bauarbeiter. In beiden Fällen wurden die Sanariter der Feuerwehr herbeigerufen, die die Kranken ins Allerheiligenhospital brachten.

*** Vermist** wird seit dem 17. März der Schlosser R a d W i n g l a r, der zuletzt Brandenburgerstraße 3 gewohnt hat.

*** Zusammenstoß.** Am Mittwoch abend 8 Uhr stieß auf der Sandstraße eine Drosche mit einem Viehwagen zusammen. Der Unfall war so heftig, daß das Pferd des Viehwagens stürzte und Verletzungen erlitt und der Droschenkutscher von seinem Sitz auf das Straßenpflaster geschleudert wurde.

*** Ein schwerer Einbrecher verhaftet.** In der Nacht zum Mittwoch ist, wie gemeldet, ein Dieb in die Wohnung des Restaurateurs N a d l e r g a s s e 5 eingebrochen und hat u. a. aus einer Kasse 100 Mk. und mehrere sehr wertvolle Münzen gestohlen. Die Kriminalpolizei verfolgte seine Spur und es wurde festgestellt, daß der Einbrecher in der vergangenen Nacht in einem Cafe saß, wo ihn zwei Polizeibeamte festnahmen. Bei dem Einbrecher wurden 4400 Mk. in Papiergeld gefunden. Er gibt an, 23 Jahre alt zu sein, Max W o l k a s zu heißen und erst vor einigen Tagen nach Breslau gekommen und stellunglos und wohnungslos zu sein. Da dem Diebe beim Einbruch auf der N a d l e r g a s s e nur 100 Mk. in die Hände gefallen sind, so ruht der übrige Gelddbetrag vielleicht von anderen Einbrüchen her.

Vereine und Versammlungen.

*** Der Verein zur Fürsorge für unbemittelte Kranken** in Breslau hält Freitag, den 2. Mai, abends 8 1/2 Uhr im Fürtensaal des Breslauer Rathauses eine ordentliche Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. der Bau des Tuberkulose-Krankenhauses.

Aus aller Welt.

Eine folgenschwere Ballonexplosion. Ein mit fünf Offizieren nachmittags in St. Cloud aufgestiegener Militärballon stieß bei Fontenay Susbois in der Nähe von Paris gegen einen Fabrikschlot und wurde dann vom Sturm weitergetrieben. Der Ballon explodierte oberhalb Villiers sur Marne. Zwei Hauptleute, ein Sergeant, der Pilot und der fünfte Passagier sind tot. Ein Leutnant ist lebensgefährlich verletzt.

Zum Fernflug Paris-Berlin. Der Flieger Ludemars gab am Mittwoch morgen den Weiterflug nach Berlin wegen des anhaltenden Sturmes auf. Er schafft seinen Apparat per Bahn nach Paris zurück.

Der Aufstieg des „Suzard“ verzögert. Kurz vor der für die Abfahrt des Ballons „Suzard“ bestimmten Zeit entzündete das Gas, wodurch der Aufstieg unmöglich wurde.

Die beiden der Spitzbergen-Expedition. Die norwegische Zeitung „Lidens Tegn“ meldet aus Green Harbour auf Spitzbergen: R o s w o l d und die Brüder J u l i u s und J ö r g e n J e n s e n sind gestern hier angekommen. Stenerzen ist mit Kapitän S i n g r u d n a r d s e n weitergegangen. R o s w o l d erzählte, daß er nach der Verabschiedung von Rütcher am 19. Dezember mit Eberhard und Stenerzen nach Norden abgegangen sei. Eberhard habe sich bei Wangenhop orientiert und ist trotz aller Nachforschungen und Abfeuern von Gewehr- und Pistolen nicht wiedergefunden worden. Nach einem zweitägigen ununterbrochenen Marsch bei strengem N i e - l i e h ä t t e n sie beide, stark erschöpft, eine Hütte in M o n s e l a g erreicht, welche ohne Dach, Ofen und Fenster gewesen sei. Hier hätten sie drei Stunden auf Eberhard gewartet. Da sie nur ein wenig Nahrung hatten und schlecht gekleidet waren, und das Wetter ungenügend war, hätten sie nicht weiter als bis T r e n e r s e n b e r g gehen dürfen. Die beiden Deutschen Dr. D e i m e r s und Dr. M o s e r seien zum letzten Mal am 2. Oktober s i b l i c h vom Eisberg auf dem Marsche überdies mit Schüssen und Hund getrieben worden. R o s w o l d und die Brüder J e n s e n gebrauchten ein Tage, darunter sechs Nachts, um von dem Schiffe in T r e n e r s e n b e r g nach A b e n d s a g zu gelangen.

Beobachtungen. Es hat heute Morgen suberlässige Berichte über den Schaden, den die beiden Frostschiffe in nördlichen Oden und Schmelzen im Bezirk angebracht haben, in A r k t i k a v o r. Die Arktisten und Fischer haben trotz der vergeblichen Treibe sehr viel gelitten. Die Fischereiernte ist zu Decidieren vernichtet, nur in einigen geschützten Bergseen sieht man noch einige helle Fische. Der Schaden in den Bergseen ist bedeutend größer als erwartet, besonders an dem Fische, wozu einige geschätzte Fische am Abend beobachtet wurden sind.

Schäden als immer größer heraus, je weiter die Untersuchung vordringt. In manchen Gegenden bedeuten sie garabzu eine Katastrophe für den kommenden Herbst. Im allgemeinen sind alle Triebe, die schon an der Sonne waren, erfroren. Durch den lange anhaltenden Frost sind auch die Nebentriebe vernichtet. Es sind nicht nur einzelne Teile des Landes betroffen, sondern das ganze Weinbaugelbiet ist von dem Frostschaden heimgesucht worden. So viel ist sicher, daß sich zu den Obstschäden ein ebenso hoher Schaden des Weinbaues gesellt.

Die Frankfurter Giftmordaffäre. Aus Wien wird gemeldet: Am Donnerstag vormittag haben sich die beiden Professoren Dr. Ernst Kraus und Dr. Breidram auf der Polizei eingefunden, um über die Vernehmung von W a l t e r i e n an den Frankfurter Gattenmörder H o p f auszusagen. H o p f hat nach diesen Aussagen fünfzehn Sendungen Batterien erhalten. Die Bestellungen erfolgten in unauffälliger Weise und die Abholung geschah mit dem Vermerk: „Infektionsmaterial“. H o p f gab sich als Inhaber oder Bevollmächtigter eines Frankfurter chemischen Laboratoriums für bakteriologische und therapeutische Zwecke aus. Für seine Bestellungen nahm er Briefbogen mit dem Titelkopf dieses wirklich existierenden Laboratoriums. Er hat sich entweder die Druckfächer verschafft oder sie gefälscht. Von anderer Seite wird noch gemeldet, daß H o p f die Batterien aus dem Kaiserlichen Museum in Wien erhalten habe, das die größte bakteriologische Sammlung der Welt enthält und im serotherapeutischen Institut in Wien untergebracht ist. Es ist Eigentum der Professoren Dr. Ernst Kraus und Dr. Breidram. Die Inhaber sind seit Mitte Juli v. J. mit H o p f in Verbindung getreten.

Unschuldig im Zuchthaus. Mit einem glatten Freispruch erbeile ein mit großem Eifer betriebenes Wiedererwahnungsverfahren, das am Mittwoch in später Abendstunden vor dem Kriegsgericht der 17. Division keinen Abschluss fand. Im vorigen Jahre war der Kompaniesergeant T h e o d o r K u m m e r t vom Infanterieregiment Nr. 9 wegen wissenschaftlichen Diebstahls zu einem Jahre Zuchthaus, Ausweisung aus dem Heere und den anderen üblichen Nebenstrafen verurteilt worden. Die Ursache des Diebstahls lag in einer Klage wegen Alimentation. Nach dreitägiger Verhandlung hat am Mittwoch das Kriegsgericht in D e l t o r o ein neues Urteil gefällt. Der Angeklagte ging als völlig rehabilitiert aus der Beweisaufnahme hervor. Er wurde nicht etwa wegen nicht erwiesener Schuld, sondern wegen erwiesener Unschuld freigesprochen. Die Zuchthausstrafe hat er bereits fast gänzlich abgeleistet. Es wurde ihm in der Urteilsbegründung die Befreiung zugesprochen, auf Kosten der Staatskasse eine Entlassung zu beantragen.

Die Wende-„Galeas“ „Galeas“ Kräfte. Wegen öffentlicher Beleidigung wurde vor einiger Zeit der Bergmann Ladw. Redlinghausen vom hiesigen Schöffengericht zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte einem Lehrer, mit dem er in Unfrieden lebte, auf der Straße den Namen „Galeas“ zugerufen. Das Gericht war der Überzeugung, daß dieser Ausdruck eine schwere Beleidigung darstelle. Allgemein bekannt man damit unter Anspielung auf den Galendog, einen Mann mit anomalen geistigen

Empfindungen. Der Ausdruck treffe einen in dieser Hinsicht unbescholtenen Mann sehr schwer. Die gegen das Urteil eingelegte Berufung des Angeklagten wurde gestern von der Strafkammer in Bochum kostenspflichtig verworfen.

Brandkatastrophe. Nach einer Meldung aus M a l o n e im Staate New York brach in der Nacht zum Donnerstag im Hotel Dewilson Feuer aus. Sieben Personen verbrannten, fünfzehn sind verletzt. Die Flammen ergriffen das Treppenhaus und verheerten dreißig Gassen den Ausweg. Einige Frauen sprangen aus dem dritten Stockwerk hinab und wurden schwer verletzt.

Von der Bemannung verlassenes Schiff. Der an Donnerstag in Billau eingetroffene schwedische Dampfer „Germia“, Kapitän Laube, hat auf der Reise nach Billau den schwedischen Schooner „Höfnig“ treibend vor sich gesehen. Die aus sechs Mann bestehende Besatzung hatte das Schiff verlassen. Der Kapitän des Dampfers hat sich an Bord des „Höfnig“ gegeben und die Schiffsapertur an sich genommen. Der Versuch des schwedischen Dampfers, den Schooner ins Schlepplau zu nehmen, mußten bei Stolz münde aufgegeben werden, da das Schiff zu viel Wasser im Raum hatte. Von der Besatzung fehlt jede Kunde. Das Schiff befindet sich noch am Schooner.

Selt zwei Monaten in steifem Schlaf. Aus C h e r b o u r g wird ein merkwürdiger Krankheitsfall gemeldet, der die ganze wissenschaftliche Welt von Paris beschäftigt. In einem Hospital in Cherbourg schlief ein hunger Mann von 23 Jahren seit zwei Monaten ohne Unterbrechung. Er hat jede Empfindung verloren. Seit dem 17. Februar wird er künstlich mit einer Wagenfönde durch Milch und rohe Eier ernährt. Ein Kräfteverlust ist bisher nicht eingetreten. Der Schlaf, der bisher bewegungslos dalag, bewegt sich jetzt, wenn er laut angerufen wird. Die Augen hat er noch nicht wieder aufgeschlagen, und in der langen Zeit kein Wort über seine Lippen gebracht.

Eine Prinzessin, die ihre Sonnenströme nicht begahit vor einem Pariser Gericht ist am Mittwoch Prinzessin Luise von Belgien zur Zahlung einer Schuldsumme verurteilt worden. Die Prinzessin hatte 1911 bei einer Pariser Schirmfabrik zwölf Sonnenströme im Werte von 2850 Franks gekauft und hierauf 1500 Franks angezahlt. Da auf wiederholte Mahnungen der Rest des Geldes von der Prinzessin nicht zu erhalten war, verklagte sie der Fabrikant. Es ist dies der 4. Prozeß, der von Lieferanten gegen die Prinzessin angestrengt worden ist.

140 Fester Wais verbrannt. Am Mittwoch nachmittag entstand im Staatsföck bei C l o p p e r b u r g (Dannover) ein großer Waldbrand. 140 Fester Wais bis 80jährigen Altersbestandes verbrannten. Der Schaden soll über 100 000 Mark betragen.

Gewandungsfall. Auf der Feste „Rheinpreußen“ bei Metz wurden durch Explosion zwei Arbeiter getötet, zwei lebensgefährlich verletzt.

Aus Breslau (Land)-Kreuzer.

Waria-Pöfchen. Bandarbeiterfreuden. Wenn ein Hund den Dienst verläßt, bekommt er Schläge. Den Bandarbeitern ergeht es nicht viel besser wie solch ein Verläßter. Der **Breslauer Schöffengericht** zeigte, der Dominalarbeiter **Wittel** soll am 1. und 13. März ds. Jz. dem Herrn Inspektor vom hiesigen Dominiu den Gehorsam verweigert haben. Das eine Mal soll er es abgelehnt haben die Drehmaschine zu bedienen und im zweiten Falle habe er eine Getreidemühle nicht nach **Breslau** schaffen wollen. Außer dem geringen Lohne zahlt das Dominiu in **Waria-Pöfchen** an seine Leute für jede Getreidemühle eine „**Ertragsteuerrückzahlung**“ von 25 Pfennigen. **Wittel** forderte, da es sich am 13. März um eine außergewöhnlich schwere Frucht gehandelt hat, eine höhere Nebenentlohnung, die ihm der Inspektor nicht bewilligte. Auf Grund der vorhin erwähnten Gesindeordnungen ist es leider möglich, Landarbeiter vor den Strafrichter zu bringen, das im vorliegenden Falle geschah. Es gibt Gesindeordnungen, die das ehrwürdige Alter von hundert Jahren bereits überschritten haben und dennoch erziehen sie sich noch ihrer Rechtskraft. Aber was geht und blüht nicht alles im gelegentlichen Ostebien! Der Angeklagte wurde wegen seines Ungehorsams zu sechs Mark Geldstrafe verurteilt, damit er sein „**auffälliges Wesen**“ ablegt und sich nicht wieder einschieben läßt gegen die Ordnung des Dominiums zu freveln.

Gewerkschaftsbewegung.

Stadt und Provinz.

Die „meisterlosen“ Bäckergesellen

Kamen am Donnerstag im „**Deutschen Kaiser**“ zusammen, um sich einen Vortrag darüber halten zu lassen, daß es unverständlich wäre, wenn sie bessere Wohn- und Arbeitsbedingungen verlangten. Herr **Witz**, ein großer Krambrot aus dem **Ernstkonzert**, hatte es übernommen, sie einzusetzen, und man muß es dem **Witze** lassen, er machte seine Sache sehr gut. Er gründlich machte er das Gespenst der schrecklichen Sozialdemokratie an die Wand, jedoch den armen Meisterlosen eine Mähne nach der anderen über den Nacken. Und wie herrlich wußte er ihnen das Meisterparadies zu schildern, in das sie ja doch alle einmal kommen, wenn — sie nicht vorher sterben oder ihren Beruf aufgeben, um nicht zu verhungern. Daß Herr **Witz** richtig sagt, kann man nicht direkt sagen, aber er versteht es wunderbar, die Wahrheit so zu zerren und zu rücken, daß sie schließlich der Lüge verflucht ähnlich sieht. Nachdem er seine unglücklichen Zuhörer über eine Stunde mit Nebenarien unterhalten, sah er zu seinem Schrecken, daß die bösen Verbündeten, die weit in der Ueberzahl waren, immer noch nicht gehen wollten. Da machte er eine Pause, der vorliegende letzte zur Kostzeit, die man sich schon vorläufiger mitgebracht und irgendwo im Hause bereit gehalten hatte. Bald erschien denn auch ein **Leinwand** und ein **Mann**, um den Saal zu leeren. Ein dritter **Schürmann** war die draußen auf Beschäftigung.

Nach nun nach getauener Zeit etwa hundert Verbändler aus dem Saale gegrault waren, konnte auch die Abstimmung über zwei Resolutionen vorgenommen werden, deren erste erklärte, daß die Bäckergesellen ganz zufrieden mit dem Ausfühler sind. Die zweite enthielt einen erblosen und bösen Seitenprotz gegen alle, die den Bäckergesellen eine bessere Lage verschaffen wollten. Beide Resolutionen wurden sehr freudig, wie gesagt, die Hälfte der Verbändler schon alljährlich drinnen waren, mit sehr schwacher Mehrheit angenommen. Dann kam, etwa um 7 Uhr, die „**freie Aussprache**“, zu der sich schon der Redner eingeleitet hatten, jedoch die Verbändergesellen lange warten konnten, wenn sie zum Wort kommen wollten.

Wie gesagt, der ganze Apparat arbeitete großartig. **Milch**, **ndwisch** ist das Geld wert, das er den **Zinnungsmeistern** kostet. Die unglücklichen Wesen, die am Donnerstag keine platten Wägen und **Ausfälle** bekamen, merkten garnicht, wie sanft er ihnen das Fell über die Ohren zog. **Milch** ist es die **Minderheit** der Gesellen, die sich so an der Nase herumführen läßt; die Mehrheit wird schon reden, verständlicher und gründerlicher.

Aus dem Breslauer Barbiergewerbe.

Mit einer allgemeinen Erhöhung des Haarschneidpreises und der Löhne der Gehilfen beschäftigte sich in ihrem Quartier die **Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Zinnung**. Die „**freie Vereinigung der Barbier- und Friseur**“ trägt die Innung an, ob sie geneigt sei, für eine Erhöhung des Haarschneidpreises mit einzutreten. **Breslau** habe den niedrigsten Haarschneidpreis von allen deutschen **Halbmillionenstädten**. Sechs Jahre seit der letzten Erhöhung verzangen, **Mieten** und **Spesen** teurer geworden und mühten auf die Kundenschaft abgewälzt werden. Die freizorgenden Gehilfen ginzen sehr daran, den Kollegen, die ihre Geschäfte in der **Wort** haben, von Arbeitern abhängen, einen neuen **Lohnvertrag** vorzulegen, dessen Anerkennung, wenn nötig, durch **Werk** erreicht werden soll. Die Innung beschloß einstimmig **Abkehrung**. Der Verband der **Friseur** gehilfen reicht der Innung einen neuen **Minimallohnvertrag** ein, der am 1. **Matin** Kraft treten soll. Die Forderungen der Arbeitnehmer sind: **Arbeitszeit** an **Wochentagen** vom 1. April bis 30. September nicht vor 7 Uhr, vom 1. Oktober bis 31. März um 7 1/2 Uhr, Ende um 8 Uhr, an **Sonnabenden** um 10 Uhr. An **Sonntagen** soll die **Arbeitszeit** eine halbe Stunde eher beginnen. **Willa** getagt eine Stunde. Der **Mindestlohn** soll 18 Mk. wöchentlich betragen, keine **Kost** und **Logis**, für **Ausfälle** pro Woche mindestens 10 Mk., für einzelne Tage 8 Mk., für den halben Tag 1,75 Mk., für **Ausfälle** von **Sonnabenden** mittag über den Sonntag 8 Mk., **stundenweise** **Ausfälle** 40 Pf. Mehr als 8 Stunden gelten als halber Tag. **Parararbeiten** sind um mindestens wöchentlich 1 Mk. zu entschädigen. Ferner wird von den Gehilfen gefordert: **Anerkennung** der **Organisation** und **Freigabe** der drei **zweiten** **Festtage**. Die Innung beschloß einstimmig, diesen **Lohnvertrag** abzulehnen, die **Gehilfen** seien vorherrschend immer noch **meisterlos**.

Zum Streik der Metallformer bei Beckmann. Seit zehnhalb Wochen stehen die Kollegen bereits im Streik oder in der **Ausperrung** und noch ist an eine **Beendigung** nicht zu denken. Die **Firma** gibt sich die **erdenkliche** Mühe, **Streikbrecher** zu bekommen, doch vergebens; zum **Streikbrecher** wird kein anständiger **Formier**. Um wenigstens etwas **Arbeit** zu leisten, muß der **Meister** **Wichtig** sein, als **Becker** hat er zwei im **Vertrabe** tätige **Volontäre**, **Söhne** wohlhabender **Eltern**. Viel **Arbeit** brauchen diese drei **Konstrukteure** allerdings nicht, und 75 Prozent der **hergestellten** **Arbeit** wandert wieder in den **Schmelz**. In den letzten Wochen versucht man ein paar **Disarbeiter** anzulernen, doch auch hierbei wird die **Alle** länger als der **Freim**. Es ist vor allen Dingen notwendig, daß **Formier** jedes **Arbeitsangebot** der **Firma** ablehnen, dann wird sie sich auch dazu **bequemen** müssen, mit dem **Ausgesperrten** über die **Streikpunkte** zu verhandeln.

Der **Metallarbeiter-Verband** **Breslau** hielt am **Dienstag**, den 15. April, seine **Mitglieder-Versammlung** für das erste **Quartal** ab. Der **Kassierer**, **Kollege** **Schnitz** **Wind**, gab den **Kassenbericht**. Die **Hauptrasse** hatte 190,92 Mk. **Einnahme** und **Ausgabe**. Unter **Ausgaben** ist besonders hervorzuheben: 20,456,10 Mk. für **Erwerbslosenunterstützung** bei **Krankheit**, 17,149,90 Mk. für **Arbeitslosenunterstützung**, 2855,45 Mk. **Streikunterstützung**, 935,70 Mk. **Unterstützung** an **Gemäßigten**, 703 Mk. **Streik**, 253,80 Mk. für **Mechanik** u. a. m. Die **Leistung** schließt mit

118,909,81 Mk. ab. Der **Kassenbestand** betrug am 31. März 1918 185 075, 94 **Mar**. einschließlich des **Grundstückskontos** in Höhe von 81 000 Mk. — Die **Mitgliederzahl** betrug am **Schluß** des 1. Quartals 7118 männliche und 205 weibliche, zusammen 7350 **Kollegen** und **Kolleginnen**.

In der **darum** anschließenden **Aussprache** wurden **berücksichtigte** **Aussagen** nicht gemacht und dem **Kassierer** einstimmig **Entlastung** erteilt. Dann erfolgte die **Beisprechung** der dem 11. **Verbandsrat** unterbreiteten **Anträge**. Ueber die **Frage** der **Einführung** der **Stärke** **beiträge** **entsann** sich eine **sehr** **lebhaft** **Aussprache**; doch waren die **Redner**, mit **wenigen** **Ausnahmen**, **Begner** der **Stärke**. **Breslau** hat **seiner** **Mitgliederzahl** **entsprechend** drei **Delegierte** zu **entsenden**. Die **Versammlung** beschloß, zu **der** **am** **Sonntag**, **den** **4. Mai**, **stattfindenden** **Wahl** **folgende** **sechs** **Kollegen** auf die **Kandidatenliste** zu **stellen**: **Much**, **Permann**, **Krämer**, **Philipp**, **Scholz**, **Wittke**.

Kollege **Philipp** machte noch die **Mitteilung**, daß der **Bureaubeamte** **Carwalla** **krankheitshalber** einen **mehrwöchentlichen** **Urlaub** **angewirbt** habe. Die **Direktion** bedarf **daher** zum **mindesten** einen **Hilfsarbeiter** und **erlaubt**, ihr **das** **Recht** einzuräumen, einen **solchen** **anzustellen**. Die **Stellung** soll **vor** **erst** **ein** **vor** **über** **ergeh** **ende** **sein**. Die **Versammlung** beschloß **demgemäß**.

Ferner wurde noch **bekanntgegeben**, daß am 30. April im **großen** **Saale** des **Verenigungshauses** ein „**Erbsen-Abend**“ **stattfindet**, und am 5., 7. und 8. **Mai** ein **Vortragskurs** von **Erbsen** über „**Gedächtnislehre** und **Willemsbildung**“ im **kleinen** **Saale** **abgehalten** wird. **Schluß** der **Versammlung** 11 **Uhr**.

Deutsches Reich und Ausland.

Gemildertes Schreckensurteil. Die **Strassammer** in **Mannheim** **verhandelte** am **Mittwoch** im **zweihundert** **Sitzung** **erneut** **über** den **Friedrichselder** **Streik**. Das **erste** **Urteil** **erkannte** **gegen** **sechs** **Arbeiter** **auf** **zusammen** **22** **Jahre** **Gefängnis**. Vom **Reichsgericht** wurde dieses **Urteil** **aufgehoben** und die **ganze** **Sache** an die **Mannheimer** **Strassammer** **zurückverwiesen**.

Bei dem **Zusammenstoß** in **Friedrichselder** war ein **Einiger** **gestochen** worden; nachteillos **keinen** **irgend** **der** **längst** **wieder** **hergestellte** **Arbeits** **nicht** **darum**. Von den **sechs** **Angeklagten** war **mit** **einer**, der **Arbeiter** **Mehl**, **am** **Streik** **betrefflich**. Ein **streifer** **Beweis** **dafür**, **wer** **die** **Ursache** **zu** **dem** **Zusammenstoß** **gegeben** **hatte**, **konnte** **auch** **in** **der** **neuerlichen** **Verhandlung** **nicht** **geliefert** **werden**. Der **Staatsanwalt** **beantragte**, **dieselben** **Strafen** **wie** **in** **der** **ersten** **Verhandlung** **auszusprechen**. Dem **Urteil** **die** **vier** **Verweigerer**, **darunter** **Reichstagsabgeordneter** **Dr. Franke** **entschieden** **entgegen**. Das **Recht** **kam** **gleichwohl** **wieder** **zu** **ungeheurer** **Strafen**, denn es **setzte** **das** **Strafmaß** **lediglich** **etwas** **herab**: **Mehl** **von** **5** **Jahren** **2** **Monaten** **auf** **4** **Jahre**, **bei** **Sattler** **von** **5** **Jahren** **2** **Monaten** **auf** **3** **Jahre** **11** **Monate**, **bei** **Weber** **von** **5** **Jahren** **auf** **3** **Jahre** **8** **Monate**. **Zwei** **weitere** **Angeklagte** **bestanden** **die** **schon** **in** **dem** **ersten** **Urteil** **verhängten** **3** **Monate** **Gefängnis**, und **nur** **bei** **dem** **Angeklagten** **Heibel** **wurde** **die** **Strafe** **von** **5** **Jahren** **2** **Monaten** **Gefängnis** **auf** **drei** **Monate** **Gefängnis** **ermäßigt**.

Die **ungeheuren** **Strafen** **gegen** **die** **drei** **ersten** **Angeklagten** **erregten** **in** **Mannheim** **allgemeines** **Befremden**; **man** **hatte** **auf** **eine** **wesentliche** **Herabsetzung** **gerechnet**. **Vielleicht** **erklärte** **sich** **das** **Urteil** **daraus**, **daß** **genau** **die** **gleichen** **Nichter**, **die** **das** **erste** **Urteil** **gestellt** **hatten**, **auch** **in** **der** **neuerlichen** **Verhandlung** **wieder** **tätig** **waren**.

Die **Scharfmacher** **schrien** **nach** **härteren** **Strafen** **bei** **Streikvergehen**. Sie **mögen** **sich** **beruhigen**, die **Mannheimer** **Strassammer** **hat** **ihnen** **erzählt**: **es** **geht** **also** **! Mit** **diesem** **Urteil** **vergleiche** **man** **das** **Urteil** **des** **Randgericht** **in** **Nachen**; **das** **Recht** **verurteilte** **einen** **Fabrikanten**, **der** **einen** **harmlosen** **Arbeiter**, **den** **er** **für** **einen** **Streikpöbel** **hielt**, **erschossen** **hat**, **zu** **drei** **Monaten** **Gefängnis**.

Zur Aussperrung im Malergewerbe. Nach einer **bekannten** **Methode** **zuerst** **jetzt** **die** **durch** **die** **letzten** **Verhandlungen** **wirklich** **nicht** **gerechtfertigter** **als** **vorher** **bestehenden** **Scharfmacher** **„haltet** **den** **Dieb!**“ **hinter** **den** **Gehilfenorganisationen** **her**, **um** **diesen** **die** **Schuld** **an** **dem** **Scheitern** **der** **unparteiischen** **Verhandlungen** **in** **die** **Schube** **zu** **schieben**. Sie **behalten** **in** **einem** **offiziellen** **Auftrag** **des** **Unternehmerverbandes** **stehn** **und** **sch**, **der** **Arbeitgeberverband** **hat** **dreimal** **90** **Mk.** **pro** **Jahr** **=** **270** **Mk.** **geboten**. In **Wirklichkeit** **sind** **es** **nur** **75** **Mk.** **Lohnzulage** **jährlich**, **vorausgesetzt**, **daß** **ein** **Gehilfe** **das** **ganze** **Jahr** **Arbeit** **hat**, **was** **nur** **bei** **75** **Proz.** **der** **Malergesellen** **der** **Fall** **ist**. **Es** **wird** **aber** **noch** **versprochen**, **daß** **auch** **der** **Lohnausgleich** **für** **die** **durch** **Schiedespruch** **festgelegten** **Arbeitszeitverkürzungen** **abgelehnt** **wurde**.

Interessant **ist**, **wie** **die** **Beisitzer** **der** **Farbenbranche**, **die** **man** **bekanntlich** **mit** **in** **den** **Dienst** **der** **Ausperrung** **zwingen** **möchte**, **über** **die** **jetzige** **Situation** **denken**. **So** **schreibt** **die** **Zeitschrift** **„Farbe und Lack“**:

„Die **Kriegskosten** **dieser** **Ausperrung** **wird** **unter** **allen** **Umständen** **unser** **Branchen** **zahlen** **müssen**. **Nicht** **nur**, **daß** **ihre** **Aufträge** **verloren** **gehen**, **der** **Hauptnachteil** **wird** **darin** **liegen**, **daß** **die** **Zahlungen** **nach** **langamer** **gestillet** **werden**. **Vor** **und** **liegt** **schon** **heute** **ein** **ganzer** **Stoß** **von** **Forderungen**, **die** **uns** **von** **Freunden** **eingesandt** **wurden**, **in** **denen** **Malermmeister** **erklären**, **infolge** **des** **Streiks** **könnten** **„sie** **ihnen** **Verpflichtungen** **leider** **erst** **später** **nachkommen.“** **Die** **alle** **Leier!**

Man **lebt** **nun** **vorläufig** **von** **dem** **Gelde** **der** **Beisitzer**, **und** **wann** **es** **wieder** **Arbeit** **gibt**, **schimpft** **man** **diese** **guten** **Leute** **Schwindler** **und** **Fälscher** **und** **kauf** **bei** **der** **Gewerkschaft**, **wirklich** **ein** **Spiel**, **wie** **es** **widerwärtiger** **und** **entwürdigender** **gar** **nicht** **gedacht** **werden** **kann!**

Beendeter Bäderstreik in Köln a. Rh. Die **seit** **dem** **9. März** **aussätzlichen** **Bäder** **in** **den** **Wasserfabriken** **Kölns** **haben** **am** **15. April** **beschlossen**, **den** **Streik** **zu** **beenden** **und** **das** **Ersuchen** **an** **die** **maßgebenden** **Instanzen** **der** **Arbeiterorganisationen** **zu** **stellen**, **den** **Boycott** **abzubrechen**. Die **Bewegung** **endete** **mit** **einem** **Teilerfolg**. In **sieben** **Bäderbetriebsunternehmen** **arbeiten** **nun** **193** **Personen** **im** **Vertragsverhältnis**; **in** **den** **bestehenden** **Wasserfabriken** **sind** **nur** **72** **Personen** **beschäftigt**. Der **tarifliche** **Mindestlohn** **betragt** **81** **Mark** **bei** **einer** **Arbeitszeit** **von** **neun** **Stunden** **täglich** **und** **sechs** **Schichten** **in** **der** **Woche**. **Nach** **einjähriger** **Beschäftigung** **werden** **seben** **Tage** **Freien** **gewährt** **und** **bei** **Krankheiten** **und** **militärischen** **Übungen** **wird** **der** **Lohn** **eine** **Woche** **wetterbezahlt**. Die **Vertragsdauer** **ist** **eine** **dreijährige**.

Ein kritischer Vergleiche. Die **Revision** **des** **Gewerke** **der** **christlichen** **Vergarbeiter** **für** **das** **Siegeland-Werks** **Wittat** **beisitz**, **unergütlich** **in** **die** **Lohnbewegung** **eingetreten**.

Neuere Nachrichten.

Zum Waffenstillstand.

Konstantinopel, 18. April. Durch **Vermittelung** **des** **russischen** **Botschafters** **und** **auf** **Wunsch** **der** **Worte** **ist** **die** **Waffenruhe** **bis** **zum** **23. April** **ausgedehnt** **worben**.

Konstantinopel, 18. April. Der **Abschluß** **des** **Waffenstillstandes** **mit** **den** **Bulgaren** **wird** **zunehmend** **auch** **hier** **offiziell** **ausgegeben**. **Auf** **Grund** **mündlicher** **Verhandlungen** **wurde** **festgestellt**, **daß** **die** **Feindlichkeiten** **bei** **Schabadscha** **und** **bei** **Bulakt** **bis** **zum** **25. April** **eingestellt** **werden**. **Paß** **inzwischen** **dieser** **Zeit** **die** **Friedensverhandlungen** **zu** **feiern** **definitiven** **Ergebnis** **föhren**, **werden** **die** **Feindlichkeiten** **verlängert** **werden**. Eine **Kommission** **wird** **eine** **neutrale** **Zone** **zwischen** **den** **beiden** **Armeen** **bestimmen**. Eine **Wiederaufnahme** **der** **Feindlichkeiten** **ist** **48** **Stunden** **vorher** **anzukündigen**. **Während** **des** **Waffenstillstandes** **ist** **die** **Kriegsflotte** **der** **Provanterung** **der** **bulgarischen** **Truppen** **im** **Golf** **von** **Samos** **und** **an** **der** **Schwarzen** **Meeresküste** **zu**. **Der** **serbische** **Oberst**

Nikolitch **und** **der** **griechische** **Hauptmann** **Kondolant** **sind** **im** **bulgarischen** **Lager** **bei** **Schabadscha** **eingetroffen**, **um** **über** **den** **Beitritt** **Bulgariens** **und** **Serbens** **zu** **dem** **Abkommen** **über** **die** **Waffenruhe** **zu** **verhandeln**.

Bulgarien und Serbien.

Wien, 18. April. Die **Spannung** **zwischen** **Bulgarien** **und** **Serbien** **nimmt** **zu**. **Bulgarische** **Walter** **melden**, **daß** **bulgarische** **Kavallerie** **in** **Adriatic** **eingetroffen** **ist**. **Bei** **ihrem** **Einguge** **wurde** **sie** **von** **der** **Besatzung** **mit** **Fußel** **empfangen**. **Die** **Abteilung** **sel**, **so** **wird** **weiter** **berichtet**, **auf** **dem** **Vormarsche** **nach** **Monastir** **begriffen**, **wohin** **die** **Serben** **in** **aller** **Eile** **4000** **Mann** **Infanterie** **mit** **Maschinengewehren** **und** **zwei** **Batterien** **Feldgeschützen** **dirigierten**. **Die** **beiden** **Truppenteile** **siehen** **sich** **bereits** **auf** **kurze** **Entfernungen** **gegenüber**.

Der Generalstreik wächst.

Brüssel, 18. April. (S. L. D.) **Der** **Streik** **hat** **auch** **gestern** **noch** **eine** **weitere** **Steigerung** **erfahren**. **Dem** **gestern** **abend** **aus** **Charleroi** **eingetroffenen** **Nachrichten** **zufolge** **sind** **jetzt** **auch** **die** **Arbeiter** **der** **Spiegel-Glasklöten**, **der** **Zementfabriken**, **Porzellanfabriken**, **Drachzählerien** **und** **Magellabriken** **in** **den** **Streik** **eingetreten**. **Die** **Arbeiter** **halten** **weiterhin** **mußergiltige** **Ruhe** **und** **erwerben** **sich** **dadurch** **mehr** **und** **mehr** **die** **Sympathien** **der** **Bürgerchaft**. **Im** **Industriegebiet** **sind** **deutsche** **und** **englische** **Arbeitswillige** **angekommen**, **aber** **sie** **genügen** **nicht**, **um** **die** **Pöschfen** **im** **Betriebe** **zu** **erhalten**.

Zu dem furchtbaren Ballonunglück.

Paris, 18. April. **Zu** **dem** **furchtbaren** **Ballonunglück**, **das** **sich** **gestern** **in** **der** **Nähe** **von** **Paris** **ereignete**, **werden** **nach** **folgende** **Einzelheiten** **gemeldet**. **Über** **dem** **Südlichen** **Montmartre** **war** **man** **einen** **Ballon**, **dessen** **Gondel** **mit** **fünf** **Insassen** **bekannt** **war**, **blickt** **über** **den** **Wald** **hin** **hin**. **Die** **Auswickler** **warfen** **vergeblich** **Ballast** **aus**, **um** **den** **Ballon** **in** **die** **Höhe** **zu** **bringen**. **Die** **Gondel** **stieg**

Deutscher Reichstag.

42. Sitzung. Donnerstag, den 17. April 1918, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische niemand. Zunächst wird über die Resolution der Sozialdemokraten, die die Einführung der Verhältniswahl und die andere Einteilung der Wahlkreise fordert, im Hammelsprung mit 140 gegen 139 Stimmen abgelehnt; dies Resultat wird von der Mehrheit und dem Zentrum, die mit einer Stimme Mehrheit gestimmt haben, mit lauter Freude aufgenommen. Angenommen werden die Resolutionen der Volkspartei, die Beamten- und Angestelltenvereine in Reichsbetrieben und Verbesserung des Disziplinarverfahrens fordern. Der Rest des Reichstages wird debattelos genehmigt.

Wahlprüfungen.

Abg. Graf Westarp (kons.) beantragt, die Prüfung der beiden Wahlen Wetmeyer und v. Kröcher von der Tagesordnung abzusehen. Es sind bei ihnen ähnliche Fragen zu besprechen, wie bei den Prüfungen der Wahlen Haupt und Kölsch, die in kurzer Zeit spruchreif werden. Da nun solche Fragen doch nur nach rein sachlichen Gesichtspunkten entschieden werden (Lachen links), empfiehlt es sich, die Prüfung all dieser Wahlen zu verbinden.

Abg. Gause (Soz.): Bisher war die Auffassung allgemein, die Wahlprüfungen sollten möglichst rasch erledigt werden. (Lärm, Jurise rechts.) Würde jetzt der Antrag Westarp angenommen, so würde das eine Verschleppung der Wahlprüfungen bedeuten. (Lärm, Jurise links.)

Abg. Dr. Neumann-Spöer (Wit.): Würden wir den Antrag annehmen, so kämen wir wieder zur alten Praxis, daß sehr viele Wahlprüfungen auf einmal auf die Tagesordnung kommen, und daß dann eine Kuhhandlei losgeht, die dem Ansehen des Hauses nicht förderlich ist.

Abg. Graf Westarp (kons.): Ich habe nicht vom Kuhhandel gesprochen, es handelt sich darum, die spruchreifen Wahlprüfungen schnell zu erledigen, und da die Wahlen Haupt und Kölsch in aller nächster Zeit spruchreif werden, ist es praktisch, sie mit diesen beiden zusammen zu erledigen. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Hebel (Soz.): Die Gründe, die Graf Westarp für seinen Antrag aufgestellt hat, sind nichtig. Die Herren haben sich ja gegen die Zurückstellung der Wahlprüfung von Haupt ausgesprochen. Wir scheinen bei diesem Antrag parteipolitische Gründe maßgebend zu sein. (Lachen rechts.) Wir haben aber nicht nach parteipolitischen Gründen zu entscheiden, sondern Wahlprüfungen so schnell als möglich sachlich zu erledigen. (Lebhafte Zustimmung links.)

Die Abstimmung über den Antrag Westarp bleibt zunächst zweifelhaft und erfolgt dann durch Hammelsprung; hierbei wird der Antrag mit 163 gegen 137 Stimmen abgelehnt.

Zur Wahl des Abg. Wetmeyer (Wirtsch. Bgg.) beantragt die Kommission Verweigerung.

Abg. Dr. Neumann-Spöer (Wp.) befürwortet einen Antrag auf Ungültigkeitserklärung der Wahl. Es liegen vorfindende amtliche Bekanntmachungen vor, in denen als Wohnort des Kandidaten der Volkspartei Berlin angegeben wird, während er in Wahrheit Steglitz ist. Jeder, der in der praktischen Agitation steht, weiß, daß man in weiten Kreisen im Lande einem Kandidaten nichts Schlimmeres nachsagen kann, als er sei aus Berlin. (Große Heiterkeit.)

Abg. Pfleger (Zentr.) tritt für den Antrag der Kommission ein. Die Behauptung des Vorredners über die geringe Wertschätzung der Berliner in Walded geht doch zu weit.

Abg. Herzog (Wirtsch. Bgg.): Es ist nicht bewiesen, daß die amtliche Bezeichnung des Kandidaten als „Berliner“ in der Absicht geschah, ihm in den Augen der Wähler zu schaden.

Abg. Stadthagen (Soz.): Da in dem betreffenden Wahlkreis die Sozialdemokratie sehr wenig Stimmen erhalten hat, ist wohl anzunehmen, daß die Bevölkerung zum Teil so rückständig ist, daß sie sich durch die Bezeichnung des Kandidaten als „Berliner“ schrecken ließ. Der Landrat hatte nichts weiter zu tun, als das veröffentlicht, was ihm vom Wahlkommissar zugegangen war. Wenn er es abänderte, lag offenbar eine Absicht vor. Deshalb muß die Wahl für ungültig erklärt werden.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Behrens (Wirtsch. Bgg.), v. Brodhausen (kons.) und Dr. Neumann-Spöer (Wp.) wird der Antrag der Kommission auf Verweigerung mit 157 gegen 148 Stimmen abgelehnt und die Wahl hierauf für ungültig erklärt.

Es folgt die Wahl des Abg. v. Kröcher (kons.), die die Kommission für ungültig zu erklären beantragt.

Abg. Dr. v. Witt (kons.): Aus der Tatsache, daß eine Reihe von Amts- und Gemeindevorstehern einen Wahlauftritt mit ihrem Amtsschreiben unterzeichnet haben, kann man auf eine Wahlbeeinflussung nicht schließen; mindestens müßte geprüft werden, wie weit Wähler dadurch wirklich beeinflusst sind. Deshalb beantrage ich, die Wahl an die Kommission zurückzuverweisen.

Abg. Stupp (Zentr.): Die Vorrechte eines Beamten dürfen bei einer Wahl nie ins Spiel kommen. Deshalb darf auch kein Titel unter einem Wahlauftritt stehen und der Beschluß der Kommission ist gerechtfertigt.

Die Wahl wird gegen die Stimmen der Rechten für ungültig erklärt.

Der Militärretai.

Hierzu beantragt die Kommission, dem Reichstag eine Statistik über die Beförderung der Einjährig-Freiwilligen zu Reserveoffizieren für sämtliche Kontingente und sämtliche Konfessionen mitzuteilen, ferner den Reichstagsrat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß den Fürsten und Prinzen der Wunsch des Reichstages auf Verzicht zahlreicher Adjutantenstellen zum Ausdruck gebracht wird und bis zur dritten Lesung die Vorbereitungen zu einer entsprechenden Verminderung der Zahl der persönlichen Adjutanten zu treffen. Eine weitere Resolution der Kommission wünscht die Einsetzung einer besonderen Kommission von 14 Mitgliedern zur Lösung der Duellfrage.

Abg. Schöpplin (Soz.):

Neben der ungeheuren Militärvorlage enthält der Etat selbst noch eine Vorlage, da er ja der organischen Fortentwicklung des Heeres Rechnung trägt. Dagegen wird den Wünschen der Volksvertretung und der großen Mehrheit des Volkes auf zeitgemäße Reformen im Militärwesen nicht Rechnung getragen. Allen solchen Wünschen steht die Militärverwaltung den entschiedensten Widerstand entgegen, man muß versuchen, ihr den Boden millimeterweise abzugewinnen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Bei der Duellfrage sind wir mit der Einsetzung einer besonderen Kommission einverstanden, doch will ich nur wünschen, daß die Kommissionsverhandlungen nicht der Verschleppung dienlich gemacht werden. (Sehr richtig!) Eine andere Frage ist die der jüdischen Reserveoffiziere, oder vielmehr die, daß Juden nicht Reserveoffiziere werden. Wir haben gewiß keine Neigung, uns dafür ins Zeug zu legen, daß die Sprößlinge der jüdischen Bourgeoisie den Titel „Reserveoffizier“ auf ihre Visitenkarte drucken können. Es handelt sich aber darum, daß das Reserveoffizierkorps sich systematisch über Verfassung und Gesetz hinwegsetzt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Kriegsminister erklärte, in den sogenannten Heeresverordnungen sei eine Abneigung gegen die Juden vorhanden, der man Rechnung tragen müsse und sein Amtsvorgänger v. Einem sagt, den Juden sollte das militärische Aussehen nicht die achtunggebende Erscheinung, die zu einer Führerstellung

notwendig sei. Haben denn alle die arischen Leutnants eine so schnelle Erscheinung? Wenn nicht ein geistlicher Schneider nachhelfen würde, würden sie oft eine recht unglückliche Figur machen. (Heiterkeit und Sehr richtig!) Übrigens genügt ja das militärische Aussehen der Juden für den Dienst als Gemeine in allen Regimenten. Seit 1888 ist in Preußen kein Jude mehr zum Reserveoffizier gewählt worden. Soll bei allen diesen in dem ganzen vierter Jahrhundert das militärische Aussehen und genügende Leistungen in den schriftlichen Arbeiten nicht vorhanden gewesen sein? Das glaubt doch wohl niemand. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nachhens geht es nicht nur den Juden so; Dissidenten, Söhne von kleinen Handwerkern, werden ebenfalls nicht gewählt, weil ihr Vater nicht standesgemäß ist. Das Reserveoffizierkorps überritt eben absichtlich und systematisch die Bestimmungen der Verfassung, und dagegen müssen wir uns mit aller Schärfe wenden. Es herrscht das Bestreben, bei den Reserveoffizieren, sich nur aus einer bestimmten sozialen Schicht zu ergänzen. In Sachen ereignete sich der Fall, daß sämtliche Lehrer bei der Prüfung durchfielen, und zwar sollen der Hauptmangel in der vaterländischen Geschichte zutage getreten sein. In der ersten Sächsischen Kammer schrieb man deshalb Frier morbio über dem mangelhaften Geschichtsunterricht in den Lehrerseminaren. Der betreffende Oberleutnant, der die Prüfung leitete, gab allerdings einen anderen Grund an, er erklärte, die Volksschullehrer ärgern meinen Vater so sehr, daß er oft nicht schlafen kann, sie sind der Nagel zu seinem Sarg. Es war der Sohn des sächsischen Kultusministers Wed. (Lachen, hört, hört links.) Die Geschichtsprüfung wurde bei der Besprechung der Angelegenheit in der zweiten Kammer illustriert. Auf die Frage: „Was ist Deutschland?“ hatten die Lehrer geantwortet, teils „ein Bundesstaat“, teils „ein Staatenbund“. Der Oberleutnant Wed aber erklärte: Das ist falsch.

„Deutschland ist unser Vaterland“.

(Schallende Heiterkeit.) Und von ähnlicher Natur waren noch andere Fragen. Vom Verschwinden der Junker aber würde das deutsche Heer keinen Nachteil haben. (Sehr richtig!) In der Kommission wurde verlangt, man solle doch einmal einige jüdische Kraben in die Kadettenanstalt aufnehmen. Das lehnte der Kriegsminister ab, weil die Kadettenanstalt eine christliche Erziehungsanstalt sei. (Sehr richtig! rechts.) Das haben wir noch nicht gewußt. (Lachen rechts.) Wir sind ein christlicher Staat! Nein, wir sind ein partaitischer Staat. (Lebhafte Zustimmung links.)

Seit einer Reihe von Jahren mahnen sich die Klagen, daß der Mangel an Sanitätsoffizieren bei der deutschen Armee ein sehr bedenklicher sei. Es fehlen an Sollbestande 25 Prozent. (Hört, hört!) Dieser Mangel soll größtenteils der Tatsache zugeschrieben sein, daß die Sanitätsoffiziere von den Regimentskommandeuren gesellschaftlich zurückgesetzt werden. Ein bayrischer Oberst, der einen Rekruten überprüfte, wurde nur mit 50 Mark Geldstrafe bestraft. Es könnte nett werden, wenn diese Art der Ausstrahlung von Differenzen Schule machen würde. Seit einiger Zeit häufen sich wieder die Fälle, wo sich die Bezirksoffiziere und Kommandeure

bei Kontrollversammlungen Beschimpfungen

der Mannschaften herausnehmen, gegen die härtesten Protest erhoben werden muß. Kontrollversammlungen werden dann benutzt, um Agitation gegen die Sozialdemokratie zu treiben. Ich gebe zu, daß der Kriegsminister in der Kommission erklärt hat, daß er bereit sei, mit aller Schärfe dagegen einzuschreiten. Ein Bezirksoffizier in Judau, der von der Bevölkerung mit dem Spitznamen „der gestiefelte Kater“ belegt wird (Heiterkeit), nimmt sich alljährlich bei den Kontrollversammlungen heraus, die Leute in der rüdesten Weise zu beschimpfen. In Mantelheim erklärte ein Kontrolloffizier: Ein beständiger Mensch gehöre keiner Gewerkschaft und keiner politischen Organisation an, denn die Herren in Berlin täten sich von den Arbeitergroßen nur mühen. (Hört, hört! bei den Soz.) Um solche Dinge haben sich die Kontrolloffiziere überhaupt nicht zu kümmern. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Bezirkskommandeur

Major v. Chappuis in Siegnitz

hat bei der letzten Kontrollversammlung mit vor Erregung zitternder Stimme gegen das „internationale Lumpengeheißel“ gewettert und hat verlangt, die Leute sollten sagen, ob sie Mitglieder eines Kriegervereins seien. Ich hoffe, daß der Kriegsminister in diesem Falle mit aller Schärfe einschreiten wird. Was wollten die Herren mit ihrer Armee machen, wenn sie den Teil des Volkes, den sie so als Lumpengeheißel bezeichnen, im Ernstfall nicht zur Verfügung hätten. Leute zu beschimpfen in einem Moment, wo sie nicht antworten können, ist nicht nur roh, sondern ist der Ausfluß großer Feindschaft. (Sehr richtig! bei den Soz.) Als ich bei einer solchen Kontrollversammlung war, hielt der Offizier, obwohl er wußte, daß ich sozialdemokratischer Redakteur bin, eine so wüste Sozialistenschelte, daß mein Nachbar, der garnicht Sozialdemokrat war, sagte: Dem Kerl müßte man ein paar um die Ohren hauen! Solche Gefühle werden durch ein derartiges Vorgehen bei den Mannschaften ausgeflößt. Ich hoffe, der Kriegsminister wird sich im fernem ähnlich gegen dies Vorgehen bei Kontrollversammlungen aussprechen, wie in der Kommission. — Die Kriegervereine sind, obwohl scheinbar unpolitisch, doch vielfach nur eine Schutztruppe der Konserverbuden. Dem volksparteilichen Rechtsanwalts Cohn in Dessau ließ der Kriegerverein eine Warnung zugehen, weil er wiederholt sozialdemokratische Redakteure vor Gericht verteidigt hatte. (Hört, hört! links.) Er hatte Rückgrat genug, daraufhin aus dem Kriegerverein auszutreten. Ein Landtagsabgeordneter in Dessau, der dreißig Jahre Mitglied des Kriegervereins war, wurde aufgefodert, seinen Ausritt zu erklären, weil er einen Kompromiß unterschrieben hätte, wonach der Vorstand der Stadtverordnetenversammlung parteilich zusammengekehrt werden sollte. (Hört, hört! links.) Der Kriegsminister ist ja ein sehr eifriger Förderer der Kriegervereine. Er sollte aber auch dafür sorgen, daß in diesen Vereinen keine politische Agitation getrieben würde. In anderen Fällen müßte man ihnen die privilegierte Stellung nehmen, die ihnen heute ihre terroristische Propaganda ermöglicht. Ueber den

Militärbehörden gegenüber Gastwirten

und anderen Geschäftsleuten ist schon bei der Heeresvorlage gesprochen worden. Wir müssen verlangen, daß mindestens die Mitbestimmung in Preußen durchgeführt wird, die in Sachsen auf Initiative des dortigen Kriegsministers herbeigeführt worden ist, dahin, daß das Verbot nur für den Tag gilt, wo die betreffende Versammlung stattfindet. Auch das ist natürlich nicht gerechtfertigt, aber wenigstens ein kleiner Fortschritt.

Ich muß mich dann zu einem der schlimmsten Kapitel, zu dem der Soldatenmishandlungen, wenden. Angehört der bevorstehenden Heeresberichterstattung müssen wir um so mehr darauf dringen, daß die Behandlung der Leute, die gezwungen werden, 2, 3 Jahre in der Kaserne zuzubringen, eine menschenwürdige ist. Vor allem verlangen wir, daß mit größter

Strenge gegen Soldatenmishandlungen

tätlicher und würdiger Art vorgegangen wird. Wir haben in den letzten Jahren uns darauf beschränkt, im allgemeinen gegen diese Mishandlungen zu protestieren. Aber jetzt, wo, wie es mir scheint, die Schwere der einzelnen Fälle zunimmt, sind wir doch genötigt, wieder einmal das düstere Kapitel der Soldatenmishandlungen ganz aufzurollen. Im Infanterieregiment Nr. 90 hat ein Unteroffizier Leute gezwungen, abgestandenes schmutziges Wasser zu trinken. Das Gericht beurteilte ihn zu drei Monaten Gefängnis. Der Verstoßherr verlangte Degradation

aber das Gericht verwarf die Berufung, trotzdem hier eine Bestialität schuldhafter Art vorlag, durch die die Leute dauernd in ihrer Gesundheit geschädigt werden können. (Sehr wahr! bei den Soz.) Beim Dragonerregiment 7 in Saarbrücken zwang ein Unteroffizier einen Soldaten, stundenlang mit gefalteten Händen auf und niederzutreten. Als ihm die Kräfte versagten, zwang er ihn mit der Peitsche, dem Befehl zu folgen. (Hört, hört! bei den Soz.)

Im Königs-Grenadier-Regiment 7 in Siegnitz

wurde Soldaten von Befehlen losgelassen, im Saal sich ans Fenster zu setzen und einen gewissen, hier nicht näher zu bestimmenden Überpostell eine Zeitlang zum Fenster hinauszuhalten. (Hört, hört!)

Ein Rekrut wurde gezwungen, den Inhalt eines Spudnapfes auszutrinken. (Lachen, hört, hört! und Wutrufe, Unruhe rechts.) Ja, das ist bei der Kriegsgeschichtsverhandlung zur Sprache gekommen. Die Soldatenmishandlungen haben sechs Monate Gefängnis bekommen. Ein Hanau wurde beim 8. Infanterieregiment ein Mann gezwungen, 800 Mal eine Übung zu machen. Er hatte dann von Mitte Oktober bis 1. Dezember 20 hysterische Krampfanfälle bekommen. Das Urteil lautete auf 6 Wochen gelinden Arrest. (Hört, hört! bei den Soz.) Auch Offiziere lassen sich mitunter schwere Beschimpfungen und Mishandlungen zuschulden kommen. So nannte ein Hauptmann in Volk seine Leute sorglos „Ihr Dummelkinder“, „Dummes Tränentier“. Wenn er besonders über Laune war, hielt er mit seinem Herde Zwiesgespräche: „Stefe, steh dir einmal diese Pfaffengeichter an.“ (Hört, hört!) Einer seiner Sergeanten nahm sich das zum Muster. „Du Durenjunge“ war bei ihm ständige Redensart.

Unser Blatt in Wallenburg

brachte die Sache zur Sprache. Der Hauptmann wurde zu vier Wochen Stubenarrest verurteilt. Beim Infanterieregiment 92 in Braunschweig sind Soldatenmishandlungen in großem Umfange und von geradezu ungeheurer Brutalität vorgekommen, die zum Selbstmord eines Soldaten führten. Wenn solche Mishandlungen vorkommen, ist in erster Reihe der Kompanieführer verantwortlich; ebenso ist aber auch der Regimentskommandeur dafür verantwortlich zu machen. In einer Verhandlung wegen Mishandlungen bei dem Garde du Corps laute der Verhandlungsführer, weil die Leute sich aus Furcht, es würde noch schlimmer werden, nicht beschwert hatten: „Nun ich bin die lange Kerle da und waagen nicht, die Wahrheit zu sagen, weil sie fürchten, noch mehr Kerle zu kriegen. Ist es Ihnen als erwachsener Mensch denn gleichgültig, sich schlagen zu lassen, empfinden Sie denn nicht das Schicksal, das dem Kerl ist?“ Ich frage, empfindet der deutsche Reichstag nicht das Schicksal, das in diesen Mishandlungen liegt? Sie alle werden sagen, wir verzweifeln es. Aber noch nie sind die Herren von der Rechten mit entschiedener Schärfe gegen die schmachvollen Brutalitäten aufgetreten. (Sehr richtig! links.) Beim Offizierpensionsgesetz im Jahre 1906 haben wir beantragt, Offiziere, die sich Soldatenmishandlungen zuschulden kommen lassen, sollten

ohne Pension entlassen werden

können. Daß ein Offizier ein Bürgermädchen oder gar ein Arbeitermädchen heiratet, vertritt sich mit seiner Standesehre nicht wohl aber solche Unmenslichkeiten gegen die Mannschaften. Späß macht es uns nicht, diese Brutalitäten hier immer wieder zur Sprache zu bringen, aber wir werden es tun, bis sie endgültig verschwinden. Wir setzen damit die Armee nicht herab; sondern wirken dahin, daß solche Ungeheuerlichkeiten nicht mehr vorkommen, und ich erwarte von dem Kriegsminister, daß es im gleichen Sinne energisch einschreite. (Lachen, Bravo! links.)

Abg. Dr. Ablass (Wp.):

Auch ich halte es für verwerflich, brutale Soldatenmishandlungen hier vor aller Öffentlichkeit zu brandmarken. Zu ihrer Beseitigung würde auch beitragen, wenn die Soldatenmishandlungen nicht geheim, sondern öffentlich abgeurteilt würden. (Sehr richtig! links.) — In dem Fall des Amtsrichters Knittel erklärten militärische Instanzen, es für unvereinbar mit den Pflichten eines Reserveoffiziers, sich politisch für Zentrum oder Polen zu betätigen. Dieser unerhörte Eingriff in die staatsbürgerlichen Rechte der Offiziere zeigt, daß die Reserveoffiziere zu Bürgern 2. Klasse degradiert werden. Wie stellt sich übrigens der Kriegsminister dazu, daß bei der Stichwahl zwischen mir und meinem sozialdemokratischen Gegenkandidaten sich zahlreiche Reserveoffiziere der Zustimmung enthielten, also passiv für die Sozialdemokratie eintreten. (Sehr gut! bei den Soz.) — Angesichts der großen Opfer, die der Wehrbeitrag dem Volke auferlegt, sollten auch die Landesfürsten auf die große Zahl der nur dem Grund und Boden der Adjutanten verdachten. — Die Zurücksetzung der Juden bei der Wahl zum Reserveoffizier vertritt gegen die Grundzüge der Gerechtigkeit. Man befördert Juden nur, wenn sie sich taufen lassen; wir wollen aber nicht, daß unser Offizierkorps eine Missionsstruppe gegen das Judentum wird. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.)

Kriegsminister von Seeringen:

In Bezug auf die politische Betätigung von Reserve- und Landwehroffizieren teile ich den Standpunkt meines Vorgängers, daß eine Betätigung innerhalb der staatsverhaltenden Parteien zulässig, eine für die Sozialdemokratie nicht zulässig ist. Ein Führer in einem nationalen Heer darf nicht antinationalen Bestrebungen huldigen. (Unruhe bei den Soz., Lärm bei der Wp.) Und passive Betätigung? Sie kommt nicht in Betracht. — Ueber den Fall Knittel kann ich kaum sprechen, da er noch in der Schwere ist. Die Ueberführung eines Reserveoffiziers zur Landwehr darf niemals als Strafe oder Makregelung stattfinden. Wohl aber ist es möglich, daß ein Reserveoffizier durch politische Bestrebungen zu Reservezeiten mit dem Offizierkorps Veranlassung geben kann, und dann dient seine Verlegung zur Landwehr gerade dem Bestreben, die Politik aus der Armee fernzuhalten. (Lachen links.) — Wie die verbündeten Regierungen über die Resolution bezüglich der Adjutanten denken, weiß ich nicht. Ich persönlich halte es für unbillig, den deutschen Fürsten, die auf eine so große Fülle von Souveränitätsrechten verzichten haben, auch dieses Opfer noch zu zuzumuten. (Lärm links: Oherjahr!) In gewissem Sinne muß sich das Offizierkorps aus bestimmten sozialen Schichten zusammensetzen. (Unruhe links.) Wer als Reserve- oder Landwehrmilitär im Kriege Führer sein soll, darf sich nicht vorher in einer Stellung befinden haben, die zu den alleruntersten gehört. (Unruhe links.) Tatsächlich setzt sich das Offizierkorps aus allen Erwerbsständen zusammen und der Vorwurf, daß in ihm Klassenverhältnisse herrschen, ist unberechtigt. Ueber die Ueberführung des Generals v. Wittlich bin ich nicht unterrichtet. Ein bedenklicher Sinn ist ihr wahrlich nicht nur untergelegt worden. Der Zubring zu dem Sanitätsoffizierslaufbahn ist doch recht beachtlich und keineswegs ist die Gesundheitsversorgung in der Armee gefährdet. Daß Sanitätsoffiziere über die Achsel angesehen würden, trifft nicht zu. (Lachen links.) Beschimpfungen und schändliche Behandlung von Leuten bei Kontrollversammlungen der arzteile ich entschieden.

Politische Redereien gehören nicht zu Kontrollversammlungen

Die Kriegervereine unterliegen mir nicht. Ich fordere sie im Interesse des Heeres, aber nicht aus politischen Rücksichten. (Lachen links.) Militärverbote dürfen nur eintreten, wenn die Disziplin der Mannschaften gefährdet ist. Beschwerden nach dieser Richtung werden stets geprüft. Verwendung von Soldaten

Der Streik darf nur erfolgen, wo Staatsinteressen durch den Streik in Frage gestellt werden. Im Interesse von Privaten darf Streik nicht verwendet werden. Bei Arbeitsverhältnissen bei Speditoren oder von Kellnern liegt natürlich kein öffentlicher Nothstand vor. Gegenüber Militärmisshandlungen geht das schärfste Urteil, das hier ausgesprochen wird, mit noch lange nicht weit genug. Derartige Schandereien rühren an das Ansehen der Armee. (Sehr richtig!) Bei schweren Verfehlungen muß an den Kaiser berichtet werden. Das scharfe Eingreifen hat bewirkt, daß die Militärmisshandlungen tatsächlich zurückgegangen sind. Doch dürfen die Einzelfälle nicht verallgemeinert werden. Herr Schöpflin sagte, er wolle die Armee nicht herabsetzen, aber die Wirkung ist tatsächlich so, Teilen Sie uns Einzelteile mit, und wie schreiben ein. Aber waschen Sie nicht die schmutzige Wäsche unserer Armee hier vor dem Ausland. (Lebh. Beifall rechts.)

Hg. Wospiers (Vote) klagt über die schlechte Behandlung der polnischen Rekruten. Der holländische Geist macht vor der Kaiserin nicht halt. Die Zahl der Soldatenmisshandlungen man abgenommen haben, aber die Noth und Gemeinheit der einzelnen Fälle hat zugenommen.

Alba. Mumm (Wirtsch. Vg.) polemisiert gegen die Sozialdemokratie, die mit ihren Vordruckern die Jugend vergiftet. Ein Vertagungsantrag der Sozialdemokraten wird angenommen.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr.
Schluß: 6 1/2 Uhr.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Schweidnitz, 18. April. Brutale Messerhelden. Eine brutale Messerhelden entwickelte sich am 2. Februar in Grlachsdorf und beschäftigte jetzt die hiesige Strafkammer, vor der unter Anklage die Knechte Reindold Schreiber und Richard Schlegelmilch von dort standen. Beide hatten an dem genannten Tage einem Maskenball im Gütlich'schen Gasthause beigewohnt und alaubten aus einer falsch aufgefaßten Bemerkung entnehmen zu müssen, daß einer der Maskierten, der Zimmermann Hübner, mit ihnen eine Schlägerei anfangen werde. Um ihre Tapferkeit zu zeigen, beschloßen sie, dem Genannten zuvorzukommen und laurten ihm auf dem Heimwege auf. Als Hübner vorüber kam, stürzten sie auf ihn los und bearbeiteten ihn in entmenschter Weise. Während Schlegelmilch von vorn auf den Heberfallenen einbrang, stach Schreiber mit einem bereitgehaltenen Messer hinterzürs auf ihn ein. Ein Messerstich war mit solcher wuchtigen Gewalt geführt, daß die Messer Klinge abbrach und im Schädelknochen stecken blieb. Sie war derartig festgesteckt, daß alle Bemühungen, sie wieder heraus zu bekommen, vergeblich blieben. Erst im Gasthause, in das schließlich der Verletzte zurückging, gelang es endlich dem Wirt, die Messerspitze mit einer Zange aus der Schädeldecke herauszuziehen. Die Strafkammer verurtheilte den gefährlichen Messerhelden zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und verurtheilte seine sofortige Verhaftung. Schlegelmilch kam mit drei Monaten Gefängnis davon.

Gottesberg, 18. April. Der Gerechteste ist Genüge geschehen. Die Bergmannsrau Vertha L., die mit einer anderen Frau am 13. Februar d. J. im Felshammer Forstrevier, das dem millionenschweren Fürsten von Pleß gehört, durch Holz gehen ging, hat aus einem aufgefalten Holzstamm einige Nests mitgenommen. Sie waren aber von Holzmachern gesehen worden und diese meldeten es dem Revierförster, der eine Hausdurchsuchung bei den Frauen vornahm. Die andere Frau, die ebenfalls etwas Holz genommen, hatte dieses wieder an Ort

und Stelle geschafft, während Frau L. das Holz schon zerkleinert und zu ihrem Nutzen verwandt hatte. Als Mutter von acht Kindern hat sie den Förster, von einer Anzeige abzugehen, aber die fürzliche Forstverwaltung eskalirte doch Anzeige. Vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich nun die Frau wegen Holzdiebstahls zu verantworten. Das Gericht nahm an, daß die Frau aus Noth gehandelt habe und erlachte auf die beantragte Geldstrafe von drei Mark event. einen Tag Gefängnis. Die drei entwendeten Nests waren auf 20 Pfg geschätzt.

Den Waldarbeitern, die die arme Frau zur Anzeige dem Revierförster übermittelten, gebührt für ihre wahrhaft christliche That eine besondere Belohnung aus der fürzlichen Schatulle. Ihr Verdienst ist es, den beinahe hundertfachen Millonär vor 20 Pfg. Schaden bewahrt zu haben.

Neurode, 18. April. Brandstiftung aus Rache? Der Urheber der großen Feuersbrunst in Wöhlen, durch die drei Wohnungen in Asche gelegt wurden, ist bereits ermittelt worden. Es ist ein Schuhmachergehilfe Alfred Franke, der bei dem Schuhmachermeister Frömel beschäftigt war, in dessen Wohnung das Feuer ausbrach. Franke soll das Feuer aus Rache gegen seinen Arbeitgeber angelegt haben. Er wurde verhaftet.

Bunzlau, 18. April. Tod auf den Schienen. Der im 4. Lebensjahr stehende Bahnarbeiter Wittwer aus Kaiserswaldau ist Donnerstag früh auf der Bahnstrecke Bunzlau-Kaiserswaldau tot aufgefunden worden. Wittwer war vermuthlich mit der Streckenrevision beschäftigt, als ihn ein Zug erfaßte und vom Bahndamm heruntergeschleuderte. Wittwer war verheiratet; er hinterläßt eine Frau und sechs un- mündige Kinder.

Glogau, 18. April. Schon wieder ein Schiffs- unfall. Erst gestern brachten wir einen kurzen Artikel der „Niederösl. Zeitung“ über zunehmende Schiffsunfälle an den hiesigen Oberbrücken, in dem ganz richtig zum Ausdruck gebracht wurde, daß die an Stelle der streikenden Schiffer eingestellten Arbeitswilligen infolge ihrer Unfähigkeit die Schuld daran tragen. Heute muß das Blatt schon wieder über einen Schiffsunfall berichten, der ohne Zweifel wieder auf das Konto des ungeschulten Personals zu setzen ist. Es schreibt:

„Donnerstag früh 4 1/2 Uhr passierte der Dampfer „Fürst von Pleß“ mit sechs Rähnen die hiesige Eisenbahnbrücke. Da die Rähne ungleichmäßig fuhren, rief der letzte Rahn auf die um die Rähne lagernden Steine an. Der Schleppzug bewegte sich weiter durch die Holzbrücke, ohne daß man an eine Verhinderung des Rahnens dachte. In der Nähe der Thiermännischen Flussbadeanstalt nahmen die Schiffer wahr, daß der letzte Rahn ein Led hatte. In der vorderen Kajüte stand das Wasser bereits 75 Zentimeter hoch. Sofort wurde der Rahn auf Grund geehrt und ausgepumpt. Sodann wurde das Led gedichtet, worauf nach einigen Stunden der Schleppzug seine Fahrt wieder aufnehmen konnte.“

Daß man durch Schaden klug wird, wie ein altes Sprichwort sagt, kann man bis jetzt von den Reedereibesigern nicht behaupten, denn sonst hätten sie die Rausreißer schon längst zum Zerfel fraen müssen.

Glogau, 18. April. Zur Frage der Erhöhung des ortsblichen Tagelohnes nahmen die hiesigen Krankenkassen unter Vorsitz des Stadtynidus Jahn Stellung. Es wurde beschlossen, die Erhöhung der bisherigen Sätze dem Zeitmaß entsprechend zu beantragen.

Reiffe, 18. April. Klerikale Nächstenliebe. Raum hat die Landtagswahlbewegung eingekehrt, so arbeiten auch schon die katholischen Geistlichen, entgegen den Worten des Papstes Leo XIII., daß der Klerus, wenn er das Unglück haben soll, in den Wahlkampf einzugreifen, auf alle Fälle neutral bleiben muß, ekrig gegen die Sozialdemokratie. Aber die Klerikalen Verleumdungen zu widerlegen, erkräftigt sich. Es sind die alten Gerüchte mit aufgewärmter Sauce. Interessant und lehrreich dagegen ist, wie die klerikale Presse den Gedanken der christlichen Nächstenliebe selbst gegen ihre eigenen Glaubensbrüder vertritt. Die Mitglieder der Klerikal Richtung werden von den klerikalen Vätern aufgefordert, auf den christlichen Bruder Straube genau zu achten und, entgegen dem Wilspruch „Wer anlopf, dem wird aufgetan“, ihn von der Lär zu weisen. So sieht die christliche Nächstenliebe der Klerikalen in Wirklichkeit aus.

Wer Aufklärung über das unchristliche Verhalten der Zentrumsbrüder und über die Dreiklassenmach, genannt preußisches Wahlrecht, haben will, komme in die am 19. April stattfindende Volksversammlung.

Reiffe, 18. April. Der Schrecken der Land- strafe. Wegen übermäßig schnellen Fahrens mit seinem Automobil wurde der Kaufmann Adolf Fink von hier vom Schöffengericht zu 75 Mt. Geldstrafe verurteilt. Fink fuhr bei Morgenrot infolge seines übermäßigem Tempos in ein Lastfuhrwerk, wobei ein Pferd so schwer verletzt wurde, daß es getödet werden mußte. Wie alle Automobilfahrer fühlte sich auch Fink unglücklich.

Sirehlen, 18. April. Selbstmord. Am Bahndamm bei Kurtsch wurde eine Frau tot aufgefunden. Sie war vom Eisenbahnzug überfahren und getödet, ihr Körper dabei in den Graben schleudert worden. Die Tote wurde als eine aus dem Wilschauer Stechenhause entlaufene Frauensperson rekonozitiert. Sie hat zweifelslos Selbstmord verübt.

Posen, 17. April. Schmuggel an der deutsch- russischen Grenze. Umfangreichen Schmuggelgeleiten ist man auf der deutsch-russischen Grenzstation Megandromo auf die Spur gekommen. Dortselbst wurde ein Eisenbahnwagen beschlagnahmt, der 35 angeblich mit Grammophonplatten gefüllte Kisten enthielt. Wie sich herausstellte, bestand der Inhalt jedoch in Manufakturwaren im Werte von 28 000 Rubel, die auf diese Weise über die russische Grenze geschmuggelt werden sollten.

Kauzisch, 17. April. Flucht aus dem Zuchthaus. Ein Sträfling des hiesigen Zuchthauses ist am Donnerstag nach Verübung eines Mordanschlages aus dem Zuchthaus geflüchtet. Es handelt sich um den Arbeiter Schulz. Er schlug einen Aufseher mit einer Schaufel nieder. Der Beamte brach schwerverletzt bei nungungslos zusammen. Der Flüchtling konnte noch nicht wieder ergriffen werden.

Bersammlungen und Vereine.

Freitag, den 18. April:
Arbeiter-Samariter. abends 8 Uhr: Unterrichts-Kursus im Gewerlichahause, Zimmer 11.
Streit und Unmugend. Sozialdemokratischer Verein Sonnabend abend 8 Uhr im bekannten Lokal.

Sportwagen v. M. 250 an, Klappwagen, zusammenlegb., Sporthill. Größte Auswahl bei Heinrich, Friedrichs-EBelshausstraße 24, I. [12943]

Kalbsteisch 80, 85, 90
Schweinefleisch, Bauch 70, 75, 80
Schulter u. Schupp 80, 85, 90

Trebnitzerstr. 56.
Frischb. H. Eichelmann.

Hut-Hanke
Inh.: Joh. Tessmer
Friedrich-Wilhelmstr. 23

10680

Hüte, nur gute, reelle Qualitäten, für Herren und Knaben.
Panama-Strohüte
— neueste Formen.

Gut und billig kauft man ein

Gardinen
Stores
bei
Julius Fein
früher Jahrgang bei Rosenstock

vis
Kissling
Junkernstr. 14
I. Etage

11830

Original-Phönix-Nähmaschinen

für Gewerbe- u. Hausbedarf sind die besten der Gegenwart, zum Anknüpfen besonders geeignet. — Außerdem empfehlen wir alle anderen Systeme, auch in Spezialmaschinen

Jul. Dressler & Co.
Breslau, Ring 6.

Anwärtsstraße 12008
Wohnstation.
Größte Reparatur-Werkstatt für alle Systeme.

Paul Kasowsky, Hutmachermeister
Hüte, Mützen, Filzwaren
Mehlgasse 38/40. 9790

Möbel
Herren-Garderobe, Teppiche, Gardinen, Betten, Kinderwagen etc. 819

auf Teilzahlung
billigste Preise, kleinste Anzahlung
Abzahlung wöchentlich von 1 Mark an
Größte Auswahl.

M. Eisinger,
nur Friedr.-Wilhelmstr. 30, I. Etage, nahe am Wapplatz.

Telegramm!

Öffentlicher Verkauf von getragenen Mass-Garderoben, teilweise auf Seide gearbeitet, für jede Figur passend am Lager, von Ia. Kavalieren abgelegt.

Jackett-Anzüge	Nk. 9. 12. 16. 20.	etc.
Rock-Anzüge	„ 12. 16. 20. 24.	„ bis
Gebrock-Anzüge	„ 18. 22. 27. 32.	„ zu
Herren-Ülster	„ 10. 16. 18. 22.	„ den
Sommer-Paletots	„ 8. 12. 14. 18. 20.	„
Rosen	„ 3. 5. 6.	„ teuersten
Jüngl.-Anzüge	„ 9. 10. 14. 18.	„

Frack- und Gesellschafts-Anzüge werden verliehen.

Kaufhaus für Herren-Garderoben
G. m. b. H.
Neue Schweidnitzerstrasse 6
an der Gartenstrasse. 744

Zu billigsten Preisen kauft man das beste und haltbarste

Schuhwerk
in Herren-, Damen- und Kinderstiefeln
sowie Sommerfelder Holz- u. andere Pantoffeln nur bei
R. Schmolke, Friedrich-Wilhelmstraße 47.

Breslauer Fahrradhaus
Georg Hahn, Friedr.-Wilhelmstr. 70.

Corona, Panther und Robur
sind erklänigste Qualitätsmarken, und führe ich diese in allen Preislagen. Grosses Lager in Mänteln, Schlüsseln u. Ersatzteilen.

— Grosse Reparaturwerkstatt. —
— Billigste Preise. — Erhöhter Kundendienst. —

Fleisch billiger!

Schweinefleisch per Pfund 70 Pfg.
Schmalz, Schmalzstücke p. Pfund 90
Frisch Kalbfleisch p. Pfund 90
Rind u. Kalbfleisch p. Pfund 90

Kalbfleisch ohne Knochen v. Pfd. 110 Pfg.
Pfefer, Pfeffer u. Pfefferkörner v. Pfd. 90
bei Gemüshaus von 5 Pfund 70
Pfefer, Pfefferkörner v. Pfd. 100

Josef Metzner, Fleischer u. Wurstfabrik,
Altenstraße 68, Ecke Potemestraße. 863

Rohtabak-Handlung G. Wutke, Breslau
Museumplatz 4

Uhren, Ketten, Ringe, Broschen, Ohrringe etc.

zur ganz höchsten zu billigsten Preisen.

Max Frenzel, 39 Friedrich-Wilhelmstr. 39

Haus- u. Küchengeräte sowie kompl. Einrichtungen, Werkzeuge für Maurer, Zimmerer und Tischler

kaufen Sie recht und billig bei
Paul Hauschild jr.,
Eisenwarenhandlung,
102 Friedrich-Wilhelmstrasse 102. 10690

Halali von Achleitner.
Geschichten aus den Bergrevieren. 15 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition und die Kaspertour-

Sie schwören auf unsere Reellität und billigen Preise Anzüge gibt nicht nur 12 Mt. und nur 12 Mt. Anzugfabrik, Wallstr. 17a, I.

Verkauf gebr. Möbel
Sofa, Stuhl, Tisch, Sofa, ganz neue, sehr schön, sehr billig, sehr preiswert. Friedrichstr. 58a.

Anzüge
Überzieher, Hosen, Westen, Ketten, Ringe, 514 Goldwa, Brillen, und vieles mehr verkauft billig
Lehnhaus Altbauerstr. 17, I. 19047/8

Seifol
ist frei von Chlor und von allen die Wasche angreifenden Mitteln.
Promienschein beizugeben